

**Interview:**

**Ende des Neoliberalismus?**

Wirtschaftswissenschaftler Kurt W. Rothschild zur Finanzmarktkrise

8

**Schwerpunkt:**

**Mangel an Fairness**

Die Forderungen nach Managerhaftung werden immer lauter

20

**Wirtschaft&Arbeitsmarkt:**

**AUA, das tut weh**

Jede Menge Turbulenzen um die Privatisierung der Fluglinie

34

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 11 | 2008 | 62. Jahrgang | € 2,-

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Pauli Stürm



**Aus, stopp, retour – Wege aus der Krise**

ab Seite 8



8



20



28



34

## Schwerpunkt:

### Weltwirtschaftskrise? **12**

Die Wirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre hat zum 2. Weltkrieg geführt. So dramatisch wird es diesmal nicht.

### Gleichzeitig und rasch **15**

Bei einer Finanzkrise müssen drei Maßnahmenpakete gleichzeitig umgesetzt werden – das lehrt uns die Geschichte.

### Wege aus der Krise **16**

Die aktuelle Krise zeigt, dass der wirtschaftlichen Globalisierung die wirtschaftspolitische folgen muss.

### Ende eines Zeitalters **18**

Der neoliberale Finanzkapitalismus erlebt derzeit sein bisher größtes Debakel. Die Märkte müssen dringend reguliert werden.

### Frage der Verantwortung **20**

In Zeiten wie diesen werden Forderungen nach einer umfassenden Managerhaftung und mehr Transparenz wieder laut.

### Die Angst geht um ... **24**

Ein gut verhandelter Sozialplan erspart bei grundlegenden Änderungen im Betrieb oder Massenkündigungen einiges an Leid.

### Arbeit stiften **26**

Krisen gibt es vieler Art. Die einen bedrohen die Existenz wie ein Blitz aus heiterem Himmel, andere vernebeln Chancen.

### Zu arm für Gemüse **28**

Armut ist für viele Menschen in unserem Land traurige Realität. Sozialmärkte können nur teilweise Abhilfe schaffen.

### Was lernen wir daraus? **30**

Kritische Stimmen hatten die Lehren bereits gezogen, noch ehe die große Finanzmarktkrise eingetreten war.

## Interview:

### Jetzt investieren **8**

Der Doyen der österreichischen Wirtschaftswissenschaften über die Finanzmarktkrise und den angeschlagenen Neoliberalismus.

### Rette sich, wer kann **22**

Wirtschaftspsychologin Dr. Kirchler über Wirtschaftspsychiatrie, die Projekttheorie und das gesellschaftliche Wertesystem.

**Standards:**

Standpunkt: Maß für Maß	4
Veranstaltung: Crash statt Cash	5
Aus AK & Gewerkschaften	6/7
Historie	11/32
Internationale Meldungen	43
Buchtipps	44/45
Man kann nicht alles wissen	46

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

**Internationales:**

Nobelpreis für Krugmann	33
-------------------------	----

**Gesellschaftspolitik:**

Jetzt die Ruhe bewahren	40
-------------------------	----

**Wirtschaft&Arbeitsmarkt:**

AUA vor dem AUS?	34
Lehre mit Reifeprüfung	36
Ungleiches Einkommen	38
Verbraucherpreise	42

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

**Alarm am Finanzmarkt**

Finanzmarktkrise und kein Ende – die aktuellen ökonomischen Turbulenzen führen nach wie vor zu massivem Vertrauensverlust und großer Unsicherheit. Dabei war die Katastrophe vorzusehen, versichert der Doyen der österreichischen Wirtschaftswissenschaften, Kurt W. Rothschild im Interview mit der »Arbeit&Wirtschaft«, Nr. 11/2008 zum Schwerpunktthema »Aus, stopp, retour – Wege aus der Krise«. Der 94-Jährige hat die Weltwirtschaftskrise als junger Bursch miterlebt, lesen Sie mehr ab Seite 8.

Mit der Wirtschaftskrise der 1930er befasst sich auch der Rückblick in die Geschichte, ausgewählt und kommentiert

von Historikerin Brigitte Pellar (S. 11). Felix Butschek vergleicht im Anschluss die damalige Krise mit der aktuellen.

Konkrete Vorschläge für Wege aus der Krise liefern die wirtschaftspolitische Beraterin des Bundeskanzlers, Helene Schuberth (S. 15) und der Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der deutschen Hans-Böckler-Stiftung (S. 16).

Über Gier und Angst hat Sybille Fritsch mit dem Wirtschaftspsychologen Erich Krichler gesprochen (S. 22).

In Zeiten wie diesen steigt die Arbeitslosigkeit. Sozialpläne und Arbeitsstiftungen haben Hochkonjunktur (S. 24).

Turbulenzen gibt es aber nicht nur auf den internationalen Finanzmärkten, sondern auch beim Verkauf der Austrian Airlines. Über die Hintergründe berichtet Wilfried Leisch (S. 34). Weitere Themen sind die Berufsmatura (S. 36), Sonntagsruhe (S. 40) und die OECD-Studie »Growing unequal« (S. 38).

Sie finden uns auch im Internet: Auf unserer Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee

**Redaktion intern**



# Standpunkt

## Maß für Maß

**W**as ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes?« Diese Fragen stellt Brecht 1931 in der Dreigroschenoper. Er hat sie von seiner Elisabeth Hauptmann übernommen. Die formulierte sie – unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1929 – im Stück »Happy Times«. Da kann man nur zustimmen. Las man doch, dass Richard Fuld, Chef von Lehman Brothers ein Jahresgehalt von 41 Mio. Dollar kassiert. Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG, brachte es 2007 immerhin auf knapp 14 Mio. Euro, Erste-Bank-Boss Andreas Treichl als heimischer Spitzenverdiener auf etwa drei Mio. Euro. Jahreseinkommen mit denen die meisten von uns ein paar Jährchen auskommen würden. Immerhin lag das Durchschnittsjahreseinkommen der Österreicher 2007 bei 29.680 Euro, das der Österreicherinnen gar bei 19.880 Euro.

### Handel mit Träumen

Da könnte einen glatt der Neid fressen. Denn es ist unser Geld. Nicht viele von uns konnten in den vergangenen Jahren der Versuchung widerstehen, beim großen Börsenspiel mitzumischen. Warum sollten denn auch immer nur die anderen groß abbekassieren, während wir uns ebenso redlich

wie mühsam nähren, als eiserne Reserve ein Sparbuch, einen Bausparvertrag, das Sozialsystem? Dabei liegt das Geld auf der Straße, lesen und hören wir seit Jahren: kleine blaue Pillen stärken auch die finanzielle Potenz, so man Aktien vom entsprechenden Pharmakonzern zeichnet; das Eigenheim lässt sich mit Fremdwährungskrediten einfacher finanzieren; Versicherungen geben Sicherheit. Gesehen haben wir es aber nie das Geld auf der Straße, aufgehoben haben es die anderen, und nicht wenigen von uns ist noch ein hübsches Sümmchen in den Gully der Krise gerutscht.

Unsere Träume sind zerplatzt und wir sind jenen böse, die sie uns verkauft haben. Denn nur beim Handel mit Träumen lässt sich so viel Geld verdienen, wie die Herren Fuld, Ackermann und Treichl kassiert haben. Sie haben unser Geld nicht mit vorgehaltener Waffe verlangt, wir haben es ihnen freiwillig gegeben. »Freiheit« ist ein schönes Wort, da kann die »Freiheit des Marktes« nicht so schlecht sein. Und steht es nicht uns allen frei, so viel zu verdienen, wie man bereit ist, uns zu bezahlen? Steht es nicht uns allen frei, unser Glück an der Börse zu versuchen?

»Der Freiheit anderer Name heißt Verantwortung«, dieses Zitat von Thomas Mann liest man derzeit auf Wiener Plakawänden. Und mit letzterer nimmt es der Neoliberalismus nicht so genau. Sicher, auf die Eigenverantwortung in Gesundheits-

wie in Finanzfragen wird gerne verwiesen, die soziale Verantwortung bleibt aber auf der Strecke. Wenn etwas schief geht, verzichtet man halt auf die Bonuszahlungen oder ruft letztendlich doch den verteufelten Staat zu Hilfe.

Und der Staat hilft: So bieten die USA ein Rettungspaket von 700 Milliarden. Eine Summe, die reichen würde, um die UNO-Anforderungen im Kampf gegen Hunger und Armut in Afrika zehn Jahre lang zu bezahlen. Statt Saatgut für Afrika also Saatgut für den Markt der Träume.

### Ein »angemessenes Maß«

Ob der Staat, die Staaten als Gegenleistung nun aber die »Freiheitskämpfer des Marktes« wirklich in die Verantwortung nehmen werden, ist noch offen. Denn auf die Maßlosigkeit des Finanzmarktes reagieren sie bei den Bedingungen für ihre Hilfsmaßnahmen maßvoll. Gewinnausschüttungen und Vorstandsgehälter sollen »auf ein angemessenes Maß beschränkt« werden, steht im Pflichtenheft der österreichischen Hilfsempfänger. »Angemessene finanzpolitische Schritte zur Stimulierung der Binnennachfrage« empfiehlt der Weltfinanzgipfel Mitte November und verspricht eine Finanzmarktreform. »Woran gemessen?« ist die Frage. Um mit Brecht zu schließen: »Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen/ Den Vorhang zu und alle Fragen offen.«

# Crash statt Cash

Der ÖGB-Verlag präsentierte gemeinsam mit den HerausgeberInnen von Attac »Crash statt Cash«, ein topaktuelles Buch zur Finanzmarktkrise.

**30. Oktober 2008**, Wiener Rathausstraße: Die ÖGB-Fachbuchhandlung ist trotz der Abendstunden gesteckt voll. Grund dafür: Ein interessiertes Publikum möchte sich die Podiumsdiskussion zum aktuell erschienenen und hochbrisanten Werk »Crash statt Cash – Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen« anhören.

»Fünf vor zwölf« war es eigentlich schon vor zehn Jahren – darüber einigten sich die DiskutantInnen Mag. Sybille Pirklbauer, Attac-Expertin und Mitautorin, Attac-Vorstandsmitglied Petra Ziegler, die wirtschaftspolitische Beraterin des

Bundeskanzlers Dr. Helene Schubert und der Leitende Sekretär des ÖGB, Bernhard Achitz sehr rasch.

Jetzt gehe es darum, die internationalen Finanzmärkte zu regulieren und alles zu unternehmen, um zu verhindern, dass die Realwirtschaft allzu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird, waren sich die DiskussionssteilnehmerInnen einig. Das engagierte Publikum beteiligte sich sehr intensiv an der Diskussion.

Ein Kurzvideo von der Veranstaltung finden Sie im Internet unter: [scripts.oegbverlag.at/Design/crashcash/](http://scripts.oegbverlag.at/Design/crashcash/)

## BUCHTIPP

**Attac (Hg.):**

**Crash statt Cash –**

Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen.

ÖGB-Verlag, € 19,90

ISBN 978-3-7035-1348-0



**Bestellung:**

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: 01/405 49 98-132

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)



Bernhard Achitz: »Wir müssen vor allem auf die Systeme sozialer Sicherheit achten, diese stabilisieren, stärken und ausbauen.«



Das Buch zur Stunde: Die NGO Attac fordert schon seit ihrer Gründung vor zehn Jahren mehr Kontrolle für die Finanzmärkte.



Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen – darüber diskutierten zahlreiche Interessierte in der Fachbuchhandlung.



So kann es nicht weitergehen, die Politik ist gefragt – darin waren sich die meisten DiskussionssteilnehmerInnen einig.

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,  
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender  
Vorsitz), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,  
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth  
Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl Kollmann,  
Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Ruth Naderer,  
Katharina Painer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Erik Türk

**Redaktionsmitglieder**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Mag. Kai Biehl,  
Univ.-Dozent Dr. Felix Butschek, Dr. Günther Chaloupek,  
Astrid Fadler, Dr. Sibylle Fritsch, Dagmar B. Gordon,  
Dr. Gustav Horn, Univ.-Prof. Dr. Erich Kirchner, Dr. Barbara Lavaud,  
Dr. Wilfried Leisch, Mag. David Mum, Mag. Gabriele Müller,  
Dr. Brigitte Pellar, Mag. Reinhold Russinger,  
Mag. Elisabeth Schmid, Dr. Susanne Schöberl,  
Dr. Helene Schuberth, Dr. Robert Stöger

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**GPA-djp:**

# Ein Stück vom Kuchen!

**Eine Aktionswoche der GPA-djp von 24. bis 28. November 2008 informiert über den Kollektivvertrag.**

Für den Großteil der Beschäftigten in Österreich ist der Herbst auch deshalb eine spannende Zeit, weil sich in diesen Monaten entscheidet, um wie viel ihr Lohn oder Gehalt im kommenden Jahr erhöht wird. Was viele nicht oder nur sehr oberflächlich wissen: Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter gibt es weder einen gesetzlichen Anspruch noch irgendeine Form der Automatik. Sie werden jedes Jahr von der zuständigen Gewerkschaft ausverhandelt und in Kollektivverträgen festgeschrieben.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) wendet sich in der Woche vom 24. November bis zum 28. November an die Beschäftigten und die Öffentlichkeit, um auf die Bedeutung der jährlichen Lohn- und Gehaltserhöhung hinzuweisen. Die GPA-djp verhandelt über 160 Kollektivverträge in fast allen Branchen der österreichischen Privatwirtschaft praktisch das ganze Jahr über. Die GPA-djp verhandelt

Lohn- und Gehaltserhöhungen für fast 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen. Im vergangenen Jahr wurde durch kollektivvertragliche Erhöhungen eine Summe von etwa 1,2 Milliarden Euro bewegt.

Neben den jährlichen Gehaltserhöhungen werden Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie 13. und 14. Gehälter im Kollektivvertrag festgeschrieben.

Gerade jetzt, in Zeiten der globalen Finanzkrise sind Strukturen der kollektiven Durchsetzung von Interessen enorm wichtig. Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit der Einkommensentwicklung sind für alle ArbeitnehmerInnen zentrale Anliegen. Nur Beschäftigte, die mit einem entsprechenden Vertrauen ausgestattet sind, werden auch die so dringenden Impulse für die Wirtschaft als KonsumentInnen geben können. Mitgliederstarke Gewerkschaften sind ein wichtiger Faktor, um Wirtschaft und Menschen im Land Sicherheit zu geben.

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

**ÖGB-Broschüre:**

# Ich bin's dein Lohnzettel!

**Ein engagiertes SozAK-Projektteam erklärt, unterstützt von ExpertInnen aus ÖGB und AK, Steuern und Abgaben auf dem Lohnzettel.**

Eine Umfrage unter ArbeitnehmerInnen ergab, dass die wenigsten Beschäftigten in der Lage sind, ihren eigenen Lohnzettel richtig zu interpretieren. Die am Lohn-/Gehaltszettel aufscheinenden Steuer- und Abgabenleistungen sind für viele nicht nachvollziehbar.

Eine Projektgruppe des 58. Lehrgangs der Sozialakademie von AK und ÖGB hat daher nun einen Folder und eine Informationsbroschüre erstellt, in denen in leicht verständlicher Form der Lohnzettel mit allen Abgaben und den Leistungen, die sich daraus finanzieren, erklärt werden. So zum Beispiel werden in der Bro-

schüre direkte und indirekte Steuern, Lohnnebenkosten, Lohnquote usw. genau beschrieben.

**Bestellungen**

Die Printversionen der Broschüre und des Folders sind im ÖGB-Servicecenter erhältlich.

ÖGB-Servicecenter

Laurenzberg 2

1010 Wien

Tel.: 05 777 444

E-Mail: [servicecenter@oegb.at](mailto:servicecenter@oegb.at)

Alle Infos auch:

[www.oegb.at/lohnzettel](http://www.oegb.at/lohnzettel)

**Arbeiterkammer:**

## www.arbeiterkammer.at neu

**Die neue AK-Webseite ist online und bietet noch mehr Service.**

Noch übersichtlicher, noch kundenorientierter, noch moderner präsentiert sich die Arbeiterkammer im Internet. Unter dem Dach des AK-Portals – dem gemeinsamen bundesweiten Auftritt aller Länderkammern: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at) – befinden sich die Webseiten der neun Länderkammern, die speziell für ihre Mitglieder zusätzlich regionale Inhalte anbieten.

Das Herzstück der Webseite ist der umfangreiche Serviceteil – gegliedert in Arbeit & Recht, Steuer & Geld, Beruf & Familie, Bildung und Konsumentenschutz. »Unsere Positionen« informiert über Standpunkte der AK zu Themen wie Arbeits-

markt, Soziales, Wirtschaft und Politik. Und im neuen Channel »Meine AK« finden UserInnen Vergünstigungen und Top-Angebote, die exklusiv für AK-Mitglieder verhandelt werden.

Einzigartig in Österreich ist »Metis«, die virtuelle Arbeitsrechtsberaterin der AK. Sie beantwortet alle Fragen zum Arbeitsrecht, zur Kündigung, zur Abfertigung oder zu ausstehendem Lohn und vielem mehr: [metis.arbeiterkammer.at/](http://metis.arbeiterkammer.at/)

Ob Kündigungsschreiben, Meldung der Karenz oder Rücktrittsschreiben vom Haustürgeschäft: Die AK bietet mit der Musterbrief-Datenbank ein besonderes Service an.

Aus den Themenbereichen Arbeit & Recht, Steuer & Geld, Beruf & Familie und Konsumentenschutz stehen Briefvorlagen zur Verfügung, die sofort heruntergeladen und ausgedruckt oder auf dem Computer gespeichert werden können.

Brutto-Netto-Rechner, Bankenrechner, Abfertigungsrechner, Strom- und Gaspreisrechner, Festnetz- oder Handytarifrechner: Die AK-Ratgeber und Servicerechner rechnen Ansprüche aus, kontrollieren den Gehaltszettel und informieren über günstige Mobilfunkanbieter.

Werfen Sie einen Blick auf: [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

**GMTN:**

## Kampagnenstart in Vorarlberg

**Die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung startet im November 2008 Gesundheitskampagne.**

Die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) startet im November 2008 die breit angelegte Gesundheitskampagne »Gesund in die Arbeit – gesund von der Arbeit«, die bis ins Jahr 2010 fortgesetzt wird, bei der es um die Gesundheitsrisiken und -gefahren geht. Gemeinsam mit den Belegschaftsvertretungen will die Gewerkschaft das Gesundheitsbewusstsein der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen schärfen.

in die Betriebe hinein-, sondern auch Ergebnisse herausgetragen werden.

Eine wesentliche Rolle kommt dabei den BetriebsrätInnen und JugendvertrauensrätInnen zu. Als PartnerInnen im Betrieb können sie das Wissen über die Gefahren direkt an die Arbeitsplätze tragen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen setzen. Es sollen aber nicht nur Erkenntnisse

Bis ins Jahr 2010 sind mit der GMTN-Gesundheitskampagne viele Aktionen geplant. Alle Kampagneninfos, Downloads sowie weitere Auftakt-Termine in den Bundesländern sind auf der Kampagnen-Website zu finden:

[www.gmtn.at/gesundheit](http://www.gmtn.at/gesundheit)

**Arbeiterkammer:**

## So sicher ist Ihr Geld

**Die Arbeiterkammer verrät, wie sicher die verschiedenen Anlageformen sind.**

Das Sparbuch ist bis Ende 2009 mit einer Einlagensicherung zu 100 Prozent abgesichert. Danach bis zu 100.000 Euro.

**Zweigniederlassungen** von Banken aus anderen Ländern: Banken aus anderen EU-Staaten unterliegen zumindest dem Sicherungssystem des jeweiligen Ursprungslandes. Informieren Sie sich. Für **Bausparverträge** bei heimischen Banken gilt die Einlagensicherung.

**Pensionsvorsorge** nach staatlichem Um-lagemodell erweist sich trotz turbulenter Finanzmärkte als sichere Altersvorsorge.

**Klassische Lebensversicherung:** Gelder der Kunden und Kundinnen bilden den »Deckungsstock«. Sie sind gesichert, da sie unantastbares Sondervermögen sind. Bei der **prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge** gibt es eine Garantie auf das eingezahlte Kapital sowie auf die staatlichen

Prämien. Somit geht der Grundstock der Anlage nicht verloren. Aber mindestens 40 Prozent des angelegten Prämienvolumens müssen in Aktien veranlagt werden, und unterliegen dem Auf und Ab an den Börsen. Informieren Sie sich genau über Kosten und Bedingungen.

Mehr Infos:

[www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=28&IP=44087](http://www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=28&IP=44087)

# Jetzt investieren

Der *Doyen* der österreichischen Wirtschaftswissenschaften, Dr. Kurt W. Rothschild, über die Finanzmarktkrise und den angeschlagenen Neoliberalismus.

## ZUR PERSON



### Univ. Prof. Dr. Kurt W. Rothschild

Geboren: 21. Oktober 1914 in Wien

1938 Dr. jur., Universität Wien

1940 M. A. Economics and political philosophy, University of Glasgow

1940–47 Assistant Lecturer und Lecturer

1947–66 Wissenschaftlicher Referent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien

1966–85 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Linz

*Arbeit&Wirtschaft: Herr Professor, Sie haben den Neoliberalismus in Interviews immer wieder kritisiert. Sie haben vieles von dem, was jetzt mit der Finanzmarktkrise eingetroffen ist, bereits prognostiziert. War das so einfach vorauszusehen?*

**Kurt W. Rothschild:** Ein großer Teil der ökonomischen Profession hat das vorausgesehen – aber keiner hat vorausgesehen, dass diese Finanzkrise sich in ihrem Umfang und in ihrem Charakter so stark von den früheren unterscheiden wird. Durch die Globalisierung hat sie ein ganz anderes Ausmaß und sie hat ihren Ausgang in den USA genommen, dem Land, das die Weltwährung hat. Sie spielt dadurch eine größere Rolle als frühere Finanzkrisen in Russland oder Mexiko. Bei dieser Krise sind mehrere Ursachen zusammengekommen.

Diese Häufung von Schwierigkeiten macht es so schwierig, einen Weg heraus zu finden.

*Wo genau liegen die Ursachen der Finanzmarktkrise?*

Begonnen hat es mit einer sehr **expansiven Geldpolitik** in den USA – im Bemühen eine fallende Konjunktur zu beleben. Das hat dazu geführt, dass die Banken viel Geld zur Verfügung hatten. Dafür wurden Kreditmöglichkeiten gesucht – eine Bank lebt ja davon, dass sie Geld aufnimmt und zu höheren Zinssätzen weitergibt. Auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten mit guten Renditen sind sie in immer riskantere Bereiche gegangen, z. B. Immobilien. In Amerika leben mehr als die Hälfte der Menschen in eigenen Häusern und finanzieren den Hausbau und Ausbau mit Kre-

diten. Normalerweise werden Kredite nur vergeben, wenn die Leute über genügend Sicherheiten verfügen, um das Geld später zurückzuzahlen. Aber aufgrund der größeren Geldflüssigkeit, haben die Banken immer mehr fragwürdigere Hypothekar-Kredite für nicht gebaute Häuser hergegeben. Das hat zu größerer Bautätigkeit geführt. Die Baupreise sind gestiegen. Viele sind dann auch noch spekulativ eingestiegen. Und so entstand ein Markt – der sogenannte Subprime-Markt – wo in ganz großem Stil Kredite für Häuser und Hausbau an nicht kreditwürdige Menschen und Organisationen vergeben wurden. Dazu noch mit flexiblen Zinssätzen. Die Zinsen stiegen und die Häuser mussten verkauft werden. Die Konjunktur am Häusermarkt ist zusammengebrochen. Spekulationserwartungen konnten nicht erfüllt werden. Das allein hätte nicht

Kurt W. Rothschild:

»Mit Eigenkapital kann man machen, was man will. Aber Banken geben Kredite mit Krediten, die sie selbst aufgenommen haben.«

genügt. Was dann geschehen ist, ist dass die Banken heftiger versucht haben, diese hohen Renditen zu erhalten und in immer riskantere Geschäfte eingestiegen sind. Je höher das Risiko, desto höher die Rendite. Nun sollten aber Banken, die mit fremdem Kapital arbeiten, nicht zu riskant agieren und die Risiken einschätzen. Dazu gibt es zwei große Rating Agencies mit Sitz in den USA, die weltweit agieren. Die werden allerdings von den Banken bezahlt. Die waren daher – im Interesse ihrer Kunden – »zu optimistisch« und das hat dazu geführt, dass die »faulen Kredite« stark angewachsen sind.

Mit Eigenkapital kann man machen, was man will. Aber Banken geben Kredite mit Krediten, die sie selbst aufgenommen haben. Die Folge ist eine Kette nicht erfüllbarer Schuldverpflichtungen. Das ist weiter verschärft worden durch das Entstehen der sogenannten Hedge-Fonds und Private-Equity, reine Spekulationen. Die haben Kredite aufgenommen, um mitzuspekulieren. Und um die Zinsen auf diese Kredite zu bezahlen, haben sie neue Kredite aufgenommen. Wenn bei so einer Kette von Krediten irgendwo die Rückzahlung ausbleibt, hat das eine Kettenreaktion zur Folge. Und all diese riesigen Kreditaktionen sind auch begierig in anderen Ländern aufgenommen worden in der Hoffnung auf hohe Renditen. Denken Sie an Ackermann, den Chef der Deutschen Bank, der gesagt hat, wenn etwas nicht 25 Prozent Rendite einbringt ist es für mich nicht interessant. So etwas ist verbrecherisch.

### *Und ist das jetzt auch das Ende des Neoliberalismus?*

Nein – leider. Eigentlich weiß keiner genau, wie wir wieder aus dieser Krise herauskommen. Wir haben aus den 30er-Jahren gelernt: Aus der Finanzkrise wurde keine Krise in der Realwirtschaft wie damals. Damals ist die Krise aus enormen Misstrauen und darauf folgenden Run auf die Banken entstanden. Dadurch brach das Geldsystem zusammen. Das hat man jetzt durch die Bankgarantien verhindert. Bis jetzt ist die Öffentlichkeit nicht in Panik geraten.

Banken bauen auf einer gewissen Masse von nationalem Geld Konten auf, die ja auch Geld sind. Diese Konten müssen – wenn es gewünscht wird – in Bargeld umgewandelt werden können. Kippt das Verhältnis kann eine Bank illiquid werden. Sie muss dazu nicht bankrott sein, kann ausstehende Forderungen haben, kann aber die Bargeldwünsche nicht erfüllen. Um das zu verhindern gibt es ein **Interbanksystem** in allen Ländern.

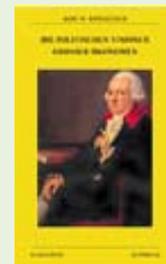
Dieses System ist jetzt zusammengebrochen. Die Banken haben Angst, dass ihnen andere Banken das geborgte Geld nicht mehr zurückerzahlen können. Und das führt dazu, dass jetzt die Regierungen den Banken Geld geben und diese verpflichten, es als Kredite weiterzugeben. Das sind auch Vertrauensfragen, und da ist das Vertrauen noch nicht hergestellt.

### *Und wie geht es wieder raus aus der Krise?*

## BUCHTIPP

### Die politischen Visionen großer Ökonomen.

Reihe: Kleine politische Schriften.  
Wallstein Verlag,  
224 Seiten,  
€ 24,70,  
ISBN 3-89244-768-3



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Das Ganze ist ja nicht nur eine Frage für die Ökonomen, sondern auch eine Frage für die Politologen und Soziologen. Es ist ja nicht nur die Frage: Was könnte man vernünftigerweise tun? Sondern vielmehr auch die Frage: Welche Interessen werden dadurch berührt und können sich durchsetzen? Die Neoliberalisten haben ja nicht umsonst die Befreiung von Kapitalkontrollen gewünscht, sondern weil sie riskante Geschäfte machen wollten. Die haben auch von all dem profitiert. Die Banken haben die Anleihen weiterverkauft an Käufer, die das Risiko nicht einschätzen konnten. Sie haben enorm an diesen Spekulationsgeschäften verdient und haben kein Interesse, dass sie zu sehr eingeschränkt werden. Auch jetzt nicht. Das merkt man eindeutig an den Bankdirektoren bei uns und in Deutschland,

die sehr deutlich gesagt haben, sie wollen keine staatliche Hilfe. Die hatten Angst, dass der Staat ein gewisses Mitspracherecht fordert. Und genau das wäre aber notwendig.

Im Grunde gibt es ja zwei Probleme. Erstens: Wie kommen wir aus dieser globalen Finanzkrise wieder heraus? Das ist schwierig, weil man da keinerlei Erfahrung hat. Zweitens: Was muss man machen, dass so etwas in diesem Ausmaß nicht wieder passiert? Ganz verhindern kann man Finanzkrisen im Kapitalismus überhaupt nicht.

**Hyman Minsky** hat schon vor 30, 40 Jahren vorausgesehen, dass es immer wieder zu einem Kollaps kommen muss. Auf jede Spekulationsblase folgt eine Regulierung. Dann kommt eine ruhigere Zeit. Dann beginnt wieder die Gier nach höheren Renditen und das Spiel fängt von neuem an. Das zu verhindern fordert eben sehr leistungsfähige Kontrollinstrumente. Die gegen die sehr mächtigen neoliberalen Kräfte durchzusetzen wird politisch sehr schwer sein.

Das Modell des Neoliberalismus ist ein logisches und gutes und ideales Modell für die großen multinationalen Finanz- und Realkonzerne. Die sind dadurch immer größer geworden und konnten mehr andere Unternehmen schlucken. Dass die das vertreten haben, ist verständlich. Das Malheur ist leider, dass sie es ideologisch so stark untermauert haben. Ich denk an Parolen wie »weniger Staat, mehr privat« und »individuelle Freiheit«. Das Problem ist, dass diese Ideen Gesellschaft und Parteien durchdringen. Wollen jetzt Regierungen etwas ändern, haben sie keinen Rückhalt bei einer Bevölkerung, die das nicht durchschaut. Also müssen sie mit den Firmen zusammenarbeiten.

**Weil sie sonst mit Standortwechsel drohen ...**

Früher gab es eine Kräftebalance zwischen Staat, Industrie und Gewerkschaften. Sie wollten voneinander etwas und konnten einander etwas geben. Sozialpartnerschaft und Wohlfahrtsstaat haben was gebracht. Man hat den Firmen Möglichkeiten gegeben, sich zu entwickeln. Sie haben sich mit den

Gewerkschaften auf Löhne und Regeln geeinigt und die Politik wollte von den einen und den anderen gewählt werden. Das hat sich durch die mikroelektronische Technik radikal verschoben. Sie bot produktions- und organisations-technisch enorme Möglichkeiten, die Konzerne zu lenken und die Produktion als Ganzes oder in Teilen zu verlagern. Sie hatten Handlungsmöglichkeiten, bei denen weder die Gewerkschaften noch die Nationalstaaten mitspielen konnten.

Es erfordert also viel Optimismus zu sagen, der Neoliberalismus ist tot. Er ist sicherlich angeschlagen. Immerhin sprechen jetzt schon Konservative vom Kasino-, Turbo-, Raubtierkapitalismus. Beim Weg aus der Krise geht es nicht um gute wirtschaftliche Ideen, sondern um ihre Durchsetzung.

Man muss auf zwei Schienen fahren. Einerseits schauen wie man mit der Finanzwirtschaft fertig wird, und andererseits Konjunktur fördernde Maßnahmen einsetzen. Derzeit neigen die Menschen zur Vorsicht. Dabei muss man jetzt investieren.

**Das heißt, die Gewerkschaften sollen sich bei den Lohnverhandlungen nicht zurückhalten?**

Man darf jetzt nicht mit der Inflationsangst kommen. Seit Jahren hinken die Löhne deutlich hinter der Produktivitätssteigerung zurück. Da wäre jetzt zumindest die »Benya-Formel« angebracht, also Lohnerhöhungen in der Höhe der Inflation plus Anteil am Produktivitätsfortschritt. Die enorme Vermögensverlagerung der vergangenen Jahre muss gestoppt werden. Da ist die Europäische Zentralbank mitverantwortlich. Hinter all dem lauert die Gefahr eines Vertrauensverlusts. Das kann sehr plötzlich eintreten.

**Das würde ja an die Krise der 30er-Jahre anschließen. Wie haben Sie die damals erlebt?**

Da waren vorher auch die »Roaring Twenties«, da haben die Leute auch an die ewige Konjunktur geglaubt. Aber dann kam die Arbeitslosigkeit. Es ist aber ein Unterschied, ob man heute ar-

beitslos wird oder damals. Damals, das war Not und Hunger. Heute arbeitslos zu werden – als Einzelschicksal – ist psychologisch schwieriger zu verkraften als damals, als 25 Prozent arbeitslos waren. Da hat man sich ja schon geniert, wenn man nicht arbeitslos war (lacht). Man hat auf das System geschimpft und nicht das Vertrauen in sich selbst verloren.

Der Vorteil dieser Finanzkrise ist, dass man über den Finanzmarkt spricht und der Neoliberalismus diskutiert wird. Das Malheur ist, dass andere Themen verdrängt werden, wie prekäre Arbeitsverhältnisse oder die Umwelt. Da haben kritische Stimmen nicht unrecht: Für das Soziale brauchen wir jetzt eine Expansion der Wirtschaft. Langfristig müsste man aber schauen, bei Ressourcen schonend zu agieren. Diese langfristigen und die unmittelbaren Ziele zusammenzubekommen ist eine schwierige Frage.

**Glauben Sie, dass Wirtschaft und Politik in solchen Zeiten näher zusammenrücken?**

In Zeiten der Not? Jetzt wollen die Banken Geld vom Staat. Aber auch diejenigen, die das Geld jetzt gerne nehmen, werden schauen, wie sie die staatliche Kontrollen schnell wieder loswerden.

**Ralf Dahrendorf** hat gesagt, das zwanzigste Jahrhundert war das Jahrhundert der Sozialdemokratie, des Sozialen. Seit den 70er-, 80er-Jahren haben wir eine deutliche Gegenbewegung. Es ist eher ein Abbau des Sozialen. Das kann sich wieder ändern, aber ob sich das durch die Krise schon ausgeht? Wie Nestroy schon gesagt hat: Prognosen sind schwierig ganz besonders, wenn sie die Zukunft betreffen.

**Wir danken für das Gespräch.**

**Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft**

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# An Stelle des Einsparens

*Der erste Sekretär des Bundes Freier Gewerkschaften Johann Schorsch forderte 1932 eine »Aktion zur Arbeitsbeschaffung«.*

*Die fundamentale Krise des Kapitalistischen Systems nötigt zu der Erkenntnis, dass man sich neuer Methoden und Wege bedienen muss, die geeignet sind, den vollständigen Verfall unserer Wirtschaft zu verhindern. Da sich das Einsparen an der Erzeugung von Werten nicht als Wirtschaft ankurbelnd, sondern als Wirtschaft hemmend und Krisen verschärfend ausgewirkt hat, muss an Stelle des Einsparens ... großzügige Wertschaffung, die Erstellung produktiver Werte treten. ... Dabei sollten neue Wege gesucht und gegangen werden ... Jedes Zurückschrecken vor dem unbekanntem, nicht in die Lehren der Währungstheorie passenden neuen Weg der Schaffung von Mitteln zur Erzeugung von Werten muss nach der Sachlage der Entwicklung der Krise und ihrer Erscheinungen mit Selbstaufgaben und stillem Zuwarten auf den Zusammenbruch enden. Mit der Ablehnung des Gedankens an die Zukunft, welche Folgen ein Zusammenbruch an allen Kulturgütern der Menschen haben müsste und welche Opfer sich an einen Wiederaufbau knüpfen, kann man dauernd nicht bestehen.*

Johann Schorsch kam von den Metallarbeitern und war Erster Sekretär (wir würden heute sagen »Bundesgeschäftsführer« oder »Leitender Sekretär«) des Bundes der Freien Gewerkschaften. Die Regierungen und Parteien (auch der



New York 1933: Arbeitslose lassen sich auf offener Straße versteigern. Mit dem »New Deal«-Projekt, das Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfte und die Wirtschaft gezielt ankurbelte, führte US-Präsident Roosevelt sein Land mit Erfolg aus der Krise. Diese Form der aktiven Wirtschaftspolitik war Vorbild für den Wiederaufbau Europas ab 1945.

sozialdemokratischen) in Europa hatten abgesehen von Frankreich zur Bewältigung der Folgen der großen Finanzkrise, die 1929 begann und zur großen Wirtschaftskrise wurde, sehr traditionelle »Rezepte«. Sie liefen auf extremes Einschränken aller öffentlichen Leistungen und Investitionen hinaus, um die dem Bankrott nahen Staatsbudgets gesund zu sparen – oder auf das Hinnehmen des Zusammenbruchs der Wirtschaft. Das Konzept Johann Schorsch und des Bundes der Freien Gewerkschaften verlangte dagegen eine aktive Krisen- und Konjunkturpolitik. Es lehnte sich dabei an ein Programm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds an, das seine Ideen seinerseits von den damals fortschrittlichsten Wirtschaftsexperten bezog.

In den USA stützte sich Präsident Franklin D. Roosevelt ab 1933 mit der Krisenbekämpfungskampagne »New Deal« erfolgreich auf diese Vorschlä-

ge, in Europa blieben die Freien Gewerkschaften Deutschlands und Österreichs allerdings (fast) die einzigen Rufer in der Wüste. Erst in der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg wurde »Staatsintervention« in die sogenannten »Freien Märkte« für einige Jahrzehnte nicht mehr aus Prinzip verteufelt. Damit erhielten der Aufbau des Sozialstaats und die Stabilisierung der Demokratie ihre Chance.

Zitiert nach dem Standardwerk von Ulrike Weber-Felber »Wege aus der Krise – Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der ersten Republik«, zu finden in der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek der AK Wien.

Zusammengestellt und  
kommentiert von Historikerin

Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Weltwirtschaftskrise?

*Die Wirtschaftskrise Anfang der 30er-Jahre des vorigen Jahrhunderts hat letztendlich zum 2. Weltkrieg geführt. So dramatisch wird es diesmal nicht.*

Autor:

Univ.-Dozent Dr. Felix Butschek

war bis 1997 Mitglied der Leitung des WIFO;  
Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftsgeschichte,  
Arbeitsmarkt, Sozialpolitik

Die »Roaring Twenties«, der Wirtschaftsaufschwung der späteren Zwanzigerjahre, fand sein Ende in der Weltwirtschaftskrise, welche die ökonomische Entwicklung der Industriestaaten in einmaliger Weise prägte. Zwar hatten auch frühere Jahrzehnte stets ein zyklisches Schwanken der wirtschaftlichen Aktivität gekannt, aber niemals war es zu einem Rückschlag dieser Intensität gekommen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass die Krise das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems erschütterte, der Diskussion alternativer Wirtschaftsordnungen Auftrieb gab und die sozialen Folgen der Krise politische Umbrüche zumindest begünstigten.

## »Schwarzer Freitag« am Donnerstag

Ihr Beginn wird üblicherweise mit dem »Schwarzen Freitag« – in Wirklichkeit ein Donnerstag – am 24. Oktober 1929 an der New Yorker Börse datiert. Dem waren jedoch bereits Entwicklungen vorangegangen, welche die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung gefährdeten. So war seit 1925 die Nahrungsmittelknappheit der Nachkriegszeit durch eine weltweite Überproduktion abgelöst worden. Die »Agrarkrise« brachte nicht nur die Agrar-

staaten in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, sondern schuf durch den Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte ein latent deflationäres Klima.

Der kaum unterbrochene Aufschwung der Zwanzigerjahre, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Aktienkurse, setzte eine Spekulationswelle in Gang, die immer breitere Kreise erfasste und dazu führte, dass vor allem auf Kreditbasis agiert wurde. Als sich daher auf der Börse erste Einbrüche zeigten, kam es zu einem lawinenartigen Abstoßen der Wertpapiere, was einen Kurssturz herbeiführte.

## Am Anfang standen »Faule Kredite«

Dieser sowie die faul gewordenen Kredite führten zu Bankenzusammenbrüchen und Liquiditätsschwierigkeiten für die amerikanischen Unternehmer, umso mehr, als die **Federal Reserve Bank** die Leitzinsen auf sechs Prozent hinaufgesetzt hatte, um die Spekulanten unter Druck zu setzen. Damit wurde der Lagerzyklus losgetreten, der rasch auf die Produktion durchschlug und auch US-Importe in kurzer Zeit namhaft reduzierte. Aber nicht genug damit erhöhten die USA die Zölle massiv.

In Europa wurden zeitgleich amerikanische Kredite in großem Umfang abgezogen. Die Notenbanken waren gezwungen, die Leitzinsen hinaufzusetzen, um weitere Devisenabflüsse zu verhindern. Auch reagierten die Länder 1930 ihrerseits mit Zollerhöhungen auf die amerikanischen Zollpolitik.

Doch zeichnete sich 1929 und 1930 noch nicht der volle Umfang der Welt-

wirtschaftskrise ab. Vorerst schien es sich um einen der üblichen zyklischen Rückschläge zu handeln. Erst durch die Kumulation vor allem auch politischer Einflüsse wurde er zum schweren Einbruch.

## Österreich: Die CA-Krise

In Österreich hielten sich die Auswirkungen vorerst in Grenzen. 1929 gab es noch ein schwaches Wachstum des BIP von 1,5 Prozent real. Die Arbeitslosigkeit hatte schon 1929 geringfügig zu steigen begonnen, 1930 erreichte die Arbeitslosenrate jedoch bereits 15,4 Prozent.

Die Katastrophe trat erst 1931 mit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt ein. Völlig überraschend eröffnete im Mai 1931 der CA-Vorstand der Bundesregierung, dass 1930 ein Verlust von 130 Millionen Schilling entstanden und die Bank praktisch insolvent sei. Da die Regierung die Auffassung vertrat, dass ein Zusammenbruch des Instituts die heimische Wirtschaft ebenso wie die internationale Position Österreichs allgemein massiv gefährden würde, erstellte sie innerhalb weniger Tage einen Rekonstruktionsplan. Danach übertrug die Bundesregierung der CA 100 Millionen Schilling als Eigenkapital, die Notenbank sowie das Haus Rothschild je 40 Millionen. Um die Liquidität des Instituts sicherzustellen, erklärte sich die OeNB zur praktisch unbeschränkten Kreditgewährung bereit und zwar auch durch Übernahme von Finanzwechslern – was dem Notenbankstatut widersprach.

Die Nachricht vom Zusammenbruch der Credit-Anstalt schlug in der Öffent-



Felix Butschek:

»Die sogenannte Neoklassik geht davon aus, dass der Wettbewerb Nutzen maximierender Wirtschaftssubjekte über die Preise ständig zum Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage führen müsse.«

lichkeit wie eine Bombe ein. Sie führte zu massiven Abhebungen nicht nur bei der CA, sondern abgeschwächt auch bei anderen Geldinstituten Österreichs. Das verstärkte wiederum die internationale Vertrauenskrise, die viele deutsche und italienische Banken direkt berührte. Nach dem Zusammenbruch der Darmstädter und der Nationalbank schloss die deutsche Regierung kurzfristig alle Banken. Damit wurden die zarten Ansätze einer Erholung im Keim erstickt und die Abwärtsbewegung setzte sich bis 1933 fort.

Die Folgen waren fatal. Österreich war neben den USA und Deutschland durch die Weltwirtschaftskrise besonders stark getroffen. Hier sank das Bruttonationalprodukt vom letzten Hochkonjunkturjahr 1929 bis zu seinem Tiefpunkt im Jahre 1933 real um mehr als 22 Prozent, die Industrieproduktion um 38 Prozent. Bauwirtschaft und Verkehr erlitten Einbußen von 53 Prozent und 29 Prozent. Nur die Land- und Forstwirtschaft sowie die Energieerzeugung vermochten ihr Niveau im Wesentlichen zu halten.

### Hilflosigkeit der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik stand der katastrophalen Lage weitgehend hilflos gegenüber. Mit manchen Maßnahmen gossen die Regierungen sogar noch Öl ins Feuer. Lohnsenkungen bewirkten nicht nur, dass die private Konsumnachfrage noch weiter zurückging, sondern dass sich der deflationäre Prozess verschärfte. Sinkende Preise führten dazu, dass Unternehmer für ihre Produkte immer weniger bekamen, Schulden wurden immer drückender.

Die Politik der Lohnsenkungen resultierte daraus, dass damals die national-ökonomische Theorie keine Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Eingriffe sah. Die sogenannte Neoklassik ging – und geht – davon aus, dass der Wettbewerb Nutzen maximierender Wirtschaftssubjekte über die Preise ständig zum Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage führen müsse. Und wenn es zu Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt komme, dann nur, weil die Gewerkschaften die Löhne zu hoch hinauf getrieben hätten. Diese seien zu senken – was manche Länder versuchten. Ansonsten dürfe nicht in den Marktmechanismus eingegriffen werden. Er werde automatisch wieder Vollbeschäftigung herbeiführen.

### Keynes Durchbruch

Der Ruf nach wirtschaftspolitischen Eingriffen wurde allerdings immer lauter, da die nach 1933 in den meisten Ländern einsetzende Erholungsperiode außerordentlich schwach ausfiel. Oftmals erwiesen sich die daraufhin ergriffenen Maßnahmen als unsystematisch, ja, widersprüchlich. Das galt auch für den berühmten »New Deal« Roosevelts, denn nach einer kurzen Erholung erreichte die Arbeitslosenrate in den USA 1938 wieder 19 Prozent. Lediglich Schweden, das stärker einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik folgte, näherte sich den zehn Prozent.

1936 publizierte John Maynard Keynes die »Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«. Das war der große theoretische Durch-

## WEBLINKS

Institut für Wirtschaftsforschung  
[www.wifo.at](http://www.wifo.at)

bruch. Erst damit wurde klar, dass man die ökonomischen Probleme nicht allein durch die Beobachtung des einzelnen Wirtschaftssubjektes erfassen konnte, sondern auch durch Analyse der gesamtwirtschaftlichen Größen wie Produktion, Konsum, Sparen und Investieren, und dass es keine automatische Tendenz zum Vollbeschäftigungsgleichgewicht gab. Der Staat war folglich gefordert, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen und durch Budgetdefizit die fehlende private Nachfrage zu ergänzen. Freilich, die Zeit vor Ausbruch des 2. Weltkrieges blieb zu kurz, als dass sich dieser neue Ansatz hätte vollständig durchsetzen können.

### Vorabend des 2. Weltkriegs

Lediglich in Deutschland erzielte man damit Erfolge. Hier gab es schon Anfang der Dreißigerjahre interessante Vorläufer, nicht zuletzt durch den sogenannten WTB-Plan der deutschen Gewerkschaften. Die – verdeckte – Defizitfinanzierung des Staates wurde in der Folge durch Fixierung von Löhnen und Preisen sowie die strikte Regulierung des Außenhandels und des Zahlungsverkehrs abgesichert. Maßnahmen, welche in dieser Form nur in einem totalitären Staat durchgesetzt werden konnten. Die so angeregte Nachfrage ging fließend in die Aufrüstung über. 1938 war das deutsche



**Felix Butschek:**  
»Gewiss haben wir im nächsten Jahr mit einem konjunkturellen Einbruch zu rechnen, und es ist noch nicht abzusehen, wann ein neuer Aufschwung einsetzen könnte.«

BIP gegenüber 1933 um fast die Hälfte gewachsen und die Arbeitslosigkeit praktisch beseitigt. Dieser Aufschwung endete freilich im 2. Weltkrieg, der ja damit vorbereitet worden war!

### Erst kam der Aufschwung

Nach 1945 erlebten die westlichen Industriestaaten, auch dank amerikanischer Wirtschaftshilfe, einen nie gesehenen Aufschwung. Dessen Dauer ging nicht zuletzt auf den erfolgreichen Einsatz von Keynes Instrumentarium der Wirtschaftspolitik zurück. Dieses erwies sich allerdings wegen seiner Asymmetrie wirkungslos, als es galt, neue Probleme zu lösen. Gerade Stärke und Dauer des Aufschwunges hatten zu einer Inflation geführt. Der **Keynesianismus** schien nur geeignet, die Nachfrage anzuregen, nicht aber – zumindest in seiner Anwendung – diese zu dämpfen. Und damit erlebte die **Neoklassik** eine umfassende Renaissance in verschiedensten Ausprägungen.

Der jüngste Einbruch der Weltwirtschaft resultiert im Wesentlichen aus zwei Elementen: Da war zunächst ein, insbesondere in den USA, lang andauernder Wirtschaftsaufschwung sowie eine große Menge ersparter Gelder, welche Anlagemöglichkeiten suchten. Das führte zu der schließlich zerplatzten Immobilienblase und daraus resultierend auch zu einem Kurssturz der Aktien an der New Yorker Börse. Die dadurch ausgelöste Unsicherheit hatte zur Folge, dass sich Banken gegenseitig keine Kredite mehr gewährten, sodass damit eine allgemeine Geldknappheit entstand und Geldinstitute insolvent

wurden. Und diese Entwicklung übertrug sich auch auf Europa, weil auch dort viele Banken die hochverzinslichen amerikanischen Schuldverschreibungen erworben hatten.

Die Finanzkrise schlug – zuerst in den USA, dann in Europa – auch auf die Realwirtschaft durch. Immerhin hatte sich bereits eine konjunkturelle Abkühlung abgezeichnet. Im Gegensatz zu den Dreißigerjahren reagierte diesmal die Wirtschaftspolitik sofort. Die Staaten taten im Wesentlichen das, was die österreichische Bundesregierung im Falle der CA-Krise 1931 getan hatte: sie stärkten das Eigenkapital der Banken, sie sicherten deren Geldversorgung und deren Existenz.

### Blick in die Zukunft

25 Jahre wurde uns von den meisten Nationalökonomern gepredigt, der Markt sei unfehlbar, daher dürfe der Staat in keiner Weise dessen Mechanismus stören, schon gar nicht durch keynesianische Defizitpolitik. Bemerkenswerterweise gibt es heute kaum Regierungen, die zögern würden, die Konjunkturschwäche eben durch ein Budgetdefizit zu bekämpfen. Dieses Bestreben wird dadurch erleichtert, dass die hoch entwickelten europäischen Sozialsysteme mit ihren gleichmäßigen Zahlungen als Konjunkturstabilisatoren wirken. In die gleiche Richtung gehen der, gegenüber den Dreißigerjahren, viel höhere Dienstleistungsanteil sowie jener der öffentlichen Hand.

Können wir daher beruhigt in die Zukunft blicken? Gründe für einen eher positiven Ausblick sind dadurch gegeben,

dass die Krise eine weitaus stabilere Weltwirtschaft trifft, als jene des Jahres 1929 – ein Jahrzehnt nach dem 1. Weltkrieg. Weiters aber scheinen die meisten Regierungen entschlossen, rasch und nachhaltig wirtschaftspolitisch zu intervenieren. Freilich wäre es verfehlt, der Legende vom unfehlbaren Markt, eine solche der unfehlbaren Nachfragesteuerung über das Budget gegenüberzustellen. Denn die Haushaltsmittel müssen sich in Konsumausgaben oder Investitionen niederschlagen und dürfen nicht gespart werden. Und manche Ausgaben fließen in einem Land mit so hoher Außenhandelsquote wie Österreich ins Ausland ab.

Dennoch sind alle die beschriebenen Maßnahmen wichtig, nicht nur, weil ihre positiven Wirkungen wahrscheinlich sind, sondern auch, weil es gilt, das Vertrauen, nicht nur auf dem Finanzmarkt, sondern in der ganzen Wirtschaft wiederherzustellen. Gewiss haben wir im nächsten Jahr mit einem konjunkturellen Einbruch zu rechnen, und es ist noch nicht abzusehen, wann ein neuer Aufschwung einsetzen könnte, aber eine dramatische Entwicklung, wie zwischen 1929 und 1933 bzw. 1937 zeichnet sich nicht ab.

### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[felix.butschek@wifo.ac.at](mailto:felix.butschek@wifo.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Gleichzeitig und rasch

*Bei einer Finanzkrise müssen drei Maßnahmenpakete gleichzeitig umgesetzt werden – das lehrt uns die Geschichte.*

*Autorin: Dr. Helene Schubert*

*Wirtschaftswissenschaftlerin und Mitarbeiterin  
im Kabinett des Bundeskanzlers*

**A**nfang der 1980er-Jahre stellte Hyman Minsky, der nun mit seiner Theorie der finanziellen Instabilität posthum die Anerkennung bekommt, die ihm stets verweigert wurde, in seiner Aufsatzsammlung »Can »It« Happen Again?«<sup>1</sup> die Frage, ob sich die Depression der 1930er-Jahre wiederholen könnte. Die Zentralbanken würden, so Minsky, nicht mehr die Fehler der Vergangenheit machen und die Wirtschaft mit ausreichend Liquidität versorgen; Banken würden vor dem Zusammenbruch gerettet, ebenso würden die Regierungen mit ihren heute großen Budgets dem konjunkturellen Einbruch entgegenwirken. Die Finanzkrise selbst sah er allerdings als nicht vermeidbares, wiederkehrendes Phänomen, das dem finanzmarktbasieren Kapitalismus innewohne: Stabilität trage den Keim der Instabilität in sich. Sobald die SteuerzahlerInnen den Karren aus dem Dreck gezogen und die Scherben weggeräumt haben, beginnt das Spiel von neuem.

Die Geschichte lehrt uns, dass bei einer Finanzkrise drei Maßnahmenpakete gleichzeitig umgesetzt werden müssen: die Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems, ein Beschäftigungs- und Wirtschaftsstützungs paket und schließlich die umfassende Regulierung des Finanzsys-

tems, um der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz, laufend Phasen des Auf- und Abschwungs hervorzurufen, einen Riegel vorzuschieben. Während ersteres mit dem Bankenrettungsschirm der EU-Länder vorerst gelungen scheint, sind die Eingriffe in die Wirtschaft zur Abwehr der Depression äußerst zaghaft, ganz zu schweigen von den Finanzmarktregulierungsinitiativen, die derzeit international diskutiert werden. Die Geschichte lehrt uns auch, dass die drei Maßnahmenpakete gleichzeitig und so rasch wie möglich umgesetzt werden müssen, will man das Schlimmste vermeiden.

## Wenig konkrete Vorschläge

Hyman Minsky hat die Lernfähigkeit staatlicher Bürokratien überschätzt. In den 1980ern wurde nämlich in den Wirtschaftswissenschaften der Keynesianismus durch die Neoklassik verdrängt. Deren Forderung, Fiskal- und Geldpolitik für die Konjunktursteuerung nur begrenzt einzusetzen, ist in der EU stark verbreitet, in den USA allerdings längst aus der Mode gekommen. Das starre Festhalten der Europäischen Institutionen an überkommenen Dogmen erweist sich gerade in dieser Situation als Problem. Die Europäische Zentralbank hat zwar den Banken umfassend Liquidität bereitgestellt; sie hat aber noch im Juli 2008, ein Jahr nach dem Ausbruch der Krise, die Leitzinsen erhöht. Im September hat sie sich aber dem globalen Zinssenkungstrend angeschlossen.

Beim Europäischen Rat in Brüssel Mitte Oktober dieses Jahres konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU

nicht auf ein von Österreich gefordertes, gemeinsam koordiniertes Konjunkturpaket einigen, und das, obwohl das Nettodefizit in der EU im Vorjahr nur 0,6 Prozent betrug. Die vorläufige Einigung in Österreich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf ein Konjunkturpaket, das unter anderem vorsieht, diverse Infrastrukturprojekte vorzuziehen, Mittel für thermische Gebäudesanierung und Investitionsförderungen zu erhöhen sowie das Vorziehen der Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ob ausreichend, wird sich weisen. Es entfaltet auf jeden Fall erst dann seine volle Wirkung, wenn alle EU-Länder an einem Strang ziehen. Dies ist noch nicht in Sicht.

Die Finanzindustrie wird nicht müde, heute den von ihr immer geschmähten Staat auf die Zukunft vorzubereiten: Er habe sich nach hoffentlich erfolgreicher Mission auf seine Kernaufgaben zurückzuziehen und den freien Markt nicht zu behindern. Wenig konkret fallen daher die derzeit bei diversen Gipfeln diskutierten Regulierungsvorschläge aus. Wesentlich ist, nicht nur Katastrophen wie diese in Zukunft zu verhindern, sondern auch das Primat der Politik wieder zu gewinnen. Globale Wirtschaft braucht globale Wirtschaftspolitik.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[helene.schubert@bka.gv.at](mailto:helene.schubert@bka.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Minsky, Hyman (1982), Can »It« Happen Again?: Essays on Instability and Finance. M.E. Sharpe.

# Wege aus der Krise

*Die aktuelle Krise zeigt, dass der wirtschaftlichen Globalisierung die wirtschaftspolitische folgen muss.*

*Autor: Dr. Gustav Horn*

*Leiter des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der staatsunabhängigen, gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung*

Die Lage ist ernst: Verstärkt durch die dramatische Zuspitzung der Finanzmarktkrise befindet sich die europäische Wirtschaft mitten in einem drastischen Abschwung. Nächstes Jahr ist im Euroraum bestenfalls mit Stagnation, in einigen Ländern sogar mit einer handfesten Rezession, zu rechnen. Wenn die Krise nicht schnell überwunden wird, droht eine Schwächephase, die schlimmer ausfallen könnte als die nach 2001. Dann würden alle Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Sanierung der Staatsfinanzen wieder zunichte gemacht. Damit das nicht geschieht, bedarf es einer makroökonomischen Politik, die entschlossen gegensteuert.

## Die doppelte Krise

Es geht schließlich nicht um eine Delle im üblichen Auf und Ab der Konjunktur. Es handelt sich vielmehr um eine doppelte Krise. Die Finanzmarktkrise betrifft zunächst den Bankensektor, der durch seine restriktivere Kreditvergabe die Investoren schwächt. Schwächere Investitionen implizieren aber eine schwächere Konjunktur, unter der die Bonität von Schuldern leidet, was wiederum den Bankensektor schwächt. Finanzmarktkrise und Konjunkturkrise verstärken sich also wechselseitig, und es hat sich folglich eine Ab-

wärtsspirale herausgebildet, die es zu durchbrechen gilt. Denn von allein – wie immer noch einige Ökonomen und auch Politiker zu glauben scheinen – werden sich die Probleme nicht verflüchtigen.

## Rolle der Wirtschaftspolitik

Das in weiten Teilen Europas dominierende **Paradigma** war in den vergangenen Jahren das einer weitgehenden wirtschaftspolitischen Abstinenz. Weder die Geldpolitik noch die **Fiskalpolitik** wurden als geeignet angesehen, auf konjunkturelle Schwankungen oder gar Krisen angemessen zu reagieren. Die vergangenen Tage und Wochen deuten jedoch eine Zeitenwende an. Mit dem globalen Programm zur Stabilisierung des Finanzsektors in all seinen verschiedenen nationalen Ausprägungen hat die internationale Staatengemeinschaft ein Zeichen gesetzt: Die Wirtschaftspolitik hat sichtbare Verantwortung für die globale wirtschaftliche Stabilität übernommen.

Dies kann als ein wesentlicher Beitrag zu einer wirtschaftspolitischen Globalisierung verstanden werden. Bislang galt, dass die Globalisierung der Märkte die Wirtschaftspolitik nur insofern tangierte, als sie dazu beizutragen hatte, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften zu gewährleisten. Das heißt, die Globalisierung diente zur Begründung für eine nationale, nämlich die nationale Angebotsseite fördernde, Wirtschaftspolitik. Die Finanzmarktkrise hat die **Fragilität** und auch die Naivität dieses Ansatzes enthüllt. Denn sie zeigt, dass der wirtschaftlichen Globalisierung die wirtschaftspolitische

## WEBLINKS

Offizielle Seite der Keynes-Gesellschaft  
[www.keynes-gesellschaft.de](http://www.keynes-gesellschaft.de)

Hans-Böckler-Stiftung  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

folgen muss. Ihre Aufgabe ist es, globale nicht allein nationale, Stabilität zu gewährleisten. Eine solche global ausgerichtete Politik kann sich nicht auf die Angebotsseite beschränken, sondern muss auch die Nachfrageseite wieder mit ins Bild nehmen.

## Blühender Markt braucht Rahmen

Man hat schließlich erkannt, dass das marktwirtschaftliche System durch Belohnung unternehmerischen Gewinnstrebens zwar auf der einen Seite eine Quelle dynamischer Wohlstandsmehrung ist, auf der anderen Seite aber das gleiche Streben auch den Keim der Krisenhaftigkeit durch Übersteigerungen in sich trägt. Die Wirtschaftspolitik hat diese Krisenhaftigkeit (wieder) erkannt und adäquat gehandelt. Das ist eine deutliche Abkehr von der doch recht naiven Sichtweise, die auf einen ständigen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft beruhte, damit der Markt sich voll entfalten könne. Mehr Deregulierung auf Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkten bedeute mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Dieses generelle Heilsversprechen ist geplatzt. Ein blühender Markt braucht einen staatlichen Rahmen, in dem er sich

voll entfalten kann, ohne dass auf Dauer der Wohlstand auch gerade durch den Markt selbst geschädigt wird.

Die Wirtschaftspolitik nicht nur im Euroraum, sondern in allen wirtschaftlich bedeutsamen Regionen scheint bereit, diesen Weg zu gehen. Das eröffnet die Chance, nunmehr endlich auch einen globalen Regulierungs- und Stabilisierungsrahmen durchzusetzen, darunter eine neue globale Finanzmarktarchitektur, die Auswüchse, wie in den vergangenen Jahren erlebt, zumindest unwahrscheinlicher macht.

## Finanzpolitische Maßnahmen

Betrachtet man die Entwicklungen der vergangenen Wochen, gibt es eine Reihe positiver Signale, die auf eine eher schnellere Überwindung der Finanzkrise hoffen lassen. Das gilt zum einen für die konzentrierten Leitzinssenkungen mehrerer einflussreicher Zentralbanken, die die Konjunktur mittelfristig stimulieren werden. Zudem wurde die Refinanzierung der Banken bei der EZB erleichtert, indem von einem **Zinstender** auf einen **Mengentender** umgestellt wurde: Banken erhalten jetzt zu einem festen und niedrigeren Zinssatz als vorher unbegrenzte Liquidität von der EZB, und zwar nicht nur in Euro, sondern auch in US-Dollar.

Zudem hat die **EZB** die Sicherheiten ausgeweitet, die sie im Gegenzug akzeptiert. Damit erweitert sie den Zugang und verbilligt zugleich die Bereitstellung von Liquidität. Hilfreich ist auch die enge Koordination auf EU-Ebene: Die EU-Finanzminister kündigten gemeinsam die Rettung systemisch relevanter Banken an. Ein ergänzendes Wachstumspaket zur Stützung der Konjunktur muss einer Reihe von Anforderungen gerecht werden: Es sollte

- möglichst schnell umgesetzt werden können und wirksam werden,
- möglichst gezielt sein, d. h. bei den Maßnahmen ansetzen, die über die höchste konjunkturelle Wirksamkeit verfügen,
- möglichst zeitlich befristet sein, um nach der konjunkturellen Erholung nicht zu einer Überhitzung der Wirtschaft zu führen und mittelfristig die öffentlichen Haushalte wieder entlasten zu können,



Mehr Deregulierung auf Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkten bedeute mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Dieses generelle Heilsversprechen ist geplatzt.

■ möglichst kompatibel mit einer nachhaltigen mittelfristigen finanzpolitischen Wachstumsstrategie sein sowie

■ vom Impuls her ausreichend dimensioniert sein, um Wirkung zu entfalten und nicht kostbare Zeit zu verlieren.

Die Befürchtung, dass sich Konjunkturprogramme als Strohfeuer erweisen könnten, ist weit verbreitet. Sie ist allerdings unter bestimmten Voraussetzungen unberechtigt. Erst jüngst haben zwei ausführliche Untersuchungen, die eine vom **IMF**, die andere vom Brookings Institute, gezeigt: Konjunkturprogramme wirken. Es sind jedoch Regeln zu beachten, will man Erfolg haben.

### Regel Nr. 1: Die Konjunkturprogramme müssen von der Geldpolitik unterstützt werden.

Eine schnelle und starke Zinssenkung ist in ihrer Wirkung durch nichts zu ersetzen. Zugleich erhöht sie den Wirkungsgrad aller anderen, insbesondere fiskalpolitischer Maßnahmen. Angesichts rückläufiger Preissteigerungsraten und ausbleibender Zweitundeneffekte ist eine starke monetäre Lockerung nicht nur notwendig, sondern auch vertretbar. Allerdings wirkt selbst eine sofortige Zinssenkung erst mit einiger zeitlicher Verzögerung.

Dieser Zeitraum muss durch eine anderweitige, sofort wirksame Konjunkturstützung überbrückt werden, um eine zwischenzeitliche Verschärfung der Krise zu vermeiden. Hier kommt der Finanzpolitik nun die entscheidende Rolle zu.

### Regel Nr. 2: Es muss schnell gehandelt werden.

Haben sich erst die Erwartungen in Pessimismus verfestigt, fällt die Korrektur umso schwerer, die Krise dauert länger und erfordert einen höheren Mitteleinsatz.

### Regel Nr. 3: Es muss koordiniert gehandelt werden.

Empfehlenswert ist daher, dass ECOFIN in Kooperation mit der EZB einen Beschluss fasst, dass jedes Mitgliedsland ein Prozent seines BIP für Konjunktur stabilisierende Maßnahmen einsetzt. Die Details obliegen jedem Mitgliedsland. Darüber hinaus müssen die automatischen Stabilisatoren in vollem Umfang wirken.

Der Abschwung ist unvermeidlich; er hat schon begonnen. Die Frage ist nur noch, wie tief er wird, und wie lang er anhält, wenn alle Staaten, insbesondere auch die Länder der EU, und vor allem der Eurozone nunmehr im Sinne einer wirtschaftspolitischen Globalisierung handeln. Das bedeutet, dass sie zum einen global die Finanzmärkte und zum zweiten jeweils national die Nachfrage stimulieren. Geschieht dies, kann das Jahr 2009 die Erholung bringen.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[gustav-horn@boeckler.de](mailto:gustav-horn@boeckler.de)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ende eines Zeitalters

*Der neoliberale Finanzkapitalismus erlebt derzeit sein bisher größtes Debakel. Eine Regulierung der Märkte ist jetzt dringend notwendig.*

Autor: David Mum

Grundlagenabteilung GPA-djp

Zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der östlichen Staatswirtschaften erlebt der neoliberale Finanzkapitalismus sein bislang größtes Debakel. Auf deregulierten, mitunter unbeaufsichtigten, Finanzmärkten wurden gigantische Spekulationen so weit getrieben, dass in den USA Mitte 2007 ein Pyramidenspiel mit Immobilienkrediten zusammengebrochen ist. Mittlerweile hat sich die Situation massiv verschärft und ist auch auf Europa und die Realwirtschaft übergeschwappt. Für 2009 stehen die meisten entwickelten Wirtschaften vor einer Rezession oder Nullwachstum. Das Wachstum in der EU-Zone wird voraussichtlich 0,1 Prozent betragen.

## Enormes Krisenpotenzial

Der Zusammenbruch von Hedge-Fonds, Investmentbanken, Banken und Versicherungen zeigt das enorme Krisenpotenzial, das sich auf aufgeblähten Finanzmärkten angesammelt hat. In Form von Schockwellen riss die Krise immer weitere Finanzinstitutionen in den Abgrund. Nun zieht diese Entwicklung die »Realwirtschaft« mit nach unten. Wenn Banken von einer zu leichtfertigen zu einer restriktiven Kreditvergabe wechseln, sind Investitionen von Unternehmen gefährdet und werden reduziert. Das bedeutet eine Kürzung der Aufträge für andere Unternehmen. Bis

2007 mussten Unternehmen hoher Bonität nur einen Risikoaufschlag von einem Prozentpunkt gegenüber Staatsanleihen entrichten, dieser hat sich 2008 bis auf vier Prozentpunkte vervierfacht.

Auf den Aktienmärkten findet wie in den Jahren 2000 bis 2003 ein Kursgetmelz statt. Der ATX fiel seit seinem Höchststand 2007 von über 5.000, im Oktober 2008 auf Werte unter 2.000 Punkte! Auch der US-Aktienindex Dow-Jones brach von etwa 14.000 Punkten auf unter 8.000 ein. Das führt nun zu Leistungskürzungen bei Pensionskassen. Die österreichischen Pensionskassen haben von Jahresbeginn bis September Verluste von 8,4 Prozent zu verzeichnen.

Nun springt weltweit die Politik ein und versucht, einen Systemkollaps und eine Wirtschaftskrise zu verhindern. Mit öffentlichen Mitteln werden in den USA und der EU Banken und Versicherungen gestützt, um einen Verfall der Ersparnisse der Kunden hintanzuhalten. Die Kosten für die Rettungspakete zahlt die Allgemeinheit. Auch die meisten KritikerInnen des Neoliberalismus sehen die Rettungsaktionen als unbedingte Notwendigkeit. Denn die Kosten der Alternative wären weit höher. Wenn niemand seiner Bank vertraut und das Geld abzieht, dann stürzen auch jene Banken in den Ruin, die gesunde Bilanzen haben. Das empörende ist, dass es soweit kommen konnte. Außerdem ist es aber aus diesem Titel nicht notwendig, Privatbanken aufzufangen, deren Kunden nur extrem vermögende Personen sind.

Dass der Staat nur Garantien übernimmt, ohne einen Einfluss auf die Banken nehmen zu können, die unterstützt

## WEBLINKS

GPA-djp

[www.gpa-djp.at/](http://www.gpa-djp.at/)

AK fordert: Einkommen stärken  
[www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=28&IP=43446](http://www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=28&IP=43446)

werden, ist scharf zu kritisieren. Diesen Weg ist man aber in Österreich gegangen. In England wird das Bankensystem nur unter weitaus härteren Bedingungen gerettet.

## Vorhersehbarer Kollaps

Der Kollaps in den USA war vorhersehbar, nicht jedoch das Ausmaß in dem das gesamte Finanzsystem in den Abgrund gerissen wurde. Es wurden in den USA aber Kredite aggressiv an Menschen gegeben, von denen klar war, dass sie diese nicht zurückzahlen können. Das konnte nicht lange gut gehen. Besichert waren die Kredite mit Immobilien. Als die Immobilienpreise nicht mehr stiegen, sondern fielen, ist das Kartenhaus zusammengebrochen. Banken haben die (nun faulen) Kredite in eigene Zweckgesellschaften ausgelagert, aus ihren Bilanzen gebracht und als »Asset Backed Securities« (ABS) weiterverkauft. So wurde diese Krise »globalisiert«.

Eine weitere Ursache für die gigantischen Verluste auf den Weltfinanzmärkten sind gewaltige Spekulationen mit fremdem Geld. Wenn eine Wette aufgeht, ist die Rendite weitaus höher wenn man

mit geborgtem Geld den Wetteinsatz potenziert (»Hebeleffekt«). Viele Hedge-Fonds spekulierten mit enormen Summen an geliehenem Geld. Geht das Geschäft aber daneben, ist nicht nur das eigene, sondern auch das geliehene Geld weg. Und Wetten werden verloren. Die Verluste der einen sind die Gewinne der anderen. Hedge-Fonds unterliegen keinerlei Veranlagungsvorschriften und keiner Kontrolle. Es wusste also niemand, welche Risiken Hedge-Fonds kreditfinanziert eingegangen sind.

### Undurchsichtige Risiken

Auf den Finanzmärkten wurden extrem undurchsichtige Produkte gehandelt, deren Risiken weder den KäuferInnen, den Aufsichtsbehörden noch den Ratingagenturen klar gewesen sind.

Banken haben in großem Ausmaß Kredite und deren Ausfallrisiken weiterverkauft. Damit haben sie sich ihres Kerngeschäfts entledigt. Es wurde argumentiert, dies sei sinnvoll, weil sich damit das Ausfallrisiko gleichmäßiger verteilt und letztlich eine geringere Gefährdung für das Finanzsystem bewirkt wird. Wie sich nun herausstellt, war das Gegenteil der Fall. Risiken, von denen keiner eine Ahnung hatte, wurden potenziert.

Für den Ausgleich zwischen Banken ist der Interbankenhandel unerlässlich. Banken können nicht benötigte liquide Mittel zinsbringend anlegen. Andere Banken, die für Auszahlungen zu wenig eigene Liquidität haben, können sich gegen Zinszahlungen refinanzieren, also Geld von anderen Banken borgen. Der Interbankenhandel ist zusammengebrochen, weil sich die Banken gegenseitig nicht trauen. Damit hat die Krise, die vom US-Immobilienmarkt ausging, das gesamte Finanzsystem getroffen. Viele Banken konnten sich nicht mehr refinanzieren (z. B. die österreichische Kommunalkredit).

### Teures Rettungspaket

Das Volumen der Kreditverträge in den USA beläuft sich auf rund zwölf Billionen \$.<sup>1</sup> Nun sollen mit einem Rettungs-

fonds von 700 Mrd. \$ von den Finanzinstituten Not leidende Wertpapiere und Kredite aufgekauft werden. Es ist höchst fraglich, ob diese Summe reicht. Die Wertverluste werden auch noch nächstes Jahr weitergehen.

Weitere Bankenzusammenbrüche sind wahrscheinlich, denn: viele HausbesitzerInnen sind weiter hoch verschuldet, und die Immobilienpreise fallen immer noch. Der Neoliberalismus ist am Ende. Doch auch bei seinem Scheitern ist er ein verteilungspolitisches Fiasko. Nach den privaten Bereicherungen der vergangenen Jahre, kommen nun alle für die Kosten auf.

Die derzeitige Krise ist bereits die zweite schwere weltweite Finanzmarktkrise in diesem Jahrzehnt. Schon 2001 bis 2003 fielen die Börsenkurse in den Keller. Die derzeitige Krise zwingt zum Umdenken. In den 1930er-Jahren war es auch die mehrjährige Weltwirtschaftskrise, die den festen Glauben an freie Märkte der »goldenen 20er-Jahre« beendet hat. Es folgten Jahrzehnte, in denen die Finanzmärkte reguliert waren und der Staat stabilisierend in die Wirtschaft eingegriffen hat. So lange dies nicht wieder passiert, sind weitere Zusammenbrüche unvermeidbar.

### Ausweg

Dieses Debakel kann aber nicht nur durch eine Regulierung der Finanzmärkte gelöst werden. Ursache ist neben zu viel unkontrollierter Spekulation und zu wenig Verantwortung auch, dass es zu viel nach Veranlagungsmöglichkeiten strebendes Kapital gibt. Das hängt mit der ungleichen Einkommensverteilung zusammen. Diese Finanzvermögen suchen permanent Veranlagungsmöglichkeiten, und das kann dazu führen, dass Preise in manchen Märkten plötzlich stark ansteigen, um danach wieder einzubrechen.

Unrealistisch hohe Renditeerwartungen institutioneller Investoren haben zu steigenden Kursen, Blasenbildungen und den darauf folgenden Abstürzen geführt. Die Finanzerträge können aber nicht unbegrenzt laufend stärker steigen als das BIP. Je stärker die Entkoppelung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft ist, desto stärker sind darauf folgende Korrekturen.

### Notwendige Maßnahmen

■ Alle Risiken, die ein Finanzdienstleistungsunternehmen eingegangen ist, müssen auch aus der Bilanz erkennbar sein. Höhere Risiken bedürfen höherer Eigenmittelunterlegungen.

■ Aufsicht über alle Finanzmarktakteure, auch Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds.

■ Finanztransaktionen zwischen europäischen Firmen und Unternehmen in »off-shore Finanzzentren«, die nicht kontrolliert werden, sollen verboten werden.

■ Pensionen von den Finanzmärkten abhängig zu machen, hat sich als fataler neoliberaler Fehler erwiesen.

■ Private-Equity-Firmen sollten steuerlich genau wie alle anderen Akteure der Finanzbranche behandelt werden. Außerdem sollen sie zu mehr Transparenz verpflichtet werden.

■ Neugestaltung der Bonus- und Entlohnungssysteme für Führungskräfte. Diese haben wegen ihrer kurzfristigen Orientierung zu exzessivem Eingehen von Risiken geführt.

■ In Europa sollte eine öffentliche Ratingagentur aufgebaut werden.

■ Steueroasen müssen trocken gelegt werden. Geschäfte mit Steueroasen sollen gemäß den nationalen Steuervorschriften behandelt werden, wenn nicht eine bestimmte Mindeststeuer fällig wird.

■ Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer.

■ Spekulation mit geliehenem Geld (leverage) drastisch eingrenzen.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[david.mum@gpa-djp.at](mailto:david.mum@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> Bischoff, Oktober 2008

# Frage der Verantwortung

*In Zeiten wie diesen werden allerorten die Forderungen nach einer umfassenden Managerhaftung und mehr Transparenz wieder laut.*

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

In den guten Zeiten haben Manager ihre hohen Gagen mit der hohen Verantwortung, die sie tragen argumentiert. Heute sehen wir: Tragen tun die anderen. Und was ist nun mit der Verantwortung?

Lange war es kein Thema, jetzt ist es plötzlich sogar am Wirtshaustisch Gesprächsthema: die Managerhaftung. Doch was heißt das, wenn wir gerade sehen, dass Banken und Unternehmen – in manchen Fällen sicher aus gutem Grund – mit Milliarden »ausgeholfen« wird und sich so mancher geschasste Manager noch über seine Millionenfertigung freut. »Das steht so im Vertrag, da kann man nicht eingreifen«, ist die viel zitierte Erklärung für diesen unerfreulichen Brauch. Wilhelm Rasinger, Vertreter der Kleinaktionäre, sieht das Problem in der aktuellen Praxis: »Die Boni sollten im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Geschäftsgebarung erst lange im Nachhinein ausbezahlt werden. Die hohen Gehälter werden ja auch deshalb bezahlt, weil man sich damit eine nachhaltig positive Führung der Unternehmen einkaufen will. Das sollen keine Goodies für Schönwetterkapitäne sein.« Durch die derzeit herrschende Praxis der Bonifizierung haben die Manager primär die kurzfristigen Effekte im Blick, manche arbeiten gar auf bestimmte Stichtage hin, um ihre Prämien kassieren zu können.

»Unternehmer und Topmanager sind aber nicht nur wirtschaftliche, sondern

in einem hohen Maße auch gesellschaftspolitische Akteure, weil unternehmerisches Handeln gesellschaftlich nicht neutral ist und Unternehmer die soziale Welt entscheidend mitgestalten«, so Peter Imbusch, der derzeit eine Professur für sozialwissenschaftliche Konfliktforschung innehat. Imbusch weiter: »Wirtschaftsethiker betrachten deshalb Unternehmen ohnehin als quasi öffentliche Institutionen, denen eine hohe Verantwortung zukommt.« Da ist sie wieder. Die viel zitierte Verantwortung!

## Haftungsfragen

Was aber versteht man unter der Verantwortung des Managements? Man versteht darunter die Haftung von GeschäftsführerInnen und GesellschafterInnen für sorgfaltswidriges Verhalten, so die Judikatur. Schlagend werden kann die sogenannte Innenhaftung (zivilrechtliche Ansprüche des Unternehmens), die Außenhaftung (gegenüber Gläubigern) und in besonders heftigen Fällen von Versagen auch eine zivilrechtliche Verantwortung bei Vergehen wie Bilanzfälschung und Betrug.

Um sich vor diesen rechtlichen Verantwortlichkeiten zu schützen, ist für hoch bezahlte ManagerInnen nur ein Mindestmaß an kaufmännischer Sorgfaltspflicht nötig: Angemessene Informationen einholen, nachgewiesenermaßen fachkundige BeraterInnen einbeziehen und damit man am Ende nachvollziehen kann, wie es soweit kommen konnte, wird einem die Dokumentation der Entscheidungsfindung angeraten. »Es empfiehlt sich«, raten JuristInnen weiter, »Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung von be-

## WEBLINKS

Institut für Sozialethik  
[www.univie.ac.at/ktf/content/site/se/home/index.html](http://www.univie.ac.at/ktf/content/site/se/home/index.html)

standsgefährdenden Entwicklungen und Vorfällen einzurichten.«

Soweit die juristischen Fakten. Auch wenn man sich fragt, ob wirklich alle ManagerInnen wenigstens diese Eckpunkte abgearbeitet und eingehalten haben, so bleibt am Ende doch die Frage nach der Moral: Denn wie kommt es, dass ManagerInnen sich ihre angebliche Verantwortung mit fetten Prämien abgelden lassen und – im schlimmsten Fall – das gleiche Schicksal erleiden wie Tausende ihrer Angestellten? Nämlich den Jobverlust. Mit dem winzigen Unterschied, dass sie vorher wohl ein bisschen mehr über hatten, um es in den Sparstrumpf zu stecken.

## Mangel an Fairness

Die Professorin Dr. Ingeborg Gabriel die einen Lehrstuhl für Sozialethik an der Universität Wien innehat, fasst ihre Eindrücke von der Ethik der Manager in sehr bodenständige Worte: »Es herrscht ein Mangel an Fairness. Eigentlich muss man diese Gehälter schon in den Bereich der Korruption einordnen. Die Höhe der Boni ließe sich gesetzlich beschränken.« Darüber hinaus wünscht sie sich für alle Manager ein Pflichtsemester Ethik: »Nicht weil ich glaube, dass man in einem Semester das Gewissen trainieren kann, aber der



**Ingeborg Gabriel:**

»Es herrscht ein Mangel an Fairness. Eigentlich muss man diese Gehälter schon in den Bereich der Korruption einordnen. Die Höhe der Boni ließe sich gesetzlich beschränken.«

Einzelne kann Verantwortung übernehmen – und das kann man trainieren.«

Auf die Frage, wie es zu einer solchen Selbstbedienungsmentalität unter den Spitzenmanagern kommen kann, antwortet die Sozialethikerin: »Es gibt in diesem System starke Elemente einerseits von Komplexität, andererseits von Konkurrenz.« Diese Kombination macht es möglich, dass einerseits der Druck auf die ManagerInnen stetig steigt: Man muss besser, schneller, erfolgreicher als die anderen sein, sonst fliegt man aus dem Spiel. Andererseits sinkt die Möglichkeit, die Folgen des Handelns in vollem Umfang abzuschätzen: Das öffnet manche Schlei-se und ermöglicht Handlungsweisen für die »man sich früher geschämt hätte«.

### **Verantwortungslose Manager?**

Wilhelm Rasinger ist sich sicher: »Mit eigenem Geld und eigenem Vermögen wären die Manager wesentlich risikobewusster. Ein guter Manager hat meines Erachtens nach in den Seitenblicken nichts verloren.« Wir kennen die Aussagen, dass die Manager immer noch »im Vergleich mit den Gagen, die anderswo gezahlt werden« niedrig bezahlt werden. Dem hält Rasinger, schon hörbar verärgert, entgegen: »Es gibt diesen Managermarkt nicht, von dem da immer berichtet wird. Und meiner Ansicht nach soll einer, dem das Gehalt hier zu wenig ist gerne nach Deutschland gehen, wenn er meint, er kann dort mehr verdienen.« Das Argument, dass die Besten gehen würden, lässt er nicht gelten.

Retrospektiv betrachtet fragt sich so mancher, wie der eine oder andere so-

genannte Spitzenmanager zu seinem gut dotierten Vertrag gekommen ist, oder wer ihm wohl den Konsultantenvertrag »für nachher« angedient habe. Dazu Rasinger: »Es gibt schon auch sogenannte Präsentationskaiser, ob die wirklich gut sind, merken Sie erst lange hinterher.«

Auf die Frage, was nach Ansicht des Anlegervertreters gute und wünschenswerte Eigenschaften eines verantwortungsvollen Managers wären, antwortet Rasinger: »Ob er gut mit der Belegschaft umgehen kann und mit den Kunden, das ist wichtig für den Erfolg. Und ein wenig Fortune gehört wohl auch dazu.«

Im New York Herald Tribune bemerkt ein Kommentator an, wie schief das System in der derzeitigen Krise bereits hängt: »Die amerikanischen Banken lassen sich vom Staat und damit vom Steuerzahler großzügig unterstützen. Auf der anderen Seite werden nach wie vor Dividenden an die Anleger ausbezahlt.« Und das gilt leider nicht nur für die amerikanischen Banken, wenn man es sich genau überlegt.

In Zeiten, in denen »smart« zu sein das Ziel war und Redlichkeit, Integrität und ethisches Handeln als vorgestrig verlacht wurden, sind solche Auswüchse allerdings kein Wunder.

Daran sind aber nicht nur die steigende Komplexität und die zunehmende Globalisierung schuld: Schuld an dieser Entwicklung ist auch die Tatsache, dass sich die Politik nahezu ohne Gegenwehr das Ruder aus der Hand nehmen ließ, wenn es auch nur im entferntesten um Wirtschaft ging. Ingeborg Gabriel: »Die rechtliche Ebene hat da schon versagt: gewisse Dinge sollten einfach illegal sein.« Mehr Gestaltungswillen vonseiten der

PolitikerInnen, die sich wenigstens alle paar Jahre tatsächlich einer Beurteilung stellen müssen, könnte einiges an Wildwuchs verhindern. Und die Erkenntnis, dass es auch auf dem Markt der ManagerInnen so etwas wie Marktversagen gibt.

### **Gutes Ende?**

Positiv werten Rasinger und Gabriel die Tatsache, dass seit dem Aufbrechen der Bankenkrise in der Öffentlichkeit ein gewisses Bewusstsein entsteht, dass die Entwicklungen, deren Auswüchse wir jetzt beobachten können, gesellschaftlich nicht wünschenswert sind. Rasinger fordert volle Transparenz und sieht, dass »die Zeit günstig ist«, um hier tief greifende Änderungen herbeizuführen. PolitikerInnen, die sich selbst eine sehr transparente Einkommenspyramide verpasst haben, hätten von der Entwicklung hin zu mehr Transparenz profitiert. Und damit eine solche transparente Regelung nicht nur den »Neidkomplex« bedient, wünscht sich Rasinger auch Transparenz in Sachen Steuerleistung: Auch die sollte man öffentlich machen, damit man sieht, wer auf diesem Weg wie viel für die Allgemeinheit leistet.

### **KONTAKT**

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Rette sich, wer kann

*Wirtschaftspsychologe Dr. Erich Kirchler über Wirtschaftspsychiatrie, die Projekttheorie und das gesellschaftliche Wertesystem.*

## ZUR PERSON



### Univ.-Prof. Dr. Erich Kirchler

Geboren: 4. November 1954 in Sand in Taufers, Südtirol, Italien

1979 Promotion zum Dr. phil, Psychologie und Humanbiologie, Universität Wien

1989 Habilitation

1979–1992 Lehrtätigkeit, Johannes-Kepler-Universität, Linz

seit 10/1992 Universitätsprofessor, Institut für Psychologie, Universität Wien

seit 1993 Abteilungsleitung (Arbeitsgruppe Angewandte und Klinische Psychologie)

1998–2001 Vorstand des Institutes für Psychologie

2004–2006 Vorstand des Institutes für Wirtschaftspsychologie, Bildungspsychologie und Evaluation, seit 2006 stv. Vorstand

2004–2006 Vizedekan der Fakultät für Psychologie

**Arbeit&Wirtschaft:** *Herr Professor Kirchler, »Die Zeit ist aus den Fugen«, dieser Satz aus Shakespeares Hamlet ist aktueller denn je. Der Kapitalismus hat sich überhitzt, ein Bankencrash in den USA erweiterte sich zur weltweiten Finanzkrise. Wie sehen Sie als Wirtschaftspsychologe diese Dynamik?*

**Erich Kirchler:** Über die vergangenen Jahre hinweg wurde vor allem ein Ziel verfolgt: schnelle Gewinne. Die verantwortlichen Manager waren aus der Verantwortung der Art der Gewinnerzielung weitgehend entlassen. Hinter der Leichtfertigkeit, mit der Kapital verspielt wurde, steckt das Gefühl, alles im Griff zu haben, der Glaube, besser zu sein als die anderen. Wir nennen das »overconfidence«, ein Phänomen, das uns überall begegnet, so glauben weit

mehr als 50 Prozent der Autofahrer, besser zu fahren als der Durchschnitt. Für Manager gilt diese overconfidence auch. Sie führte, gepaart mit der Geschwindigkeit, mit der Gewinne eingefahren werden, in die Krise. In der Politik ist das inzwischen ähnlich – die jetzige Regierung muss Erfolge einfahren statt vorzubauen und mittel- und langfristig Gewinne anzustreben, die eine nächste Regierung erntet. Nachhaltigkeit wird gefordert, aber nicht praktiziert. Anleger wurden über Risiken informiert, aber die Aufmerksamkeit wurde auf Gewinne und zu wenig auf Verlustrisiken gelenkt. In letzter Zeit macht der Begriff »Wirtschaftspsychiatrie« die Runde.

Die Lage erscheint problematisch: nicht mehr der Psychologe ist gefragt, der sich mit »gesunden« Menschen beschäftigt, sondern der Arzt, der dem schwer kranken

Patienten mit starken Medikamenten gegen die Psychose zu Hilfe kommen soll. Wir spüren die Auswirkungen noch nicht, trotzdem haben die Menschen Ängste.

Mit dem Ende des Kommunismus haben wir uns in Richtung Kapitalismus bewegt. Der Staat hat sich tendenziell aus der sozialen Verantwortung zurückgezogen und uns aufgefordert, selbst für uns zu sorgen. Wenn plötzlich die anscheinend sichere Pensionsvorsorge, auf die gehofft wird, wackelt, rezipiert man die Krise.

**Welche Mechanismen laufen ab, dass die Menschen panikartig reagieren und in manchen Banken Schlange stehen, um ihr Geld abzuholen?**

Anfangs unklare Informationen lösten Unsicherheit aus. Die Menschen reagier-

ten zunächst mit Abwarten. Meist tut man in einer unsicheren Lage lieber nichts, als vielleicht eine falsche Handlung zu setzen. Man kann mit Abwarten falsch liegen, aber das ist leichter zu ertragen, als sich im Nachhinein sagen zu müssen: Ich habe die falsche Handlung gesetzt, die hat mich in den Ruin getrieben. **Kahneman** und **Tversky** haben mit ihrer Prospekttheorie herausgefunden, dass Menschen in Gewinn-situationen sehr risikoscheu werden – sie wählen von zwei Alternativen die sichere. Verluste wiegen stärker als Gewinne. Aus diesem Gefühl heraus tendieren die Menschen bei drohendem Verlust zu riskanten Alternativen, eben mit dem Ziel, den Verlust zumindest teilweise wettmachen zu können. Als die Verluste größer wurden, kam panische Bewegung in die Starre.

### ***Gibt es eine soziale Ansteckung?***

Ja, aber reden wir nicht von sozialer Ansteckung. Die Gründe für die Finanzkrise sind rein ökonomisch. Als die Meldungen aus New York kamen, dass die US-Investmentbank Lehmann Brothers kracht, waren alle überrascht, dass das dieser Bank passiert, und dass die Regierung nicht sofort eingegriffen hat. Sowie der drohende Dominoeffekt bekannt wurde, und dass diese Krise auf Europa überschwappen wird, wurde den Menschen bewusst, dass sich das Debakel global auf alle Wirtschaften auswirken und andauern wird.

### ***Schlägt das Pendel mit dem Kippen des Kapitalismus wieder Richtung Verstaatlichung und Kommunismus aus?***

Prinzipiell bewegen sich Entwicklungen oft von einem Extrem in eine moderate Lage, dann ins andere Extrem und wieder zurück. Die Zukunft lässt sich nicht voraussagen. Aber wir haben jetzt gelernt, dass die Welt kleiner geworden ist. Wenn etwas in den USA passiert, betrifft es uns, aber auch China, Indien usw. Diese dichte Vernetzung war zwar vorher in aller Munde, aber sie war nicht spürbar. Und wir haben gelernt, dass die Veränderung sehr schnell passieren kann. Auch für mich ist es neu, dass sich ein Feuer in wenigen Tagen so flächendeckend entfachen kann.

### ***Oft ist von der Gier des Marktes die Rede. Hängen Gier und Angst zusammen?***

Gier und Angst sehe ich nicht als Gegenpole. Gier bedeutet auch Schuldzuweisung und ist eine einfache Erklärung für das jetzige Debakel. Es handelt sich meistens um Streben nach mehr, und das ist nicht schlecht, sondern der Motor des Fortschritts. Die Gier der Einzelnen gibt es zwar, aber man muss die Fehler im System suchen. Auch wir als kleine Anleger wollen schnell zu Geld kommen und lassen damit die Nachhaltigkeit außer Acht.

### ***Was treibt die Menschen an, nicht genug zu kriegen, obwohl jeder am Ende nichts mitnehmen kann?***

Es sind allzumenschliche Motive. Geld steht für Macht und Prestige. Mit Geld kann man fast alles kaufen: Zuneigung, Erotik, Freundschaft, ja sogar Liebe. Geld hat Sexappeal. Auch wenn man genug hat, vergleicht man sich nicht mit den Nachbarn, den Armen im Land oder der Dritten Welt, sondern mit dem, der noch mehr hat. Trotzdem stellt sich die Frage: Warum tut ein Mensch sich solchen Stress an? Schnelle Gewinne bedeuten viel Stress. Die Banken werben mit Vertrauen, Vorsorge und Sicherheit für die Zukunft, das Gegenteil haben sie gemacht. Lässt sich Vertrauen überhaupt wieder aufbauen? Beim Vertrauen in Geldinstitute ist es wie mit dem Vertrauen in einer Beziehung: Zerstört ist es schnell, bis es wieder wächst, dauert es lang. Vertrauen ist ein Gefühl, aber auch rationales Abwägen und Kalkül. Es muss gesichert sein, dass der andere Schwachstellen nicht für sich ausnutzt. Bankinstitute sollten schwer verdiente Ersparnisse verwalten, stattdessen haben sie über die Maßen gezockt. Meine Antwort: Es wird lange dauern, bis Vertrauen wieder vorhanden ist. Zuerst müssen die Banken den Beweis erbringen, dass sie im Dienste ihrer Kunden arbeiten. Notwendig sind auch Maßnahmen gesetzlicher Regelungen vonseiten der Politik und Einhaltung der Wirtschaftsethik.

### ***Was sind die Grundregeln der Wirtschaftsethik?***

Es geht um die Einhaltung des gesellschaftlichen Wertesystems. Dazu gehören Versprechen, die eine reale Grundlage haben, Umweltschutz, menschengerechte Arbeitsbedingungen. Das Problem ist nicht

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[erich.kirchler@univie.ac.at](mailto:erich.kirchler@univie.ac.at)

nur, dass nicht nur die Wirtschaft diese Regeln nicht einhält, sondern dass auch die Konsumenten nicht sanktionieren, was ethisch nicht korrekt ist. Nehmen Sie nur die billigen Modengeschäfte – alle laufen hin, obwohl klar ist, dass die Kleidungsstücke oft unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen produziert wurden.

### ***Welche Maßnahmen gibt es, um die Situation zu stabilisieren – zumindest in Österreich?***

Mir scheint es richtig, dass der Staat sich eingemischt hat. Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschaft Blüten treibt, die uns schaden. Damit ist auch das reine Kapitalismusexperiment geplatzt. Das zeigt, wie notwendig die Rolle des Staates ist. Es muss Regelungen geben, die nachhaltiges Managen verlangen. Und die Wirtschaft muss auch für die Gesellschaft Verantwortung übernehmen, was sie zu wenig tut. Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes ist gang und gebe. Die Wirtschaft hat sich viel Macht angeeignet. Wenn eine große Firma zuerst Fördergelder konsumiert und dann in den Osten zieht, weil dort die Arbeitskräfte billiger sind und Arbeitslosigkeit zurücklässt, kann die Politik oft nur noch »zuschauen«. Wir sind mit prekären Arbeitsplätzen konfrontiert, mit Leiharbeit oder der Generation Praktikum. ArbeitnehmerInnen müssen Konzessionen machen, die sie vor zehn Jahren nicht gemacht hätten. Da braucht es einen starken Gegenspieler, der die Kontrolle mit übernimmt. Und das kann nur der Staat sein.

### ***Wir danken für das Gespräch!***

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[s.fritsch@akis.at](mailto:s.fritsch@akis.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Angst geht um ...

*Ein gut verhandelter Sozialplan erspart bei grundlegenden Änderungen im Betrieb oder Massenkündigungen einiges an Leid.*

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

**M**an muss es klar sagen: Massenkündigungen, Standortverlegungen und Werksschließungen sind auch mit dem besten Sozialplan der Welt nicht ungeschehen zu machen. Ein gut verhandelter Sozialplan kann allerdings helfen, soziale Härtefälle zu vermeiden, er soll am Ende die Nachteile, die durch die Veränderungen für die ArbeitnehmerInnen aufgetreten sind, ausgleichen.

Nicht alle Betriebsänderungen sind allerdings sozialplanfähig. Es ist wichtig, dass nachgewiesen werden kann, dass die Änderungen »wesentliche« Nachteile für »erhebliche Teile« der Belegschaft mit sich bringen.

Wichtig für einen guten Sozialplan ist die nachhaltig gute Arbeit des Betriebsrates: Nur wer jahrelang seine Arbeit als Arbeitnehmervertretung gut gemacht hat, kann schnell genug richtig reagieren, um das Beste für die KollegInnen herauszuverhandeln. »Es ist wichtig, seine Rechte wahrgenommen zu haben und zu wissen, wie es dem Unternehmen wirtschaftlich geht«, so Robert Hauser, Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung. Hauser weiß, wovon er redet, hat er doch schon zahlreiche Sozialpläne in ganz Österreich erfolgreich mitverhandelt. Normalerweise ist das ein Rennen gegen die Zeit. Auch wenn man über Betriebsschließungen, Kündigungen oder auch einfach nur größere Umstrukturierungen im Betrieb am

## INFO & NEWS

### Was ist ein Sozialplan?

Ein Sozialplan ist eine erzwingbare Betriebsvereinbarung.

Unter einem Sozialplan wird ein Maßnahmenkatalog zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der für die ArbeitnehmerInnen nachteiligen Folgen einer einschneidenden Betriebsänderung verstanden.

Der Sozialplan soll auch für bereits ausgeschiedene ArbeitnehmerInnen Ansprüche begründen oder den ArbeitgeberInnen Pflichten auferlegen können, denen keine individuellen Ansprüche von AN gegenüberstehen (z. B. zur Errichtung einer Betreuungseinrichtung für freigesetzte ArbeitnehmerInnen = Arbeitsstiftung).

### Was ist eine Arbeitsstiftung?

Eine Voraussetzung für den Eintritt in eine Arbeitsstiftung ist der Anspruch auf Arbeitslosengeldbezug. Es gibt allerdings mehrere unterschiedliche Stiftungsarten. Gesetzliche Grundlage dafür ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Beschäftigte in kleineren Betrieben und in Betrieben ohne Betriebsrat sind leider immer noch benachteiligt, da für sie keine Sozialpläne mit einer Stiftung verhandelt werden können.

Die Schulungen sind individuell zugeschnitten und orientieren sich am Bedarf des Arbeitsmarktes. Ziel der Arbeitsstiftung ist schließlich, dass die Menschen wieder Arbeit finden. Durch das Stiftungs-Arbeitslosengeld sind die »Stiftlinge« während ihrer Ausbildung finanziell abgesichert. Der Vermittlungsdruck durch das Arbeitsmarktservice (AMS) fällt in diesem Zeitraum weg. Die Schulungsmaßnahmen sind sehr erfolgreich.

liebsten nicht redet: Wenn es ans Eingemachte geht, ist Zeit im wahrsten Sinne des Wortes Geld. Denn wenn zugewartet wird, kann es sein, dass am Ende nichts mehr zu verteilen da ist oder niemand mehr, an den es zu verteilen wäre.

### Zeit ist Geld

»Der Betriebsrat sollte wissen, wie viel das Unternehmen zu zahlen imstande ist«, erklärt Hauser: »Und er sollte wissen, wie die Struktur der MitarbeiterInnen im Betrieb ist. Ebenso ist wichtig zu wissen,

welche Kriterien der sozialen Bedürftigkeit herzustellen sind.« Also zum Beispiel: Wer hat Obsorgeverpflichtungen? Welche MitarbeiterInnen sind schlecht ausgebildet und haben auf dem Arbeitsmarkt weniger Chancen? Wer ist AlleinverdienerIn und bei wem arbeiten beide Gatten im Unternehmen? Wie viele ältere ArbeitnehmerInnen werden betroffen sein? Nur wer diese Daten schnell verfügbar hat, kann auch schnell erste Forderungen aufstellen.

In dieser Phase muss auch geklärt werden, wer überhaupt die Entscheidungen

im Unternehmen trifft: Oftmals ist das die im Ausland sitzende Konzernmutter und man sitzt nur einem Unterhändler ohne Befugnisse gegenüber. Auch das kostet Zeit.

»Der schwerste Fehler ist, die Verhandlungen schleifen zu lassen«, so Hauser. Da der Sozialplan eine »erzwingbare Betriebsvereinbarung« darstellt, kann, wenn sich die VerhandlungspartnerInnen nicht einigen können, die Schlichtungsstelle angerufen werden. Von dieser Anrufung bis zur ersten Verhandlung vergehen oft mehr als drei Monate. Hauser rät, gleich nach der ersten Verhandlung prophylaktisch die Schlichtungsstelle anzurufen: »Absagen kann man die Sitzung dann immer noch. Aber wenn man wartet, dann kann man nichts mehr durchsetzen, weil das eventuell vor einem leeren Betrieb abgehandelt wird, dann hat man auch keine Druckmittel mehr in der Hand.«

Wenn die Unternehmensleitung von sozialplanfähigen Änderungen informiert, ist der eigene Urlaub ins Wasser gefallen. Man sollte aber auch das Vis-à-vis nicht auf Zeit spielen lassen.

Wichtig ist, dass man schon in der ersten Phase überlegt, was den KollegInnen in dieser Situation nützt: »Man muss Machbarkeiten schaffen. AlleinverdienerInnen können unter Umständen mit einer großzügigen Arbeitsstiftung nichts anfangen, weil sie mit dem Arbeitslosengeld sich und die Kinder nicht durchbringen können. Sie brauchen andere Lösungen«, so Hauser, der bei den Verhandlungen bei der Schließung von Gebauer und Griller, einem Kabelwerk in Niederösterreich, Ähnliches erlebt hat: »Die wollten nur eine Arbeitsstiftung finanzieren unter dem Motto: Wer dort nicht hingehet, hat eben Pech gehabt.« Das wurde von den Arbeitnehmervertretern nicht akzeptiert und schlussendlich wegverhandelt. Firmen sagen schnell Ja zu Arbeitsstiftungen: Sie kommen positiv in die Medien und alles andere zählt eigentlich nicht.

### Stufen der Eskalation

Vor allem große Firmen, die auf ihren Ruf achten müssen, einigen sich schneller als andere mit dem Betriebsrat auf eine gute Sozialplanregelung. Zeigen die ers-

ten Verhandlungen, dass dem nicht so ist, muss der Betriebsrat zu den »Kampfmaßnahmen« greifen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

#### Die Stufen der Eskalation sind:

- Kurze Betriebsversammlungen
- Längere Betriebsversammlungen
- Betriebsversammlungen an öffentlichen Orten
- Medienarbeit
- Streik

Wobei mit dem Streik im Falle von stockenden Verhandlungen zu einem Sozialplan vorsichtig umgegangen werden muss. Im Staatsgrundgesetz, das auch das Recht auf Arbeitsniederlegungen regelt, steht, dass Streik nur dann erlaubt ist, wenn einer berechtigten Forderung auch nicht mehr vor Gericht zum Durchbruch verholfen werden kann. Da selbst stockende Verhandlungen durch das Eingreifen der Schlichtungsstelle zu einem positiven Abschluss gebracht werden können, würde das im Falle eines Streiks »für« einen Sozialplan nicht erfüllt. Wenn es also ums Ganze geht, dann wird nicht für den Sozialplan, sondern gegen die Maßnahme – also zum Beispiel die Werkschließung – gestreikt.

### Information ist (fast) alles

Die KollegInnen sollten vom Verhandlungsverlauf informiert werden. Es kann allerdings im Einzelfall auch sinnvoll sein, nicht alle Details laufender Verhandlungen weiterzugeben, weil sonst Unruhe entsteht. An regelmäßiger Information kann die Belegschaft erkennen, dass in ihrem Sinn und für ihre Sache gearbeitet wird. Das **Wording** lautet hier etwa »wir haben uns schon weitestgehend angenähert«, wenn ein positiver Abschluss in greifbare Nähe gerückt ist, »die Vorstellungen liegen noch weit auseinander«, wenn die KollegInnen darauf vorbereitet werden müssen, dass notfalls auch mit Maßnahmen des Arbeitskampfes auf die verfahrenere Situation reagiert werden muss.

Ein Sozialplan soll die Nachteile, die aus der Änderungen im Betrieb erwachsen, ausgleichen und ist daher äußerst individuell. Es kann, neben der bereits zitierten Arbeitsstiftung, in der gekündi-

W E B L I N K S

Was ist ein Sozialplan?  
[de.wikipedia.org/wiki/Sozialplan](http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialplan)

Skriptum VOEGB Betriebsvereinbarungen  
[www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/ar/AR-11.pdf](http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/ar/AR-11.pdf)

gte MitarbeiterInnen entsprechend ihrer Neigung und den Möglichkeiten am Arbeitsmarkt ausgebildet werden, auch andere Ausgleichsmöglichkeiten geben. Vielen – oft gut ausgebildeten – MitarbeiterInnen ist eine gute Abfertigung lieber als Weiterbildung, für AlleinerzieherInnen ist eine finanzielle Entschädigung oft zum Überleben notwendig bis sich ein neuer Job gefunden hat. Ältere MitarbeiterInnen können mit Regelungen, die die Zeit bis zum Pensionsantritt überbrücken, abgefunden werden.

In manchen Fällen sind die Aufwendungen zum Ausgleich gar nicht hoch: Siemens hat im Falle einer Standortverlegung mit Fahrtkostenzuschüssen und Prämien dafür gesorgt, dass die MitarbeiterInnen die Nachteile, die durch die »Betriebsänderung« entstanden sind, nicht ganz so hart empfunden haben.

### Undankbares Geschäft

Für Betriebsräte ist das Verhandeln eines Sozialplanes eine der schwersten Aufgaben in ihrer an Herausforderungen nicht armen Funktion. Und sie können dabei nicht auf großen Applaus hoffen: Denn egal wie gut sie verhandelt haben, den Betroffenen kommt kaum je ein Wort des Dankes über die Lippen. Das hat rein gar nichts mit mangelnder Wertschätzung zu tun, sondern damit, dass in unserer Gesellschaft Arbeit so ein hohes Gut ist und der Schock über den Verlust tief sitzt.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Arbeit stiften

*Krisen gibt es vieler Art. Die einen bedrohen die Existenz wie ein Blitz aus heiterem Himmel, andere vernebeln attraktive Chancen.*

Autorin: Mag. Elisabeth Schmid

Geschäftsführung Kärntner Arbeitsstiftungen

**W**enn sich jemand in einer Krise befindet, bekommt er sicher von irgendeiner Seite zu hören: »Jede Krise ist eine Chance!« Wenn man allerdings gerade seinen Arbeitsplatz verloren hat, will man das nicht recht glauben. So rasch wie möglich eine Perspektive, an die man glauben kann, wäre bereits der halbe Weg in eine sichere Zukunft, denken viele Arbeitsuchende, aber gibt es so was?

Und nur wenige UnternehmerInnen glauben an die »Krise als Chance«, wenn die Auftragsbücher voll sind, sie expandieren möchten aber am Arbeitsmarkt kein geeignetes Personal finden. Menschen zu finden, die sich kurz- oder mittelfristig für die Arbeitsplätze qualifizieren möchten, wäre schon eine halbwegs gute Perspektive, denken viele FirmeninhaberInnen, aber gibt es so was?

Eines der erfolgreichsten Interventionsinstrumente zur Lösung von Problemen in der Abstimmung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt sind Arbeitsstiftungen. Outplacement- oder Implacementstiftungen werden in Krisensituationen wirksam und reagieren entwe-

## INFO & NEWS

### Implacementstiftung. Ein Instrument zur Personalrekrutierung

Unternehmen, die sich für ihre gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen rechtzeitig qualifiziertes Personal sichern wollen, haben eine gute Chance in Kooperation mit der Implacementstiftung MitarbeiterInnen zu finden, die für den konkreten Arbeitsplatz theoretisch und praktisch ausgebildet werden.

### Bedarfsermittlung vor Ort

In einem Beratungsgespräch mit einem/r MitarbeiterIn des Managementteams der Kärntner Arbeitsstiftungen werden der Bedarf und die konkreten Anforderungen an das zukünftige Personal festgelegt.

### Gemeinsam werden passende MitarbeiterInnen gefunden

Das Management der Kärntner Arbeitsstiftung trifft in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice eine Vorauswahl einschlägig vorqualifizierter MitarbeiterInnen. Das Unternehmen trifft die Endauswahl.

### Maßgeschneiderte Ausbildung

Nach getroffener Auswahl entwickeln Unternehmen, der/die potenzielle MitarbeiterIn und das Stiftungsmanagement einen, auf den konkreten Arbeitsplatz, maßgeschneiderten Bildungsplan bestehend aus Aus- und Weiterbildungskursen und Trainings on the Job. Der voraussichtliche Beginn des Dienstverhältnisses im Unternehmen bildet den Schlusspunkt des Plans. Dieser Plan wird als Vereinbarung festgehalten.

der auf einen drohenden oder beschlossenen Personalabbau (aus Unternehmenssicht: Outplacement von Personalkapazität) oder auf akuten Personalmangel (aus Unternehmenssicht: Implacement von Personalkapazität).

### Outplacementstiftung

Outplacementstiftungen reagieren (zum Teil präventiv) auf die Entstehung von Arbeitslosigkeit und verhindern somit die Entstehung eines (wachsenden) Überhangs von Arbeitsuchenden am regio-

nenal Arbeitsmarkt. Ist einmal hohe Arbeitslosigkeit entstanden und der regionale Arbeitsmarkt nicht imstande diese von selbst aufzufangen, dann bieten sogenannte stiftungsähnliche Qualifizierungsinitiativen des Arbeitsmarktservice (AMS) für Arbeitsuchende Chancen.

Eines der Geheimnisse des Erfolges von Arbeitsstiftungen liegt in der Möglichkeit, Arbeitsuchende in großem Umfang aufzunehmen, und diese individuell auf dem Weg der beruflichen Reintegration gezielt auf die Anforderungen eines konkreten einzelnen Arbeitsplatzes in

## WEBLINKS

Mehr Infos unter:  
[www.kaerntner-arbeitsstiftungen.at](http://www.kaerntner-arbeitsstiftungen.at)

einem Unternehmen im Stiftungsnetzwerk zu begleiten.

### Implacementstiftung

Die Implacementstiftung stellt die maßgeschneiderte Qualifizierung auf einen konkreten Arbeitsplatz an den Anfang des Stiftungsgeschehens. Sie setzt bei der Akquirierung des Personalbedarfs bzw. Qualifikationsbedarfs an. Anschließend werden nach sorgfältiger Auswahl (Matching) Arbeitsuchende im Rahmen der Arbeitsstiftung individuell auf den konkreten Bedarf des Unternehmens hin ausgebildet. Die Implacementstiftung verbindet betriebliche Personalrekrutierung und Karrierecoaching oder (Re-)Integration von Arbeitsuchenden in die Arbeitswelt. Hier steht der Mensch am (zukünftigen) Arbeitsplatz im Zentrum.

Arbeitsstiftungen kreieren eine Balance zwischen Wünschen und Anforderungen von sowohl ArbeitgeberInnen als auch (zukünftigen) ArbeitnehmerInnen, die zu einer dauerhaften Arbeitsbeziehung führt. In einer Stiftung können Interessen beider Parteien gleichzeitig wahrgenommen werden, indem die Stiftung als Beraterin für ArbeitgeberInnen und

gleichzeitig als Karrieremanagerin für Arbeitssuchende agieren muss. Diese Verknüpfung stellt das Qualitätspotenzial des Instruments Arbeitsstiftung dar.

1993 kriselt es in der Kärntner Wirtschaft. Die Lage am Arbeitsmarkt ist angespannt, seine Aufnahmefähigkeit ist gering. In diese Situation platzt die Meldung der Insolvenzen der Firmen Kestag Präzisionswerkzeuge AG, Hutter & Schrantz Bautechnik GmbH und Micro Precis Ernst Haaf. Hunderte verlieren den Arbeitsplatz. Es ist die Geburtsstunde des Vereins zur Förderung der Kärntner Arbeitsstiftungen (KA).

### Kärntner Arbeitsstiftungen

Seit nunmehr 15 Jahren sind die KA zur Stelle, wenn es in der Kärntner Wirtschaft kriselt oder für besondere Problemlagen innovative Lösungen gefragt sind:

Metall- und Handelsstiftungen, Lebensmittel- und Speditionsstiftungen begleiten Umstrukturierungen in diesen Branchen. LehrerInnenstiftungen lenken arbeitssuchende PädagogInnen auf andere Berufsperspektiven.

Betriebsstiftungen bei Unternehmen wie Post, T-Mobil, Philips, Gabor, Ara, Allianz Versicherung, Microelektronikcluster, Kapsch, OAW, Siemens, ÖCW Degussa, Siemens Austria, Jungfer Separatoren u. v. m. boten freigesetzten MitarbeiterInnen eine dauerhafte Berufsalternative am Arbeitsmarkt.

Spezielle und immer neue Maßnahmen für Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitsuchende greifen individuelle Problemlagen auf und führen die TeilnehmerInnen gezielt auf Berufs- und Arbeitsangebote am Arbeitsmarkt.

Für den nicht direkt erfüllbaren Bedarf der Firmen an Arbeitskräften mit speziellen Qualifikationen werden permanent Implacementstiftungen geführt.

In insgesamt 80 Maßnahmen wurden in 15 Jahren ca. 4.200 Personen begleitet. 86 Prozent der Personen, welche die Unterstützung von den KA in Anspruch genommen haben, fanden dauerhaft einen neuen Arbeitsplatz!

Krisen kündigen sich an, lang bevor sie der Öffentlichkeit bekannt werden. Wer im Vorfeld Lösungen parat hat und diese gut kommuniziert, unterbindet Ratlosigkeit und Unsicherheit und verhin-

### INFO & NEWS

Für weitere Auskünfte wenden sie sich an:

**Dr. Andrea De Astis**, Tel.: 0463/587 03 90

IFA Unternehmensberatung GmbH

dert Auseinandersetzungen. Am Ende jedes Problems, jedes Streits, jedes Konflikts, jeder Konfrontation, egal welche Ursachen sie auch immer haben, muss nun mal eine Lösung her.

Die KA werden gemeinsam getragen vom Land, Arbeitsmarktservice, Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und der Kammer für Arbeiter und Angestellte. Die obersten EntscheidungsträgerInnen stellen das Vorstandsgremium und stehen, wenn es sein muss, auf Abruf bereit. Das sichert frühestmögliche Informationen bei aufkommenden Krisen und garantiert schnellstmögliches Handeln. Arbeitsstiftungen sind ein Interventionsinstrument, das ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gleichzeitig dient. In dieser Erkenntnis liegt auch der Grund für die reibungslose Kooperation der EigentümerInnen der KA.

### Gemeinsam der bessere Weg

Das Rad der Zeit dreht sich immer weiter und mit ihm der wirtschaftliche Strukturwandel. Die fehlende Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt wird sich nicht immer als Krise darstellen. Aber wenn, dann werden nur jene AkteurInnen ihrer Verantwortung in der Lenkung der Geschicke am Arbeitsmarkt gerecht, die über ihre partiellen gegensätzlichen Interessen hinweg schauen können und entdecken, dass der bessere Weg zur Erreichung der eigenen Ziele der gemeinsame Weg ist. Das Leitmotiv der Kärntner Arbeitsstiftungen.

### INFO & NEWS

#### Outplacementstiftung

- Voller Einsatz und intensive Arbeit an der eigenen Zukunft
- Freiwilliger Eintritt
- Fähigkeit in die Zukunft zu schauen und rückzubesinnen auf eigene Kompetenzen, Fähigkeiten und Wünsche
- Mut neue Wege zu gehen
- Individuelle und maßgeschneiderte Bildungsplanung
- Zielgerichtete Aus- und Weiterbildung, praktisch und theoretisch ausgerichtet auf einen konkreten Arbeitsplatz
- Großes Netzwerk an Betriebskontakten
- Individuelle Betreuung durch erfahrene TrainerInnen und Coaches der KA
- Unterstützung bis zum neuen Arbeitsantritt und wenn notwendig sogar auf dem neuen Arbeitsplatz

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

[elisabeth.schmid@ifa-kaernten.at](mailto:elisabeth.schmid@ifa-kaernten.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Zu arm für Gemüse

*Klingt seltsam, ist aber für viele Menschen in unserem Land traurige Realität. Sozialmärkte können nur teilweise Abhilfe schaffen.*

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

Zuerst kamen die Nachrichten aus Italien: MindestrentnerInnen würden aufgrund der rasant steigenden Lebensmittelpreise immer öfter beim Stehlen in Supermärkten erwischt. In Deutschland bieten Berlin und einige ehemals ostdeutsche Städte wieder Gratisausspeisungen für Kinder an: »Damit die wenigstens einmal am Tag ein gesundes und warmes Essen in den Magen bekommen.« Und Österreich? Wer vor einigen Wochen im ORF »Am Schautplatz« schaute, bekam junge Menschen zu sehen, die Lebensmittel aus den Müllcontainern der Supermärkte fischten und so ihre Lebenshaltungskosten senkten, und er sah Menschen, die nach den Entemaschinen Gemüse auf den Feldern einsammelten – zum Eigenbedarf.

## Nudeln um 39 Prozent teurer

Auch bei uns schnellte der Preis für Nudeln in nur einem Jahr um 39 Prozent in die Höhe. Auch bei uns leben Menschen am Rande der Armut. Denn es trifft immer mehr: Alleinerzieherinnen schaffen es ebenso knapp wie viele Studenten; Arbeitslose haben oft auch nur das allernotwendigste zum Leben, weil neben den Mieten und Energiepreisen auch die Lebensmittelpreise rasant ansteigen.

Sozialmärkte, sogenannte SOMAS, versuchen Abhilfe zu schaffen: Mit günstigen Lebensmitteln, Überschussproduk-

tion oder Ware mit Verpackungsschäden versuchen die mittlerweile zahlreichen SOMAS Österreichs ein wenig Erleichterung für die knappen Budgets von Menschen am Rande der Armut zu bringen.

Auch wenn sich vor den Sozialmärkten die Menschen drängen, nicht jeder ist begeistert über die neue Entwicklung: Der sozialpolitische Arbeitskreis Tirol geißelt die Sozialmärkte als Almosenprojekte, die nicht vor Armut und Ausgrenzung schützen: »Nur Leistungen mit Rechtsanspruch bieten für Menschen in existenziellen Notlagen eine Grundvoraussetzung für soziale Absicherung und gesellschaftliche Reintegration. Laut einer Studie des Europäischen Zentrums haben in Österreich 62 Prozent aller Anspruchsberechtigten Grundsicherung beziehungsweise Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen.« Der ÖGB sieht das anders. Er unterstützt die Sozialmärkte als »eine beispielgebende Initiative gegen die Armut. SOMAS sind eine wesentliche Ergänzung zur staatlichen Armutsbekämpfung«, so Renate Czeskleba, Leiterin des ÖGB-Referates Humanisierung, Technologie und Umwelt.

Für die Menschen, die sich schon in der Früh beim Sozialmarkt in der Braunschergasse in Wien-Favoriten anstellen, liegt die Wahrheit in der Mitte: »Hier gibt es oft Dinge, die ich mir auch beim Discounter nicht leisten könnte: Süßigkeiten für meine Enkerln zum Beispiel«, so eine Rentnerin die zur Stammkundschaft gehört. Kritisiert wird, dass es oft gerade bei den Grundnahrungsmitteln viel zu wenig Angebot gibt, und Obst oder Gemüse so gut wie gar nicht den Weg in manche Sozialmärkte findet, dabei gehört

## WEBLINKS

SOMA:

[www.Sozialmarkt.at](http://www.Sozialmarkt.at)

Wiener Tafel:

[www.wienertafel.at](http://www.wienertafel.at)

Pro Mente Steiermark:

[www.promentesteiermark.at](http://www.promentesteiermark.at)

VinziMärkte:

[www.vinzi.at](http://www.vinzi.at)

gerade diese Frischware mittlerweile für viele Menschen zum Luxus.

## Kampf gegen Mangelernährung

In Deutschland gibt es daher Sozialmärkte, die nicht nur den Kampf gegen die Armut aufgenommen haben, sondern auch den Kampf gegen Mangel- oder Fehlernährung: Einige deutsche SOMAS geben an ihre Kunden/Kundinnen gezielt und regelmäßig Obst und Gemüse ab. Viele kaufen das, wenn die Spenden nicht reichen, aus den erwirtschafteten Überschüssen auch zu. Der Grund: Gerade die, die am Rande der Armut leben, ernähren sich oft ungesund. Große Mengen an Fett und leeren Kohlenhydraten machen zwar satt aber nicht gesund.

In Österreich ist das derzeit nicht üblich. Im Gegenteil: So mancher Sozialmarkt hat einen Gutteil an vorrätigen Lebensmitteln von großzügigen Lebensmittelkonzernen, die zum Beispiel fehl verpackte Süßigkeiten und Knabberzeug liefern. Das führt dazu, dass sich zwar viele KäuferInnen freuen, wenn sie um

bis zu ein Drittel verbilligte Süßwaren ergattern – für viele von ihnen ist das tatsächlich die einzige Möglichkeit sich so etwas leisten zu können – für die tägliche gesunde Ernährung findet sich aber oftmals nur ein Vollkornbrot, gespendet von einer der zahlreichen Großbäckereien.

### Illustre Firmen liefern

Der erste Sozialmarkt Wiens hat seit Mai dieses Jahres geöffnet: Über 5.000 Menschen haben sich bereits einen Sozialmarktausweis organisiert und nutzen die Möglichkeit, Lebensmittel zu verbilligten Preisen einzukaufen. Unter den Lieferanten des Marktes in Wien Favoriten sind so illustre Firmen wie Coca Cola, Wiesbauer, Recheis, Darbo, Felix und Manner zu finden. Doch die Waren des täglichen Bedarfs Öl, Margarine und frisches Obst und Gemüse sind selten und entsprechend begehrt. Doch auch wenn die Sozialmärkte keine »Vollversorgung« für Bedürftige bieten können, in Wien eröffnete vor kurzem auch im 7. Bezirk ein Sozialmarkt, der schon in den ersten Tagen richtiggehend »gestürmt« wurde. Und im benachbarten Bezirk Mariahilf (Wallgasse 6) arbeitet Pfarrer Wolfgang Pucher an einem VinziMarkt.

Wer sich jetzt vorstellt, dass in den SOMAS nur Menschen einkaufen, die ganz unten angekommen sind, der irrt. In Zeiten wie diesen, sind auch AlleinverdienerInnen oder kinderreiche Familien von Armut bedroht. Schon der Ausfall eines wichtigen Haushaltsgerätes oder ein Problem mit dem Auto können das System endgültig zum Kippen bringen. Und dass all die Menschen, die versuchen von McJobs ihr Leben zu fristen, ohne Problem ihren täglichen Einkauf im Supermarkt erledigen können, glauben ohnehin nur noch Optimisten.

Wer in den Sozialmärkten einkaufen will, muss mittels Einkommensnachweis seine Bedürftigkeit nachweisen: In der Regel gilt: Das Einkommen darf 800 Euro pro Monat nicht überschreiten.

Doch die Sozialmärkte tun noch mehr, als Menschen mit preisgünstigen Lebensmitteln versorgen: Sie bringen Produkte in Verkehr, die ohne ihr Zutun zum größten Teil entsorgt worden wären. Und viele Sozialmärkte dienen gleichzeitig einem »arbeitsmarktpolitischen«



Der VinziMarkt führt Obst, Gemüse und Brot als ständige Produktgruppen. Brot wird hier gratis abgegeben, nach dem Bibelwort: »Unser täglich Brot gib uns heute«.

Zweck: Die MitarbeiterInnen sind vielfach Langzeitarbeitslose, die in den SOMAS wieder in den regulären ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden sollen.

Neben den »klassischen« SOMAS gibt es auch alternative Modelle, die daran arbeiten, dass in Zeiten der Krise auch Menschen ohne Rücklagen eine ausreichende und abwechslungsreiche Versorgung sichergestellt bekommen: In Kapfenberg hat nun der »Einer für alle-Markt« eröffnet – kein Sozialmarkt, sondern ein sozialer Nahversorger, in dem billiger eingekauft werden kann. Jeder, dessen Einkommen nicht mehr als 900 Euro netto beträgt, kann eine Chipkarte beantragen und um 30 Prozent billiger einkaufen. Geführt wird der neue Nahversorger vom Verein Pro Mente, die Gemeinde übernimmt die laufenden Kosten. Der Vorteil ist ein doppelter: Erstens müssen sich die KonsumentInnen nicht outen, indem sie in den SOMA gehen, und zweitens können sie auf ein Vollsortiment zurückgreifen. Die Nachfrage nach billigen Lebensmitteln geht heute weit über die »klassisch« Armutsgefährdeten hinaus. So zählt Heidi Anderhuber Geschäftsführerin der beiden Grazer VinziMärkte MindestpensionistInnen, Studierende, AlleinerzieherInnen, aber auch AsylwerberInnen zum Kundenkreis: »Insgesamt haben wir 35 Nationen unter unseren Kunden.«

Der VinziMarkt in Graz-Eggenberg führt, anders als andere SOMAS vor allem Obst, Gemüse und Brot als ständige Produktgruppen. Brot wird hier gratis an die KäuferInnen abgegeben, nach dem Bibelwort: »Unser tägliches Brot gib uns heute.« Ansonsten regiert auch hier der Zufall: Falsch verpackte oder etikettierte Ware,

Produkte kurz vor dem Erreichen des Ablaufdatums finden sich hier ebenso wie eine Palette Kernöl, die der Hersteller abgegeben hat, weil der deutsche Kunde sie nicht übernehmen wollte. Es waren chinesische Kerne verpresst worden.

### Bedarf steigt weiter

Mittlerweile existieren SOMAs, VinziMärkte oder vergleichbare Konzepte in allen Bundesländern. Der Bedarf steigt weiter an. Die Betreiber vernetzen sich und verbessern so die Versorgung mit Waren in den einzelnen Märkten. Auch Vereine wie die Wiener Tafel tragen dazu bei, dass einwandfreie Ware, die in unserer Überschussgesellschaft aus unterschiedlichen Gründen entsorgt werden müsste, den Weg zu Bedürftigen finden. Sie alle freuen sich über Unterstützung von BetriebsrätInnen aus der Lebensmittelbranche.

All diese Einrichtungen können die Gesellschaft aber nicht aus der Pflicht nehmen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, dass alle Menschen ohne auf Almosen angewiesen zu sein, sich eine ausreichende Versorgung an Lebensmittel zu beschaffen. Ohne Berechtigungskarte und Good-will-Aktionen der Lebensmittelindustrie.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Was lernen wir daraus?

*Kritische Stimmen hatten die Lehren bereits gezogen, noch ehe die große Finanzmarktkrise eingetreten war.*

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

**K**risen gelten oftmals als Chance. Fast ein Zynismus für jene Menschen, die nun mit ihrer Existenz für das Verzocken öffentlicher Güter bezahlen. Moralische Kategorien wie Gier seien wenig geeignet, die Krise zu erklären oder sie zu bekämpfen, meint der Volkswirt Beat Weber in seiner Analyse »Krise der Finanzmärkte. Krise der Risikoindividualisierung«. Die Schwächen des Finanzsystems als Verwalter öffentlicher Güter, wie Pensionen, Wohnen und vieler anderer Bereiche mehr, sind auch von offizieller Seite eingeräumt worden. Die vorgeschlagenen Reformen – wie Änderungen der Bewertungsregeln, Bilanzierungsvorschriften, der stärkeren Kontrolle von Rating Agenturen oder größere Transparenz – sind bestenfalls eine Weichenstellung innerhalb des gescheiterten Systems, meinen KritikerInnen. Am gescheiterten Modell eines sich selbst regulierenden Marktes würden sie jedoch nichts ändern.

## Frühe Prognosen

»Seit in den 1970er-Jahren die ersten größeren Währungsspekulationen begannen, hat sich ein Hang zu finanzieller Spekulation über viele weitere Felder ausgebreitet«, schrieb der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmid im Februar 2007 in der Hamburger Wochenzeitung Die Zeit. Mit hohem Einsatz

werde auf die künftige Entwicklung der Preise von Rohstoffen, Aktien, Anleihen, Grundbesitz, Zinsen gewettet. »Zugleich mit dem Spekulationismus erleben wir einen Verlust von Anstand und Moral. Kreditfinanzierte Übernahmen gut gehender Unternehmen sind an der Tagesordnung.« Begleitet von einer »grandiosen Selbstbereicherung« treten Finanzmanager als Eigentümer auf und entscheiden über das Schicksal eines fremden Unternehmens und all seiner Mitarbeiter.

## Nicht ohne Staat

Der 2006 verstorbene Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith hatte schon 1950 beschrieben, wie wenig die Wirklichkeit mächtiger Konzerne mit der Theorie sich selbst regulierender Märkte zu tun habe. Das System funktioniere nur, wo es auf eine Gegenmacht wie Gewerkschaften und andere Gesellschaftsgruppen stoße. Wo dieser Gegenpol nicht zustande kommt, müsse der Staat einspringen.

Die Lehre aus der Krise, dass alles schon so oder zumindest so ähnlich bereits da gewesen ist, hilft nicht weiter. Was von den vielen kritischen Stimmen seit langem prophezeit wurde, ist nunmehr eingetreten. In seinen Thesen in »Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs«, stützt sich Galbraith auf die Tatsache, dass in modernen Volkswirtschaften Konzerne das Sagen haben, deren Macht von den Eigentümern auf das Management übergegangen ist. Deren Herrschaft, mit allen Möglichkeiten der Selbstbedienung, werde auch durch die eher rituellen Aktionärstreffen keineswegs geschmälert.

## BUCHTIPP

**John Kenneth Galbraith:**

**»Die Ökonomie des unschuldigen Betruges. Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft.«**

Erschienen 2004 im Pantheon Verlag.

ISBN 978-3-570-55032-8.



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Das neoliberale Wirtschaftssystem hat für den Großteil der Menschen nur Nachteile gebracht. »Das Profitinteresse Weniger darf nicht länger über den Interessen der Mehrheit der Menschen und der Umwelt stehen«, meint Christian Felber von Attac Österreich. Die drei großen Forderungen des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac sind aktueller denn je: eine globale Finanzmarktaufsicht, welche die Banken weltweit reguliert und »innovative Finanzprodukte« vor der Zulassung prüft. Eine Weltsteuerbehörde mit Einführung einer Transaktionssteuer. Und eine Währungs Kooperation nach dem Grundgedanken von John Maynard Keynes mit einer globalen Verrechnungseinheit für den Welthandel.

Einstweilen sind Sofortmaßnahmen nötig. »Eine angemessene Realeinkommenserhöhung und eine steuerliche Ent-



**Christian Felber:**

»Das Profitinteresse Weniger darf nicht länger über den Interessen der Mehrheit der Menschen und der Umwelt stehen.«

lastung der unselbstständig Beschäftigten sind ein Gebot der Stunde«, stellte Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) bei der UNI-Finanz-Konferenz Anfang November fest. Den weltweit rund drei Millionen Beschäftigten des Finanzsektors, so forderten die Delegierten, soll bei der Neuregulierung des Finanzsektors eine gewichtige Stimme eingeräumt werden.

Der Kapitalismus, so hatte John Kenneth Galbraith in der Mitte des vorigen Jahrhunderts geschrieben, würde immerhin aus seinen Krisen lernen. »Einer beginnenden Depression würde heute nicht mit dem unverrückbaren Willen begegnet werden, alles nur noch schlimmer zu machen.« Galbraith verwies auf die Sicherungen, die der Kapitalismus seit der großen Weltwirtschaftskrise 1929 »erfunden« hat: etwa Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Seit 1945 hatte Amerika zehn Rezessionen, aber keine weitere Depression gezählt.

### Garanten für weitere Krisen

Als »Garanten für weitere Krisen« bezeichnet das globalisierungskritische Netzwerk den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO).

»Die von den G20 angekündigte Regulierung der Marktteilnehmer und Produkte auf den Finanzmärkten kommt für Millionen Menschen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, viel zu spät. Das globale Finanzcasino ist endlich zu schließen. Sich einzelne Spieltische und Gambler näher anzusehen, wird das Problem nicht lösen«, erklärt Christian Felber

von Attac Österreich nach dem Finanzkrisengipfel in Washington.

»Für einen grundsätzlichen Politikwechsel sind die G20, vor allem aber der Internationale Währungsfonds und die Weltbank die falschen Institutionen. Diese Form demokratisch nicht legitimer Gipfel ist zu beenden. Es benötigt ein Gremium unter UN-Führung, an dem alle Länder, Parlamente und sozialen Bewegungen beteiligt sind«, fordert Felber.

### Keine Lehren aus der Krise

Scharf kritisiert Attac die Absicht, den IWF zu stärken. »Damit sind neue Krisen programmiert. Der IWF ist mit seiner Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik einer der Brandstifter, der munter weiter zündelt.«

In Ungarn, Südafrika, den Seychellen und einigen anderen Ländern wurden in den vergangenen Wochen unter dem Druck des IWF klassisch neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen aufgelegt – inklusive drastischer Zinserhöhungen und Haushaltskürzungen.

Als katastrophal bezeichnet Attac die Absicht der G20, die Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation zu einem Abschluss zu bringen. Schließlich gehe es bei den WTO-Verhandlungen um eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte. »Das Abkommen zur Deregulierung von Buchhaltungsstandards liegt schon fertig auf dem Tisch und würde im Falle eines Doha-Abschluss automatisch in Kraft treten.

Das internationale Finanzsystem ist kollabiert, es droht eine Weltwirtschaftskrise. Die Maßnahmen weisen auf keine

### WEBLINKS

Christian Felber  
[www.christian-felber.at](http://www.christian-felber.at)

Attac Austria  
[www.attac.at](http://www.attac.at)

Interessante Beiträge zum Thema finden Sie auch auf der Homepage des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen  
[www.beigewum.at](http://www.beigewum.at)

Veränderungen des bisherigen Weges hin. »Was mich am meisten beunruhigt«, meint der Philosoph Jürgen Habermas, »ist die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit. Die sozialisierten Kosten des Systemversagens treffen die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten.« Nun würde die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz.«

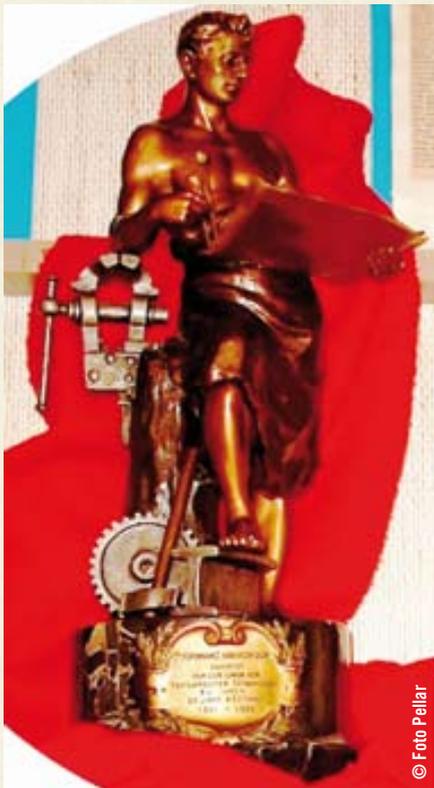
### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Nur soziale Gerechtigkeit ...

*Am 12. November 1918 wurde die erste österreichische Republik ausgerufen. Sie war eine erste Chance für den sozialen Fortschritt.*

Die erste österreichische Republik hat ein schlechtes Image und wird oft als »Staat, den keiner wollte« bezeichnet. Das ging aus der Propaganda jener, die sie wirklich nicht wollten, in die Geschichtsbücher ein. In Wirklichkeit wollten viele diese Republik als Chance für den sozialen Fortschritt, besonders die sozialdemokratische Bewegung und ihre Freien Gewerkschaften. Dass



Der »Hanusch-Cup«: Die schöne Bronze-  
statuette eines Maschinenarbeiters war der  
Siegerpokal bei den Fußballmeisterschaften  
der Freien Gewerkschaften bis 1933. Der  
Name des Sozialstaatssekretärs der Repu-  
blikgründungsjahre war Jahrzehnte Symbol  
für die angestrebte soziale Demokratie.

sie dabei (wie alle anderen politischen Bewegungen und vergeblich) einen Verbund mit der ebenfalls gerade entstehenden deutschen Demokratie anstrebten, steht dazu nicht im Widerspruch.

Die Freien Gewerkschaften hatten Jahrzehnte für mehr Demokratie gekämpft und bis zum Zerschlagen der Habsburgermonarchie schon viel erreicht, zum Beispiel dass Streik wenigstens in Friedenszeiten nicht mehr als Verbrechen galt, den Abschluss von Kollektivverträgen oder ein demokratisches Wahlrecht für Männer. Jetzt aber kam der große Durchbruch: Ein Staat ohne Kaiser, eine Republik, in der das Gesetz für alle galt und ArbeitnehmerInnen erstmals wirklich gleichberechtigt waren, das Frauenwahlrecht und vor allem auch eine fortschrittliche, weltweit bewunderte Sozialpolitik mit einem modernen Arbeitsrecht. Sie ist untrennbar mit dem Namen des Gewerkschafters **Ferdinand Hanusch** verbunden, der sie als Staatssekretär für Soziales von 1918 bis 1920 koordinierte und vorantrieb – ausgehend von der Überzeugung: »Nur soziale Einsicht und soziale Gerechtigkeit können diesen Staat begründen und ihn zu einer Heimstätte glücklicher Menschen machen.«

Vom achtstündigen Arbeitstag oder ArbeiterInnenurlaub über Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung für alle bis zur Errichtung von Arbeitsämtern, Betriebsräten und Arbeiterkammern, zur rechtlichen Absicherung von Kollektivverträgen und zu einer fortschrittlichen Bundesverfassung reichen die Errungenschaften, die wir dieser Epoche verdanken.

Die Bedingungen waren schwierig, denn viele Konservative und Nationalliberale, die zusammen mit der Sozialdemokratie als Minderheitsfraktion eine Konzentrationsregierung bildeten, stimmten all diesem nicht aus Überzeugung zu, sondern aus Angst vor einer möglichen Revolution. Es war also nicht immer leicht, tragfähige Kompromisse zu finden.

Als Hanusch einmal kritisiert wurde, weil er Forderungen des Gewerkschaftskongresses nicht voll durchgesetzt hatte, antwortete er: »... Ich verkenne ... nicht, dass manches der Gesetze ... der Kritik nicht ganz standhalten kann. Aber vergessen Sie nicht die Tatsache, dass wir eine Koalition haben. ... Nachdem wir (die Mehrheit) nicht haben, müssen wir eben herausschinden, was wir können. Zum Vergnügen sitze ich nicht im Staatsamt; wenn ich nichts für die Arbeiterklasse tun könnte, würde ich noch heute demissionieren.«

Die Epoche des sozialen Fortschritts ging zu Ende, als Konservative und Nationalliberale die Angst vor einer möglichen Revolution verloren, weil die linken Revolutionen in der Umgebung Österreichs blutig niedergeschlagen worden waren. Man sprach jetzt zynisch vom Beseitigen des »revolutionären Schutts«. Aber dieser »revolutionäre Schutt« war die Grundlage, auf der die Zweite Republik aufgebaut werden konnte.

Zusammengestellt und  
kommentiert von Historikerin  
Dr. Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at

# Nobelpreis für Krugman

*Der US-amerikanische Kritiker des Neoliberalismus wurde für seine Arbeiten zur Außenhandelstheorie ausgezeichnet.*

*Autor: Dr. Günther Chaloupek*

*Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen  
Abteilung der AK Wien*

Die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften 2008 an den US-amerikanischen Ökonomen Paul Krugman kommt zum richtigen Zeitpunkt. Während sich angesichts der gefährlichen Verschärfung der internationalen Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft die Heilsversprechungen des wirtschaftspolitischen Neoliberalismus in Luft auflösen, ist diese Wahl ein Signal für eine Neuorientierung der Wirtschaftswissenschaften weg vom neoklassischen Mainstream und vom Marktfundamentalismus als dominierende Richtung der vergangenen drei Jahrzehnte. Paul Krugman ist in dieser Zeit beharrlich als Kritiker dieser **Doktrinen** aufgetreten, besonders engagiert als Kritiker der Finanzmarktideologie, deren praktische Resultate wir alle jetzt gerade erleben.

## Kritische Sicht des Mainstream

Der Nobelpreis wurde Krugman für seine bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiet der Außenhandelstheorie zu Beginn seiner Karriere zuerkannt. Hier zeigte sich bereits seine kritische Sicht des herrschenden Mainstream, nach dessen Lehren die Handelsströme aus der Unterschiedlichkeit der Ausstattung der ein-

zelnen Länder mit natürlichen Ressourcen sowie mit Arbeit und Kapital zu erklären waren. Krugman nahm die Tatsache ernst, dass sich der Großteil des internationalen Handels zwischen annähernd gleich stark entwickelten Industrieländern abspielt, die einander häufig mit Produkten sogar ein und derselben Branche (sog. »intra-industrieller Handel«) beliefern. Mit zunehmender Spezialisierung und Arbeitsteiligkeit wird die Wertschöpfungskette immer mehr zerlegt, erfolgreich sind jene Unternehmen, die durch technischen Fortschritt und/oder größere Produktionsmengen für größere Absatzmärkte Kostenvorteile haben. Vor allem große Industrieländer können so eine »strategische Handelspolitik« – sprich **Protektionismus** – betreiben, um ihren Unternehmungen gezielt solche Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Dagegen hat sich aber Krugman immer mit aller Vehemenz ausgesprochen.

Die Wende in der Wirtschaftspolitik durch die Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten hat Krugman von Anfang an bekämpft. Als unerschütterlicher Keynesianer sah er im Geld- und Finanzsektor das stärkste Gefährdungspotenzial für die Stabilität der Wirtschaft. Gegen den **Monetaristen Milton Friedman** argumentierte er für eine Globalsteuerung des Wirtschaftsablaufs mittels Geld- und Budgetpolitik, welche die Schwankungen zwar nicht beseitigen, aber sehr wohl heftigere Ausschläge verhindern kann.

Krugman profilierte sich schon seit den Achtzigerjahren als Sozialkritiker, der die wachsende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung durch Beiträge in einflussreichen Tageszei-

tungen wie der New York Times aufdeckte und vor deren Konsequenzen warnte. Er plädierte für Maßnahmen zur Stärkung der Gewerkschaften, um den Fall der Reallohne aufzuhalten. In der Steuerpolitik deckte er schonungslos die Lächerlichkeit von Argumenten wie der einst so bekannten »Laffer-Kurve«, mit der Reagan Steuergeschenke an die Reichen und Superreichen begründete, auf.

## Unentbehrliche Rolle des Staates

In seinem Buch »Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten«<sup>1</sup> zeigt er in anschaulicher Argumentation die unentbehrliche Rolle des Staates für die Bildung einer ausgewogenen Gesellschaftsstruktur auf. Die seit einiger Zeit erodierende, aber in den USA noch vorhandene breite Mittelschicht ist nach Krugmans Ansicht wesentlich das Produkt der Wirtschafts- und Sozialpolitik der New-Deal-Ära des großen Präsidenten Roosevelt. Vom neuen Präsidenten Barack Obama erwartet sich Krugman eine neue New-Deal-Ära, in der die USA die Schäden der Finanzmarktökonomie bewältigen und wieder größeren sozialen Zusammenhalt für ihre Gesellschaft erreichen können.

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[guenther.chaloupek@akwien.at](mailto:guenther.chaloupek@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>1</sup> 2008 erschienen im Campus-Verlag, ca. 25 Euro

# AUA vor dem AUS?

*Die ÖIAG setzt bei der Privatisierung der Austrian Airlines auf die Lufthansa – über Beweggründe, Nutznießer und Draufzahler.*

*Dr. Wilfried Leisch*

*Freier Journalist und Publizist in Wien*

**N**och im April verkündete AUA-Vorstandschef Alfred Ötsch, dass die AUA gut aufgestellt sei, mit einer Kapitalaufstockung eigenständig (»stand alone«-Variante) ohne fremden Partner bestehen könne. Im Juni und Juli war dann auf einmal alles anders. AUA-Boss Ötsch und ÖIAG- und AUA-Aufsichtsratschef Peter Michaelis malten die Pleite an die Wand und verlangten nach einem Privatisierungsauftrag zur Suche nach einem »strategischen Partner«. Diesen Auftrag erhielten sie nach entsprechendem Lobbying im August. In der Folge wurden Lufthansa, Air-France/KLM und die russische S7 in die engste Wahl gezogen.

## Lufthansa blieb als Bieterin

Bis 28. Oktober, dem vorgesehenen Ende des Privatisierungsauftrages, blieb nur noch die Lufthansa als Bieterin übrig. Die AUA gab während des Verkaufsprozesses neue Verlustzahlen bekannt und machte so Druck auf die Regierung, die Lufthansa-Forderungen zu erfüllen. Die Lufthansa bot 1 Cent pro AUA-Aktie der ÖIAG, verlangte die Übernahme aller AUA-Schulden ohne Garantie für den Bestand der AUA, Arbeitsplätze oder den Flughafen Wien. Daraufhin kam es vorerst zu keiner Verkaufsentscheidung der ÖIAG. Die Regierung verlängerte den Privatisierungsauftrag bis 31. Dezember 2008.

Leopold Abraham, Sprecher der ÖIAG-Betriebsräte (ARGE ÖIAG): »Jahrelang hat man untätig zugesehen, wie die AUA immer stärker ins Trudeln geraten ist. Jetzt hat man es plötzlich eilig. Mit einem unüberlegten Ho-ruck-Notverkauf lässt man die Beschäftigten für die Managementversäumnisse büßen. Unüberlegtes und vorschnelles Handeln gefährdet nicht nur die AUA und deren Beschäftigte, sondern den ganzen Wirtschaftsstandort.«<sup>1</sup>

## Gutachten unter Verschluss

Nicht nur Abraham fragt sich: Warum wurde seit 2006 von der ÖIAG ein Gutachten unter Verschluss gehalten, das im Falle einer Partnersuche zwischen Lufthansa, British Airways und Air France/KLM für die letztere eine Präferenz erkennen ließ?<sup>2</sup> Möglicherweise ist der Umstand darin zu suchen, dass damals eben nicht die Lufthansa als Partnerin auserkoren wurde. Tatsache ist, dass die Lufthansa sofort ihr Interesse an der AUA bekundete.<sup>3</sup> Die deutsche »Wirtschaftswoche« berichtet sogar, dass die Airline wegen ihrer Probleme im Russlandgeschäft auf die AUA angewiesen sei.<sup>4</sup> Zudem sind viele Manager in den Vorstands- und Aufsichtsratssetagen der ÖIAG und der AUA »deutschlastig«, d. h. sie kommen direkt von der Lufthansa wie AUA-Vorstand Andreas Bierwirth, der in Frankfurt schon jetzt als Nachfolger von AUA-Boss Ötsch (ehemals Siemens) gilt. Oder sie kommen von deutschen Banken und Konzernen, die mit der Lufthansa verbunden sind, wie ÖIAG-Chef Michaelis (ehemals Mannesmann). »Die Presse«

## WEBLINKS

Zuständige Gewerkschaften  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)  
[www.vida.at](http://www.vida.at)

listet zahlreiche »Seilschaften« auf.<sup>5</sup> Aus der Sicht von Alfred Junghans, AUA-Betriebsratsvorsitzender der kaufmännischen und technischen Angestellten, gibt es eine höchst eigennützige, interne und externe Lobby, die die Luftfahrtkrise zu ihrem Vorteil nützen und sich die AUA billigt bis gratis einverleiben will: »Ich kann nur so viel sagen: Sieht man, wie die Übernahme der Swiss durch die Lufthansa gelaufen ist, dann zeigt sich, dass z. B. der Flughafen Zürich stagniert, München aber wächst.« Warum ist nicht schon viel früher etwas geschehen, fragt der AUA-Betriebsrat: »Da hat man ein Drittel der 350 Mio. Kapitalerhöhung von 2006 allein dazu verwendet, um Piloten und Verwaltungspersonal abzubauen. Keine Zukunftsstrategie.« Und etwa die Hälfte der Kapitalerhöhung wurde in US-Aktien angelegt, die bis heute einen Wertverlust von 50 Mio. Euro eingebracht haben.<sup>6</sup> Weiters kritisiert Junghans, dass der frühere AUA-Finanzchef die Absicherung für die Treibstoffpreise heruntergefahren habe und die AUA die einzige Fluglinie ohne Absicherung sei.

<sup>1</sup> Interview mit Leopold Abraham, 19.8.08

<sup>2</sup> Die Presse, 5.8.08

<sup>3</sup> Kurier, 8.8.08

<sup>4</sup> Standard, 3.9.08

<sup>5</sup> siehe ÖIAG-Geschäftsberichte [www.oia.at](http://www.oia.at); Presse, 20.9.08

<sup>6</sup> Kurier, 29.10.08

Die Folge: Die hohen Kerosinpreise erzeugten Verluste.<sup>7</sup> Der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister bezeichnet diese Vorgangsweise als »durchgeplante Notschlachtung«: »In Zeiten eines seit Jahren steigenden Ölpreises nur 20 Prozent der Treibstoffkosten abzuschließen, also zu 80 Prozent auf einen Rückgang des Ölpreises zu spekulieren, ist unentschuldigbar ... Hätte das Management zu 100 Prozent abgesichert, hätte es keine gravierende Verluste gegeben ...«<sup>8</sup>

Auch AK-Direktor Werner Muhm sieht keinen Grund für einen überhashten Abverkauf, »ermöglichen die wirtschaftlichen Gesamtzahlen der AUA wie Eigenmittelquote und Liquiditätssituation eine geordnete Partnersuche. Die Eigenmittelquote beträgt derzeit 26,3 Prozent, und die fiktive Verschuldensdauer liegt bei 13,5 Jahren – beides liegt deutlich außerhalb des Rahmens, welchen das Gesellschaftsrecht als Sanierungsbedarf definiert hat.«<sup>9</sup>

### »Unfassbarer Dilettantismus«

AUA-Kleinaktionäre-Sprecher Hans Schmid kritisiert es als »unfassbaren Dilettantismus«, dass in einem Privatisierungsverfahren nur eine Bieterin übrig bleibt. Angezweifelt werden auch die AUA-Zahlenangaben, »... denn das kann auch taktisch gesteuert sein.«<sup>10</sup> Selbst dem Unternehmerblatt »Die Presse« fällt auf, dass die Privatisierungen durch ÖIAG-Chef Michaelis immer nach gleichen Muster ablaufen: »Geheime Informationen wurden publik, es kam zum politischen Schlagabtausch, oft werden die Börsenkurse von ÖIAG-Firmen dank aufgekommener Gerüchte tagelang in Grund und Boden geprügelt ... Letztlich waren aber alle Privatisierungen erfolgreich.«<sup>11</sup> Fragt sich nur, für wen?

Ende Oktober überstürzten sich die Ereignisse. Die AUA-Führung gab neue Verlustzahlen bekannt, und der Mitbieter



Air France/KLM erhob schwere Vorwürfe: Wichtige Informationen wie die des Star-Alliance-Vertrages seien nicht zugänglich gewesen und brächten der Lufthansa Vorteile.<sup>12</sup> Zudem förderte ein AUA-internes Geheimgutachten zutage, dass die AUA seit Jahren gezielt durch die Lufthansa ausgehungert und dieser in deren Arme getrieben werde, und im Falle einer Übernahme ein noch größerer Aderlass zu befürchten sei. Schon jetzt würde in der Allianz von AUA und Lufthansa etwa im Bereich des sogenannten »Nachbarschaftsverkehrs« die AUA statt den vereinbarten 500 Mio. Euro nur etwa 260 Mio. verdienen. Weiters verfolge die Lufthansa die klare Strategie, die österreichischen Bundesländer an den Flughafen München anzubinden oder setze alles daran, dass kein einziger Star-Langstrecken-carrier Wien anfliege, obwohl der Wiener Flughafen ein Star-Alliance-Hub sei. Demgegenüber fliegen sehr wohl Flugzeuge von Korean und Delta vom Sky Team rund um Air France/KLM den Flughafen Wien an. Laut dem geheimen Strategiepapier würde es bei Air France/KLM mit dem Streckennetz der AUA nur beschränkte Überschneidungen geben, bei der Lufthansa schon. Die bereits erfolgten Einstellungen von Langstreckenflügen nach Schanghai (wird jetzt von der Lufthansa-Tochter Swiss befliegen), Mumbai und Chicago werden damit im Zusammenhang gebracht und weniger echten wirtschaftlichen Erwägungen zugeschrieben. Zudem kommt das Papier zu dem Schluss, dass eine Kooperation mit der russischen S7 der AUA die zukunftssträchtigen Wachstumsmärkte in Fernost öffnen würde.<sup>13</sup>

Eine klare Mehrheit von 80 Prozent der Bevölkerung lehnt eine staatliche Schuldenübernahme bei der AUA ab, nur damit diese an die Lufthansa verkauft werden kann.<sup>14</sup> Trotzdem haben SPÖ und ÖVP beschlossen, rund 500 Mio. Euro vom Staat, also den SteuerzahlerInnen, für den AUA-Verkauf an die Lufthansa bereitzustellen. Für Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp, besteht »der Verdacht, dass hier schon vor Monaten Vorabgespräche getätigt und die Weichen in Richtung Lufthansa gestellt wurden.«<sup>15</sup>

AUA-Betriebsrat Junghans befürchtet, »dass in Anbetracht der Terminhudelei einige mögliche Interessenten keine Chance hatten teilzunehmen. Wenn man nun Air France »hinausdrängt« oder EU-Recht verletzt, kann es sein, dass der Prozess womöglich rückabgewickelt werden muss. Das würde dann die AUA wirklich in Gefahr bringen. Besser wäre es, im Rahmen einer staatlich unterstützten Zwischenlösung – und das ist sogar EU-konform möglich – den Prozess geordnet und neu auszuschreiben – auch mit der Maßgabe der nötigen Zeit. Dann könnte es durchaus auch neue Bewerber geben – aus Zukunftsmärkten, deren Wachstum aus meiner Sicht nach Ende der Krise noch stärker weitergehen wird.«<sup>16</sup>

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>7</sup> Interview mit Alfred Junghans, 8.9.08

<sup>8</sup> Die Presse, 6.8.08

<sup>9</sup> Presseausendung AK 216/2008

<sup>10</sup> Die Presse, 31.10.08; Kurier, 5.11.08

<sup>11</sup> Die Presse, 31.10.08

<sup>12</sup> Profil Nr. 44, 27.10.08; Kurier, 8.11.08

<sup>13</sup> WirtschaftsBlatt, 1. + 4.11.08

<sup>14</sup> Kurier, 30.10.08

<sup>15</sup> ÖGB, 27.10.08, Nr. 608

<sup>16</sup> Interview mit Alfred Junghans, 4.11.08

# Lehre mit Reifeprüfung

*Die Berufsmatura bietet jungen Menschen eine Höherqualifizierung parallel zur dualen Ausbildung.*

*Autorin: Dr. Susanne Schöberl*

*Stv. Leiterin der Abteilung Bildungspolitik  
der AK Wien*

**D**ie Berufsreifeprüfung (BRP) ist ein bewährtes Instrument zur Höherqualifizierung parallel zu einer Berufstätigkeit. Ihr Schwachpunkt bisher waren die hohen Kosten und die enorme Belastung durch Beruf und Lernen. Ein neues Förderprogramm des Unterrichtsministeriums »Lehre mit Reifeprüfung« soll zumindest für Lehrlinge ein kostenloses Angebot schon während der Erstausbildung bringen.

Österreich verfügt über ein starkes Segment an mittleren Ausbildungen (Lehre, berufsbildende mittlere Schulen; Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege, Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst). 2007 befanden sich knapp 130.000 Jugendliche in einer Lehrausbildung; etwa 53.000 Jugendliche besuchten eine berufsbildende mittlere Schule und fast 10.000 Jugendliche waren in Schulen des Gesundheitswesens. Auf der anderen Seite hat Österreich mit ca. 40 Prozent eines Jahrgangs an Jugendlichen eine niedrige MaturantInnenquote, in den skandinavischen Ländern erwerben doppelt so viele Jugendliche eine Matura.

Um die steigenden Anforderungen nach Höherqualifizierung in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt zu berücksichtigen, ist es das Ziel der Bildungspolitik, diese Quote zu steigern. Hier sind Maßnahmen notwendig, damit mehr Jugendliche als bisher eine allgemein- und

berufsbildende höhere Schule in der Tages- oder Abendform abschließen. Genau so ist es notwendig, die nichttraditionellen Wege zur Höherqualifizierung und zum Hochschulzugang auszubauen.

## Seit 1997 Berufsreifeprüfung

Seit 1997 gibt es für AbsolventInnen der erwähnten mittleren Ausbildungen die Möglichkeit mit der Berufsreifeprüfung die Berechtigungen einer Matura zu erwerben, das umfasst neben dem Zugang zum Studium auch die Anerkennung im Bundesdienst und teilweise im Landesdienst. Nach elf Jahren kann mit über 12.000 AbsolventInnen und ca. 10.000 TeilnehmerInnen, die sich jährlich in Kursen auf die Prüfung vorbereiten, eine positive Bilanz gezogen werden. Die meisten AbsolventInnen kommen aus der Lehre (über 60 Prozent) und aus den mittleren Schulen (fast ein Drittel).

Allerdings sind Vorbereitung und Ablegung dieser Prüfung kostenpflichtig, was für viele eine große finanzielle Belastung oder sogar eine unüberwindliche Hürde darstellt. Die durchschnittlichen Gebühren für die Vorbereitung auf die BRP und die Prüfungsgebühren betragen etwa 3.000 Euro. Jedes Bundesland fördert mittlerweile die BRP, jedoch in ganz unterschiedlicher Weise – zwischen keinerlei Zuschuss und voller Finanzierung.

Erfreulich ist, dass fast sechs von zehn AbsolventInnen der BRP weiterführende Bildungswege besuchen. Aufbauend auf einer mittleren Ausbildung wird dabei durch die Absolvierung von Prüfungen über Inhalte auf dem Niveau einer höheren

## WEBLINKS

Bundeshotline zur Berufsmatura:  
0800 50 15 30 (zum Nulltarif).  
[www.bmukk.gv.at/berufsmatura](http://www.bmukk.gv.at/berufsmatura)

Schule eine gleichwertige Reifeprüfung erlangt. Die geringen Fortschritte bei der Durchlässigkeit der Lehrausbildung in Richtung Höherqualifizierung haben dazu geführt, die Berufsreifeprüfung für Lehrlinge neu aufzustellen. Den Jugendlichen in diesen Ausbildungen und in einem zweiten Schritt den fertigen AbsolventInnen sollen Vorbereitung und Ablegung der Berufsreifeprüfung erleichtert werden. Somit haben mehr Lehrlinge die Chance auf Höherqualifizierung im Beruf und Zugang zum weiterführenden Lernen.

## Notwendigkeit von Neuerungen

Der Ansatz für die Reform hat zwei Schwerpunkte: Erstens soll der Erwerb der Berufsreifeprüfung für die Lehrlinge kostenfrei sein und zweitens soll das Angebot näher an die Lebens- und Schulwelten der Lehrlinge herangebracht werden. Unter den bisherigen TeilnehmerInnen an den Vorbereitungskursen befinden sich nur sechs Prozent, die diese Kurse schon während ihrer Erstausbildung besuchen.

Für die Umsetzung dieses Ziels wurde vom Unterrichtsministerium ein neuer Ansatz gewählt: Neben Änderungen im Berufsreifeprüfungsgesetz, damit Lehrlinge bis zu drei Teilprüfungen schon während ihrer Ausbildung ablegen können, kam es zur Entwicklung eines Förderpro-

Susanne Schöberl:

»Die Berufsreifeprüfung parallel zur Lehre zu erwerben, bedeutet eine große Chance auf Höherqualifizierung.«

gramms: Der Bund gibt Richtlinien vor, nach denen die Bundesländer Modelle für die Vorbereitung der Lehrlinge auf die Berufsreifeprüfung erarbeiten können. Erfüllen diese Angebote die Richtlinien, so werden die Kursplätze in den Bundesländern vom Bund finanziell gefördert. Das Förderprogramm hat eine Laufzeit von vier Jahren, und es werden insgesamt knapp zehn Mio. Euro vom Bund zur Verfügung gestellt. Geplant ist diese Förderung für maximal 1.600 Lehrlinge pro Jahrgang, das entspricht etwa fünf Prozent der LehrlingeInnen.

### Die Eckpunkte des neuen Modells

■ Drei der vier Teilprüfungen (Deutsch, lebende Fremdsprache, Mathematik und ein Fachbereich aus dem jeweiligen Lehrberuf) können bereits vor der Lehrabschlussprüfung abgelegt werden, die letzte Teilprüfung mit Erreichen des 19. Lebensjahres.

■ Für die Vorbereitungskurse ist ein Ausmaß von 900 Unterrichtseinheiten vorgesehen, neben den vier Fächern können auch Tutorien oder Kurse zur Persönlichkeitsentwicklung angeboten werden. Auch der Einsatz von Fernlehrelementen ist möglich.

■ Neben den Unterrichtseinheiten gibt es für alle TeilnehmerInnen ein begleitendes Coaching (z. B. Beratung bei Lernschwierigkeiten). Großer Wert wird auch auf eine intensive Beratung am Anfang der Ausbildung gelegt, damit die Jugendlichen über die Anforderungen informiert werden.

■ Die Vorbereitungskurse können von Einrichtungen der allgemeinen und berufsorientierten Erwachsenenbildung (z. B. bfi, Volkshochschulen, WIFI) sowie von Schulen im Rahmen ihrer Teilrechtsfähigkeit angeboten werden. Für die Koordination ist eine Trägerorganisation pro Bundesland verantwortlich.

■ Die Vorbereitungslehrgänge können integriert in eine Lehrausbildung oder parallel dazu in der Freizeit der Jugendlichen angeboten werden.

■ Der Einstieg in die geförderten Vorbereitungskurse kann noch im zweiten oder dritten Lehrjahr erfolgen, auf jeden Fall soll vor der Lehrabschlussprüfung eine Teilprüfung der BRP abgelegt werden.

### Die Einschätzung des neuen Modells

Die Berufsreifeprüfung parallel zur Lehre zu erwerben, bedeutet eine große Chance auf Höherqualifizierung und eine Vermittlung von wertvollen Berechtigungen, die für die AbsolventInnen gute Chancen im späteren Berufsleben eröffnen. Wichtig ist es auch, dass der Erwerb der Berufsreifeprüfung für die Lehrlinge kostenlos ist und die Vorbereitungskurse in engem Zusammenhang mit der Berufsschule bzw. der betrieblichen Ausbildung stehen. Nicht zu unterschätzen ist jedoch die enorme Belastung, die auf die Jugendlichen zukommt, wenn sie neben den Inhalten der Lehrausbildung auch Kenntnisse auf Maturaniveau in vier Bereichen erwerben müssen.

Neben diesem Ziel, das zu unterstützen ist, gibt es beim neuen Modell einige

»Schönheitsfehler«, auf die von der AK bei der Gestaltung des Modells hingewiesen wurde: Erstens existiert das Angebot der kostenlosen Vorbereitung parallel zur Erstausbildung nur für die Lehre und nicht für die berufsbildenden mittleren Schulen und die Schulen im Bereich des Gesundheitswesens. Zweitens ist zwar in Debatte, aber noch nicht gesichert, dass es ein kostenloses Angebot zur Ablegung der Berufsreifeprüfung für AbsolventInnen der mittleren Ausbildungen geben wird. Weiters ist die Arbeiterkammer dafür eingetreten, dass die Möglichkeit der Lehrzeitverlängerung präziser geregelt wird. In der Pilotphase wird auch genau zu beobachten sein, wie sich die Modelle in den Bundesländern entwickeln. Alle Lehrlinge sollen die gleichen Möglichkeiten zur Ablegung der Berufsreifeprüfung haben, egal in welchem Bundesland sie ihre betriebliche Ausbildung bzw. die Berufsschule besuchen. Die Frage bundesländerübergreifender Besuche von Vorbereitungslehrgängen kann zurzeit nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Schließlich sollte das Modell in den entsprechenden Schulgesetzen verankert sein und nicht bloß als Förderprogramm im Rahmen von Teilrechtsfähigkeit und privatwirtschaftlichen Verträgen existieren.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[susanne.schoeberl@akwien.at](mailto:susanne.schoeberl@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Ungleiche Einkommen

*Oder: Was uns eine OECD-Studie über Ungleichheit und über österreichische »Qualitätszeitungen« sagen kann.*

*Autor: Dr. Robert Stöger*

*Koordinator Wirtschaftspolitik im  
Bundeskanzleramt*

**K**ürzlich gab der Chefredakteur einer österreichischen Tageszeitung mit hohem, nicht immer eingehaltenem Qualitätsanspruch Einblick in sein unkompliziertes Weltbild: In den USA existiere eine »größere soziale Mobilität« als in den deutschsprachigen Ländern. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass ein »weniger dichtes sozialstaatliches Netz« den sozialen und ökonomischen Aufstieg zu einer »Überlebensfrage« mache. Diese vollmundigen Behauptungen, an denen nur richtig ist, dass das amerikanische Sozialsystem lückenhaft ist, wurden offenbar ohne Kenntnis aktueller einschlägiger Literatur aufgestellt. Andernfalls wären sie wohl selbst aus dieser Feder nicht so leicht geflossen.

## Aus Ungleichheit wird Armut

Doch der Reihe nach: Die OECD hat vor wenigen Wochen unter dem Titel »Growing Unequal?« eine umfassende Studie der Einkommensungleichheiten<sup>1</sup> in ihren Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Deren Kernaussage ist, dass in den meisten Ländern die Verteilung der Einkommen seit Mitte der 1980er-Jahre ungleicher geworden ist. In Europa war dies in allen Ländern mit Ausnahme von Frankreich, Griechenland, Spanien und Irland der Fall. Der aktuelle Stand der Ungleich-

heit weist allerdings von Land zu Land große Unterschiede auf. Der **Gini-Koeffizient**<sup>2</sup> im Land mit den größten Disparitäten (Mexiko) ist mehr als doppelt so hoch wie in jenem mit den niedrigsten (Dänemark). Mit Ausnahme von Australien, das knapp unter dem OECD-Mittelwert liegt, weisen alle nicht-europäischen Mitgliedsstaaten eine überdurchschnittlich hohe Ungleichheit der Einkommensverteilung auf. Österreich liegt, was das Niveau der Ungleichheit betrifft, klar unter dem Durchschnitt. In den 1990er-Jahren ist sie hierzulande aber überdurchschnittlich angestiegen.

Aus Ungleichheit wird (relative) Armut, wenn das individuelle Einkommen einen – je nach Definition unterschiedlich hohen – Prozentsatz des Medianeinkommens unterschreitet. Ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung im OECD-Raum haben ein Einkommen von weniger als der Hälfte dieses Indikators. Parallel zur Einkommensungleichheit insgesamt hat auch die Armut zugenommen – mit Ausnahme jener der PensionistInnen. Hohen Armutsrisiken sind AlleinerzieherInnen (meistens Frauen) und deren Kinder sowie Arbeitslosen-Haushalte ausgesetzt.

Ein aufrechtes Vollzeitbeschäftigungsverhältnis mindestens eines Haushaltsmitglieds ist noch immer der beste Schutz vor Verarmung, Arbeit an sich aber schon lange nicht mehr. So gibt es im OECD-Schnitt in der Hälfte aller armen Haushalte ein aufrechtes Beschäftigungsverhältnis. Vor dem Hintergrund allgemein sinkender Lohnquoten haben sich allerdings die Arbeitseinkommen auseinander entwickelt, bei Vollzeitbeschäftigten je-

## WEBLINKS

Mehr Infos finden Sie unter  
[www.oecd.org](http://www.oecd.org)

doch eher auf Kosten der mittleren zugunsten der SpitzenverdienerInnen – bei Männern wie Frauen.<sup>3</sup> Echte Armutsgefährdung geht von der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse aus, deren ArbeitsplatzinhaberInnen in der Regel einen geringeren Stundenlohn erhalten als in einem Normalarbeitsverhältnis und – im Falle von Teilzeit oder bei nicht nahtloser Aneinanderreihung temporärer Arbeitsverhältnisse – auch eine geringere Arbeitsstundenzahl aufweisen.

## Armut ist relativ

Relative Ungleichheit, selbst wenn sie ausgeprägt ist, bedeutet nicht automatisch absolute Armut im Ländervergleich. So würde etwa das Einkommen<sup>4</sup> eines nach gängiger Definition Armen im ungleichen, aber wohlhabenden Japan dagegen in der insgesamt weniger reichen Slowakei für eine gehobene Mittelstandsexistenz reichen. Wenn aber die Disparitäten innerhalb eines Landes zu groß werden, dann nützt den Armen selbst hohes durchschnittliches Wohlstandsniveau nichts.

<sup>1</sup> Genauer gesagt der Haushaltseinkommen.

<sup>2</sup> Maßzahl für die Ungleichheit der Verteilung. Je höher er ist, desto größer die Disparitäten. Andere Indikatoren ergeben im Wesentlichen das gleiche Bild.

<sup>3</sup> Noch mehr als für Einkommen aus unselbstständiger gilt das für solche aus selbstständiger Erwerbstätigkeit und aus Kapital.

<sup>4</sup> Absolut unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten.

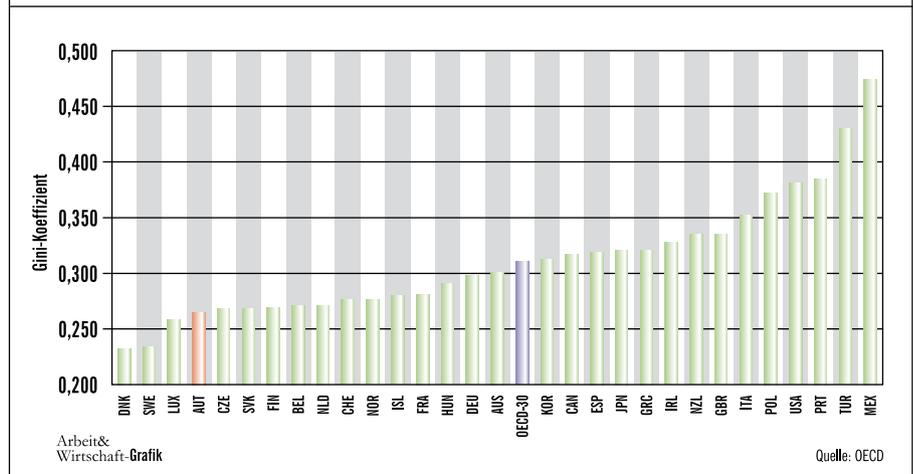
Ein US-Bürger in der Gruppe der untersten zehn Prozent verfügt kaum über ein höheres Einkommen<sup>4</sup> als ein Tscheche der gleiche Kategorie, obwohl das durchschnittliche amerikanische Pro-Kopf-Einkommen mehr als doppelt so hoch ist, und er hat nur die Hälfte eines armen Norwegers zur Verfügung. In jedem OECD-Staat mildern Systeme der sozialen Sicherheit die Ungleichheiten in den Markteinkommen und vermindern Armut, auch wenn das Ausmaß der Anstrengungen sehr unterschiedlich ist. Ihre Wirksamkeit weist, ebenso wie die umverteilende Wirkung der einzelnen Steuersysteme, große Unterschiede von Land zu Land auf. Gleiches gilt für den Nutzen im Vergleich zum Aufwand. Für Österreich lässt sich sagen, dass die heimische Sozialquote im internationalen Spitzenfeld liegt, der umverteilende Effekt sowohl unseres Steuer- als auch unseres Sozialsystems sich dagegen nur etwa im Durchschnitt bewegt.

### Top 3: Mexiko, Türkei, USA

Soweit die wichtigsten der nüchternen Fakten. In einer politischen Wertung scheiden sich wohl die Geister, wie weit Einkommensungleichheiten gerechtfertigt, ja notwendig für den wirtschaftlichen Erfolg von Volkswirtschaften sind.<sup>5</sup> Zwei Dinge können jedoch mit Sicherheit aus der Studie geschlossen werden: Hohes Wohlstandsniveau muss nicht Hand in Hand mit ausgeprägter Ungleichheit gehen, und gleichzeitig bildet deren Anstieg nicht die Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik. Unter den drei OECD-Staaten mit den größten Reich-zu-Arm-Unterschieden werden die beiden ärmsten (Mexiko und Türkei) vom zweitreichsten (USA) gefolgt. Umgekehrt finden sich unter den **egalitäreren** Gesellschaften sowohl welche mit hohem Pro-Kopf-BIP (Österreich und vor allem Luxemburg) als auch weniger wohlhabende (Tschechien und Slowakei). Unter den Volkswirtschaften, die in den vergangenen zehn Jahren besonders stark gewachsen sind, gibt es sowohl solche mit stark steigenden Ungleichheiten (USA oder Finnland) als

<sup>5</sup> Man denke nur daran, dass die Motivation für qualifiziertere und längere Ausbildung sinkt, wenn diese nicht auch ihren Niederschlag in höherem Einkommen findet.

### Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen in OECD-Ländern



auch welche, in denen jene sogar zurückgegangen sind (Spanien, Irland). Dagegen geht schwaches Wachstum im Normalfall mit einem Auseinanderdriften der Einkommen einher, wie die Beispiele Portugal, Deutschland und Italien zeigen. Boomedende Wirtschaften bilden also eine Voraussetzung, aber keine Garantie einer Wohlstandssteigerung für wirklich alle.

Einkommensunterschiede sollten aber auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Weitergabe an die nächste Generation gesehen werden. Damit sind wir bei dem Punkt, an dem die Geschichte vom Tellerwäscher, den die soziale Hängematte in Europa nur daran gehindert hätte wie in Amerika zum Millionär zu werden, zum sozialen Zynismus wird. Selbst die OECD – eine Organisation, für die das Bekenntnis zur Marktwirtschaft zentral ist, und der jeglicher sozialer Utopismus fernliegt – berichtet in ihrer Studie vom Gegenteil. Es besteht nicht nur eine negative Korrelation zwischen Ungleichheit und Einkommensmobilität, und sowohl innerhalb der Generationen als auch über sie hinweg ist letztere in den USA so gering wie in kaum einem anderen OECD-Land. Die deutschsprachigen und besonders die skandinavischen Länder bieten viel bessere Chancen, der Armut zu entkommen. Darüber hinaus stellt »Growing Unequal?« auch wörtlich fest, »dass ein hoher Anteil von Einkommensungleichheiten, die von einer Generation auf die andere übergehen, mit Faktoren zu tun haben, die weitgehend jenseits des Ein-

flusses des Kindes liegen«. Mit anderen Worten: Nicht der angeblich fehlende »Biss«, sondern unvorteilhafte Ausgangsbedingungen sind es, die die Kinder von Armen nicht reich werden lassen – in den USA gründlicher als anderswo. Die OECD plädiert daher mitnichten für sozialpolitische Untätigkeit des Staates, sondern für breit gefächerte (vor allem auf den Sektoren Steuern, Bildung und Gesundheit), aktivierende und einer Evaluierung unterworfenen staatliche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung.

### Verbesserungsmöglichkeiten

Wer die Studie genau liest, wird auch für das österreichische Sozialsystem eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten finden. Im Gegensatz zu der von manchen heimischen Nachbetern sozialdarwinistischer Stehsätze, orientiert sich jedoch die Kritik der OECD an »best practices« statt an den am wenigsten tauglichen Vorbildern und kann daher auch ernst genommen werden.

### KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[robert.stoeger@bka.gv.at](mailto:robert.stoeger@bka.gv.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Jetzt die Ruhe bewahren

*Die Sonntags-Allianzen in Österreich, Deutschland und Polen wollen den freien Sonntag in der EU-Arbeitszeitrichtlinie verankern.*

Autorin: Dr. Barbara Lavaud

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit GPA-djp

Die Tendenz zu prekärer Arbeits- und Lebenszeit stand heuer im Mittelpunkt des »Wiener Dialogs«, des Jahrestreffens der Handelsgewerkschaften Mittel- und Osteuropas. Im Rahmen dieses Treffens wurde bei einer Enquete über »Prekäre Zeiten« im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Konsumentenschutz auch das Problem der Sonntagsarbeit erörtert.

»Der freie Sonntag stellt einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz der Beschäftigten dar. Besonders im Handel waren wir in den letzten Jahren mit einer ständigen Flexibilisierung der Arbeitszeit

konfrontiert, die zulasten der ArbeitnehmerInnen ging. Wir wollen daher nun speziell die Sonntagsruhe schützen«, berichtet Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereichs Handel in der GPA-djp Wien.

»In Österreich arbeiten über eine halbe Million Beschäftigte im Handel, überwiegend Frauen, aber letztlich werden die Familien und in der Folge die Gesellschaft als solche in Mitleidenschaft gezogen, wenn der Sonntag als Tag der Ruhe und des Gemeinschaftslebens entfällt«, weiß Brantner.

## Resolution für den freien Sonntag

Über 120 Personen nahmen an der Enquete der »Allianz für den freien Sonntag Österreich« und des BMSK teil. Der Höhepunkt war eine Resolution zur Aufnahme des freien Sonntags in die EU-Arbeitszeitrichtlinie. Sie wurde von den Allianzen für den freien Sonntag Deutschland, Polen und Österreich verfasst und von über 100 TeilnehmerInnen aus ganz Europa unterzeichnet. Zu den ErstunterzeichnerInnen zählen Franz Georg Brantner (GPA-djp), Bischof Ludwig Schwarz (Diözese Linz), Ulrich Dalibor (ver.di, Deutschland), Alfred Bujara (Solidarnosc, Polen), Alexandr Leiner (Handelsgewerkschaft »OSPO«, Tschechien) Dragica Miseljic (STH, Kroatien) und Katarina Kulandova (Handelsgewerkschaft »OZPOCR«, Slowakei).

Die Resolution betont, dass der freie Sonntag als gemeinsame Pause einen besonderen Beitrag zur Gesundheit der Menschen leiste: »Wir beziehen uns darin auch auf eine erst kürzlich von der

## INFO & NEWS

### Kulturgeschichte des Sonntags

Die Siebentagewoche ist der Rhythmus, der seit ungefähr 4.000 Jahren das Leben vieler Völker prägt. Beim Arbeiten im »gleichen Takt« stellt der Sonntag die unverzichtbare Synchronisation dar. Dieser gemeinschaftsstiftende Tag, an dem alle zur Ruhe finden, ist fest in unserer Kultur verankert.

Der Sabbat der Juden und der Sonntag der Christen wurden zum Tag des Herrn, aber auch zum Tag der Gemeinschaft und der Versammlung. Als Kaiser Konstantin im Jahr 321 das Sonntagsgesetz erstmals staatlich verankerte, verbot er jegliche Arbeit mit Ausnahme der Feldarbeit. Im 19. Jh. stellte die industrielle Revolution den freien Sonntag mehr und mehr in Frage, und die Sonntagsruhe musste von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erst wieder hart erkämpft werden.

Heute arbeiten bereits fast eine Million ÖsterreicherInnen zumindest gelegentlich am Sonntag. Der größte Teil der Sonntags-erwerbstätigen fällt auf die Dienstleistungen in den Bereichen Beherbergungs- und Gaststättenwesen und Gesundheits- und Sozialwesen. Es arbeiten deutlich mehr Frauen an Sonntagen als Männer.

## INFO & NEWS

Die »Allianz für den freien Sonntag Österreich« setzt sich für den Schutz des freien Sonntags vor schleichender Aushöhlung durch Wirtschaft und Politik ein. Sie will öffentliches Bewusstsein für den sozialen Wert gemeinsamer freier Zeit schaffen. Damit soll dem Trend entgegen gewirkt werden, dass alle Lebenszeit zu Arbeits- und Konsumzeit wird. Der arbeitsfreie Sonntag findet in der Bevölkerung eine breite Zustimmung. Getragen wird dieses Bündnis aus 54 Mitgliedsorganisationen vom ÖGB und seinen Gewerkschaften sowie den Kirchen und Ordensgemeinschaften.

EU-Kommission veröffentlichte Studie, wo festgestellt wird, dass die psychische Gesundheit der Menschen von Maßnahmen betroffen ist, die sich auf das Familienleben auswirken. Familienleben, das bedeutet soziale Beziehungen aufzubauen

en und zu pflegen. Dafür braucht es einen gemeinsamen Ruhetag«, erläutert Brantner.

## Europäische Trends

Brantner sieht die Initiative der Sonntagsallianzen als längst notwendigen Vorstoß gegen einen negativen Trend: »Die Zahl der ›Sonntagswerbstätigen‹ wächst Jahr für Jahr, die ›Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft‹ kündigt sich an. Diese Entwicklung zeigt sich in vielen europäischen Ländern, aber parallel dazu formieren sich auch in ganz Europa Bündnisse und Bewegungen gegen die Sonntagsarbeit.«

»Wir befürchten in Österreich auch, dass die Sonntagszuschläge in anderen Branchen in Diskussion geraten würden, wenn im Handel die Sonntagsarbeit zum Normalzustand würde. Das wäre zum Nachteil für alle.«

Der freie Sonntag war auch bisher immer schon Thema bei den Treffen des Wiener Dialogs: »Dieses Jahr konnten wir als konkretes Ergebnis die Resolution verabschieden, um uns auf EU-Ebene Gehör zu verschaffen. Wir haben uns bereits an den EU-Abgeordneten Harald Ettl gewandt und werden auch die anderen europäischen Abgeordneten auffordern, unsere Forderung zu unterstützen«, beschreibt Brantner die Pläne der Bündnispartner.

## Wer den Sonntag nicht ehrt

Die »Allianzen für den freien Sonntag« in Österreich, Deutschland und Polen sind breit angelegte Bündnisse aus Kirchen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen:

In Polen engagiert sich hier vor allem die Solidarnosc. Aktionen im Handel haben dazu geführt, dass 2007 der Gesetzgeber beschlossen hat, 12 Feiertage im Jahr für ArbeitnehmerInnen einzuführen. Beflügelt durch diesen Erfolg wurde heuer eine Allianz für den freien Sonntag gegründet, deren Ziel ein Handelsverbot für den Sonntag ist. Mehr als 75 Prozent der polnischen Bevölkerung befürworten heute den arbeitsfreien Sonntag im Handel.

In Deutschland sind die Ladenöffnungszeiten Ländersache: »Wir hören immer wieder, dass in den Einkaufszentren Restaurants besser gehen als die Ge-



Enquete im Ministerium – Minister Buchinger mit den TeilnehmerInnen des Wiener Dialogs.

schäfte. Die Deutschen haben einen hervorragenden Slogan entwickelt, mit dem sie in die Wahlen – ganz besonders in die kommenden Europa-Wahlen – ziehen: Wer den Sonntag nicht ehrt ist unsere Stimme nicht wert!«, erzählt Brantner von den Initiativen der Nachbarn.

## Ziel ist EU-Recht

Bis zur Verankerung des Sonntags im EU-Recht liegt noch viel Arbeit vor den Bündnispartnern: »Wir wollen zuerst alle Länder des Wiener Dialogs ins Boot holen. Eine starke Bewegung für den freien Sonntag gibt es bereits in Slowenien. Dort wurde zur Sonntagsöffnung sogar schon ein Referendum abgehalten, bei dem sich die Menschen für den freien Sonntag aussprachen. Doch dieses Ergebnis wurde von der Regierung nicht umgesetzt.«

In Kroatien blieben die Geschäfte unter der alten, arbeitnehmerfreundlichen Regierung sonntags geschlossen. Die neue neoliberale Regierung hat das nun gekippt. Auch hier sind viele Menschen unzufrieden.

»In den anderen Ländern des **Wiener Dialogs**, also in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, gibt es derzeit fast keine Reglementierungen«, sagt Brantner. Die Gewerkschaften in diesen Ländern kämpfen oft mit dem Problem, dass es nur für Sonntagsarbeit gute Zuschläge gibt und daher die Mitglieder der Forderung nach Sonntagsruhe sehr ambivalent gegenüberstehen. »Die Menschen möchten in einer Branche, die ohnehin schlecht zahlt, die einzige Möglichkeit etwas mehr zu verdienen nicht verlieren«, gibt Brantner zu bedenken.

## WEBLINKS

Österreich:  
Allianz für den freien Sonntag Österreich  
[www.freiersonntag.at](http://www.freiersonntag.at)

Deutschland:  
Allianz für den freien Sonntag Deutschland  
[www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de](http://www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de)

Polen:  
Allianz für den freien Sonntag Polen  
[www.solidarnosc.org.pl/handel](http://www.solidarnosc.org.pl/handel)

Ein anderes länderübergreifendes Problem ist das bei der Jugend so beliebte »Eventshopping«. Jugendliche sehen Shopping als coole Freizeitbeschäftigung, davon profitieren besonders die Einkaufszentren und machen massives Lobbying für die Sonntagsöffnung.

Insgesamt zeigt sich Franz Georg Brantner optimistisch und sieht die Resolution der Sonntagsallianzen als einen wichtigen ersten Schritt: »Ich vertraue auf die gute Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Kirchen und auf die internationale Solidarität. Wir haben uns ein hohes Ziel gesteckt, wir werden es gemeinsam durchsetzen.«

## KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Statistiken sind Argumente

	Harmonisierte VPI	
	September 08	August 08
Belgien (BE)	5,5	5,4
Deutschland (DE)	3,0	3,3
Irland (IE)	3,2	3,2
Griechenland (EL)	4,7	4,8
Spanien (ES)	4,6	4,9
Frankreich (FR)	3,3	3,5
Italien (IT)	3,9	4,2
Zypern (CY)	5,0	5,1
Luxemburg (LU)	4,8	4,8
Malta (MT)	4,9	5,4
Niederlande (NL)	2,8p	3,0
<b>Österreich (AT)</b>	<b>3,7p</b>	<b>3,6</b>
Portugal (PT)	3,2	3,1
Slowenien (SI)	5,6	6,0
Finnland (FI)	4,7	4,6
<b>Eurozone (VPI-EWU)</b>	<b>3,6p</b>	<b>3,8</b>
Bulgarien (BG)	11,4	11,8
Tschech. Republik (CZ)	6,4	6,2
Dänemark (DK)	4,5	4,8
Estland (EE)	10,8	11,1
Lettland (LV)	14,7	15,6
Litauen (LT)	11,3	12,2
Ungarn (HU)	5,6	6,4
Polen (PL)	4,1	4,4
Rumänien (RO)	7,3	8,1
Slowakei (SK)	4,5	4,4
Schweden (SE)	4,2	4,1
Vereinigtes Königreich (UK)	5,2	—
<b>EU (EVI)</b>	<b>4,2p</b>	<b>4,2</b>
Island (IS)	15,4	15,3
Norwegen (NO)	4,8	4,1
<b>EWU (VPI-EWR)</b>	<b>4,2p</b>	<b>4,2</b>
Schweiz (CH)	2,8	3,1

Der Arbeitsmarkt im September 2008				
	Stand Sept. 08	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat	
<b>Unselbst. Beschäftigung</b>	<b>3.468.328</b>	<b>-25.716</b>	<b>71.128</b>	
ohne KUG/Präsenzdiener	3.352.263	-25.615	70.014	
ArbeiterInnen	1.379.569	-20.319	16.256	
Angestellte u. Beamte	2.088.759	-5.397	54.872	
Männer	1.867.825	-12.302	28.205	
Frauen	1.600.503	-13.414	42.923	
AusländerInnen	452.080	145	24.783	
InländerInnen	3.016.248	-25.861	46.345	
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>183.327</b>	<b>-602</b>	<b>-2.820</b>	
Männer	94.442	1.960	-887	
Frauen	88.885	-2.562	-1.933	
AusländerInnen	32.505	2.761	765	
InländerInnen	150.822	-3.363	-3.585	
Jugendliche (bis unter 19)	9.044	337	196	
Jugendliche (19 bis unter 25)	24.031	886	446	
Ältere (50 bis unter 55)	18.233	241	594	
Ältere (55 bis unter 60)	14236	-36	187	
Ältere (über 60)	4315	20	578	
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>5,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,2</b>	
Offene Stellen	38.514	-1.017	-3.212	
Lehrstellensuchende	7.470	-1.106	547	
Offene Lehrstellen	4951	-37	292	
<b>Geringfügige Beschäftigung *</b>	<b>274.243</b>	<b>3.894</b>	<b>34.344</b>	
Männer	88.840	1.378	16.978	
Frauen	185.403	2.516	17.366	
ArbeiterInnen	157.256	-293	21.074	
Angestellte	116.987	4.187	13.270	

\* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

**Datenquellen:** EUROSTAT, Ifo, Monat;  
**Anm.:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum. Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.  
**r = revidiert; p = vorläufig; — = Daten nicht verfügbar**

Iran:

## Freiheit für Mansour Osanloo

Iranischer Gewerkschafter trotz internationaler Proteste noch immer in Haft.

**Mansour Osanloo, Präsident** der Teheraner Busfahrer-Gewerkschaft, wird seit Jahren wegen seiner engagierten Gewerkschaftstätigkeit verfolgt. Derzeit verbüßt Osanloo eine fünfjährige Haftstrafe wegen »Propaganda und Agieren gegen die nationale Sicherheit«.

Im Dezember 2005 war der populäre Gewerkschafter Osanloo Anführer des mutigen Streiks bei den Teheraner Busbetrieben für bessere Arbeitsbedingungen. Daraufhin wurde er verhaftet und erst nach einer monatelangen Pro-

testwelle im Iran und international im Dezember 2006 freigelassen. Im Mai 2007 wurde er erneut inhaftiert und verurteilt. Das Verfahren war noch nicht beendet, als Mansour Osanloo am 10. Juli direkt bei seinem Bus von staatlichen Sicherheitskräften gekidnappt wurde. Trotz unzähliger Proteste von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sitzt er seitdem im Teheraner Gefängnis ein.

Die Busfahrer-Gewerkschaft Sandikaye Kargarane war seit ihrer Gründung 2005 ständigen Angriffen ausgesetzt. Sie

ist die Spitze der wachsenden unabhängigen Gewerkschaftsbewegung im Iran. Die ITF (Internationale Transportarbeiter-Föderation) und der IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund) führen mit Unterstützung ihrer Mitgliedsorganisationen Kampagnen zur Befreiung des iranischen Gewerkschafters durch. In Österreich sind das die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vda und die GdG.

Mehr Infos unter:

[www.itfglobal.org/campaigns/freesanloo.cfm/](http://www.itfglobal.org/campaigns/freesanloo.cfm/)

Global Unions:

## Deklaration von Washington

Die internationalen Gewerkschaften nehmen zum G 20-Krisengipfel Stellung.

**Während sich die** Staats- und Regierungschefs der G20-Länder zusammenfinden, steht die Weltwirtschaft am Rande eines Abgrunds. Die Finanzkrise hat sich zugespitzt und hat mittlerweile dramatische Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Internationalen Gewerkschaftsorganisationen haben wiederholt die wachsende Divergenz zwischen den unregulierten und unkontrollierbaren Finanzmärkten und den Finanzbedarf der realen Wirtschaft für die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit angeprangert.

Nach dem G20-Treffen muss die Zusammenarbeit auf allen Ebenen – G7, G8, Europa, OECD und internationale Finanzinstitutionen – erweitert werden, um eine globale Reichweite der neuen Architektur zu gewährleisten. Die Gewerkschaften als Organisationen der ArbeitnehmerInnen müssen an diesen Verhandlungen und bei Entscheidungen in diesen Institutionen beteiligt werden. Sie und ihre Mitglieder haben wenig Vertrauen, dass Banken und Regierungen hinter verschlossenen Türen die richtigen Ent-

scheidungen zugunsten koordinierter Maßnahmen der Wirtschaftsbelebung und der Re-Regulierung von Finanzmärkten, einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und zur Wiederherstellung der Verteilungsgerechtigkeit treffen. Es muss vollständige Transparenz, Offenheit und Konsultation geben. Die Internationalen Gewerkschaftsorganisationen sind bereit, bei diesem Prozess mitzuwirken. Die Deklaration im Internet:

[www.ituc-csi.org/IMG/pdf/0811t\\_gf\\_G20\\_de.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/0811t_gf_G20_de.pdf)

Europa:

## EFFAT: Infos für MigrantInnen

Auf einen Blick viele Infos zur Migration auf Gewerkschafts-Website.

**Die gesetzlichen Regelungen** zur Migration sind vielfältig. Für WanderarbeitnehmerInnen – sowohl für EU-BürgerInnen als auch für Angehörige aus nicht EU-Ländern – wird es immer schwieriger, den Weg durch das Labyrinth der Gesetzgebungen zu finden. Die Europäische Föderation der Gewerkschaften in den Sektoren Nahrungs- und Genussmittel, Landwirtschaft und Tourismus

(EFFAT) bietet jetzt im Internet umfassende und nützliche Informationen.

Die EFFAT unterstützt eine umfassende Migrations- und Integrationspolitik, damit faire Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze für MigrantInnen keine Ausnahme sind. Damit sich MigrantInnen, aber auch Vertretungen von ArbeitnehmerInnen, rasch und umfassend im Internet informieren können,

bietet die EFFAT-Website eine Fülle von Informationen: Von »Migration in Europa« bis zu nützlichen Links.

Die EFFAT repräsentiert 120 nationale Gewerkschaften aus 37 europäischen Ländern und vertritt die Interessen von mehr als 2,6 Millionen Mitgliedern.

Migrations-Website der EFFAT:  
[www.agri-migration.eu](http://www.agri-migration.eu)



Georg Lakoff/Eva Wehling  
**Auf leisen Sohlen ins Gehirn**

Politische Sprache und ihre heimliche Macht  
192 Seiten, Carl Auer Verlag, 2008  
ISBN 978-3-89670-634-8, EUR 18,50

80 Prozent unseres Denkens bleiben unbewusst und werden durch Metaphern und Deutungsrahmen geprägt. Unser vermeintlich freies Denken wird durch diejenigen beeinflusst, die bewusst bestimmte Metaphern in die öffentliche Diskussion einführen. Diesen „heimlichen Macht-Habern“ sind George Lakoff und Eva Elisabeth Wehling auf der Spur: Welcher Sprache bedienen sich Politiker in öffentlichen Debatten, um in den Köpfen der Menschen die gewünschte „Wirklichkeit“ entstehen zu lassen?



Naomi Wolf  
**Wie zerstört man eine Demokratie**

Das 10-Punkte-Programm  
288 Seiten, Riemann Verlag, 2008  
ISBN 978-3-570-50098-9, EUR 16,50

Demokratie muss mit Zivilcourage verteidigt werden, damit Diktaturen daran gehindert werden, auf die Bühne der Geschichte zurückzukehren. Mit Scharfblick und exzellenten historischen Analysen arbeitet Naomi Wolf zehn Schritte heraus, die den Niedergang funktionierender Demokratien charakterisieren. Dieses Buch ist unbequem, schockierend und aufrüttelnd. In Zeiten von Bürgerüberwachung, Datenspeicherung und Sicherheits hysterie ist es im wahrsten Sinne notwendig, um einer schleichenden politischen Fehlentwicklung in den westlichen Demokratien vorzubeugen.



Christine Stelzer-Orthofer/Ilrmgard Schmidleithner/  
Elisabeth Rolzhauser-Kantner (Hg.)  
**Zwischen Wischmopp und Laptop**

Frauenerwerbstätigkeit und Prekariat  
180 Seiten, ÖGB-Verlag, 2008, ISBN 978-3-7035-1359-6, EUR 19,80

Im vorliegenden Band wird atypische Beschäftigung aus unterschiedlichen Blickwinkeln in frauenpolitischer Perspektive genauer ins Visier genommen. Wie hat sie sich in Österreich und Europa entwickelt, welche Beschäftigungsverhältnisse sind im Vormarsch, mit welchen prekären Arbeits- und Lebenssituationen sind Frauen konfrontiert? Engagierte Frauen und Männer aus Politik, Wissenschaft und Praxis kommen zu Wort. Nicht zuletzt werden aber auch Ansätze vorgestellt, die berufliche Handlungsmöglichkeiten von Frauen erweitern können.



Joana Breidenbach/Pál Nyíri  
**Maxikulti**

Der Kampf der Kulturen ist das Problem - zeigt die Wirtschaft uns die Lösung?  
192 Seiten, Campus Verlag, 2008  
ISBN 978-3-593-38618-8, Euro 20,50

Kopftuchdebatte, Karikaturenstreit, EU-Osterweiterung: Kulturelle Unterschiede halten immer stärker her als Erklärung für gesellschaftliche Konflikte. Der Glaube an die Unversöhnlichkeit von Kulturen boomt innerhalb Deutschlands und international. Doch ein falsches Kulturverständnis führt zu Vorurteilen und Intoleranz. Wenn Multikulti scheitert, kann Maxikulti der Weg zu einem friedlicheren Miteinander sein. Dieser wird heute schon erfolgreich in der Wirtschaft praktiziert. Diesen Erfolg gilt es, auf unseren Alltag zu übertragen.

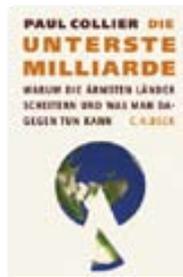


Daniel Dorling/Mark Newmann/Anna Barford (Hg.)  
**Der schlaue Planet**

So haben Sie die Welt noch nie gesehen  
ca. 400 Seiten, Süddeutsche Zeitung, 2008  
ISBN 978-3-86615-656-2, EUR 51,30

Sehen Sie die Welt, wie sie wirklich ist. Die Karten in diesem Atlas bilden Länder und Kontinente nicht in ihrer physischen Größe ab, sondern stellen deren Bedeutung aus vielen verschiedenen Blickwinkeln dar.

Vielfältige wirtschaftliche, politische und soziale Zusammenhänge werden offensichtlich und regen zum Nachdenken an. Die Zukunft der globalisierten Welt liegt in unseren Händen.



Paul Collier  
**Die unterste Milliarde**

Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann  
255 Seiten, C.H. Beck Verlag, 2008  
ISBN 978-3-406-57223-4, EUR 20,50

„Wenn Ihnen das Schicksal der ärmsten Menschen der Erde nicht egal ist und Sie verstehen wollen, was getan werden muß, um ihnen zu helfen, dann lesen Sie dieses Buch. Wenn Ihnen das alles egal ist, lesen Sie es trotzdem.“  
*Financial Times*

Corine Internationaler Buchpreis 2008 – Wirtschaftsbuchpreis



Henrik Müller  
**Die sieben Knappheiten**

Wie sie unsere Zukunft bedrohen und was wir ihnen entgegensetzen können  
312 Seiten, Campus Verlag, 2008  
ISBN 978-3-593-38686-7, EUR 25,60

Die Zukunft ist nicht ungewiss. Einiges wird knapp werden, das steht schon jetzt fest. Die Globalisierung, das Klima, die demografische Entwicklung stellen uns vor ganz neue Herausforderungen. Wie können wir ihnen begegnen?



Michael Streck  
**Die Klimaprioritäten**

Was wir jetzt zur Rettung der Umwelt tun müssen  
200 Seiten, Campus Verlag, 2008  
ISBN 978-3-593-38676-8, EUR 22,60

Der Klimawandel wird kommen, das ist sicher. Was ist zu tun? Wie können wir unser Leben mit einem anderen Klima gestalten? Michael Streck fordert effiziente Lösungen statt warmer Worte und zeigt, dass der Schlüssel für wirksamen Klimaschutz in der Privatwirtschaft liegt.



Nadine Barth (Hg.)  
**Verschwindende Landschaften**

Letzte Bilder einer verschwindenden Welt  
224 Seiten, DuMont Buchverlag, 2008  
ISBN 978-3-8321-9060-6, EUR 51,30

„Verschwindende Landschaften“ gewinnt die CORINE 2008 – Bilderwelten

Bald gibt es sie nicht mehr, die Landschaften in der Form, wie wir sie heute kennen. Die globale Erwärmung lässt das Eis in der Antarktis schmelzen, der CO2-Ausstoß und die Brandrodung minimieren die Wälder, Flüsse sterben durch Industrieverschmutzung, Wiesen weichen Städten als Folge des Bevölkerungswachstums.



Fred Pearce  
**Viermal um die ganze Welt**

Bekenntnisse eines Öko-Sünders  
400 Seiten, Fackelträger Verlag, 2008  
ISBN 978-3-7716-4383-6, EUR 20,60

Fred Pearce will es wissen: Woher kommen all die Dinge in seinem Haus? Seinen Lieblingskaffee findet er in Tansania. Eine kleine Kooperative eingebunden in den internationalen Fair-Trade-Handel baut die Bohnen an. Doch das Gütesiegel, das ihm zu einem „reinen“ Gewissen verhilft, garantiert den Bauern am Fuße des Kilimandscharo noch lange keinen fairen Preis. So reist Pearce durch die Welt und entlarvt die ein oder andere Lüge, die sich der ökologisch bewusste Mensch über den Ursprung seiner Konsumgüter zurechtgelegt hat.

# WEIHNACHTEN ANDERS!

**OGB VERLAG**  
FACHBUCHHANDLUNG



*Reinhard Marx*  
**Das Kapital**

Ein Plädoyer für den Menschen  
Pattloch Verlag, 2008, ISBN: 978-3-629-02155-7, EUR 20,60

Ruiniert das Kapital die Erde? Oder gibt es im 21. Jahrhundert die Chance zu sozialem Ausgleich und Wohlstand für alle? Reinhard Marx, der kämpferische Erzbischof von München und Freising, sucht nach Antworten auf diese drängenden Fragen – und entwirft eine Vision sozialer Gerechtigkeit für die Welt von heute. Der Mann, der Das Kapital noch einmal schreibt, ist kein bärtiger Revoluzzer,

sondern ein Fachmann auf dem Gebiet der Sozialpolitik. „Es gibt neue und gute Gründe, Karl Marx noch nicht ad acta zu legen“, bekennt der Vorsitzende der Kommission Justitia et Pax leidenschaftlich ...



*Friedrich Orter*  
**Himmelfahrten. Höllentrips**

Reporter aus Leidenschaft  
256 Seiten, Ecowin Verlag, 2008  
ISBN 978-3-902404-65-7, EUR 23,60

Pakistan, Irak, Iran, Jordanien, Libanon, Palästina, Türkei, Bulgarien, Rumänien, Mazedonien – das sind nur einige der Reiseziele des preisgekrönten ORF-Reporters Friedrich Orter.

Als profundes Kenner dieser Regionen erzählt er von Begegnungen mit Menschen und ihren Lebenswelten, die zu den gefährlichsten Krisenherden unseres Planeten zählen. Seine Reportagen sind einfühlsame

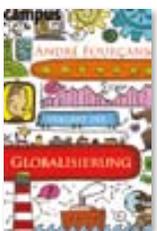
persönliche Berichte mit erhellenden politischen Hintergrundinformationen.



*Klaus Werner-Lobo*  
**Uns gehört die Welt!**

Macht und Machenschaften der Multis  
256 Seiten, Carl Hanser Verlag, 2008  
ISBN 978-3-446-23100-9, EUR 17,40

Klaus Werners neues Buch ist aus Diskussionen über das Schwarzbuch Markenfirmen bei über hundert Vorträgen in Schulen entstanden und erklärt in einfacher Sprache die Zusammenhänge zwischen internationaler Wirtschaftspolitik und unserem Alltag. Denn Jugendliche sind nicht per se politikverdrossen, konsumgeil und markentreu, sie werden durch die Werbeindustrie sowie durch autoritäre Politik und Erziehung dazu gemacht.

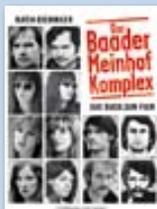


*André Fourcans*  
**André Fourcans erklärt die Globalisierung**

224 Seiten, Campus Verlag, 2008  
ISBN 978-3-593-38656-0, EUR 18,40

Im fiktiven Gespräch mit seiner 15-jährigen Tochter spricht Fourcans wichtige Fragen rund um das Thema Globalisierung an. Ist sie gut oder schlecht? Vor welche Probleme stellt uns das Zusammenwachsen der Weltmärkte? Wie können wir eine gerechtere Welt für alle schaffen? Fourcans' Buch ist viel mehr als eine funktionale Erklärung der Globalisierung. Er bietet ein grundlegendes Verständnis für die Spielregeln und das Funktionieren der vernetzten Märkte und regt zugleich junge wie alte Leser an, sich mit der globalisierten Welt in all ihren Facetten kritisch auseinanderzusetzen.

Buch ist viel mehr als eine funktionale Erklärung der Globalisierung. Er bietet ein grundlegendes Verständnis für die Spielregeln und das Funktionieren der vernetzten Märkte und regt zugleich junge wie alte Leser an, sich mit der globalisierten Welt in all ihren Facetten kritisch auseinanderzusetzen.



*Katja Eichinger*  
**Der Baader Meinhof Komplex – Filmbuch**

Das Buch zum Film  
304 Seiten, Verlag Hoffmann und Campe, 2008  
ISBN 978-3-455-50096-7, EUR 15,40

Das Buch präsentiert die Entstehungsgeschichte des Films DER BAADER MEINHOF KOMPLEX einschließlich des Drehbuchs von Bernd Eichinger. Ausführliche Gesprächsprotokolle mit den am Film Beteiligten – darunter Bernd Eichinger,

Uli Edel, Stefan Aust sowie Darsteller wie Moritz Bleibtreu, Martina Gedeck, Johanna Wokalek, Nadja Uhl und Bruno Ganz – erzählen von den Gedanken, Diskussionen und persönlichen Erfahrungen, die in den Film eingeflossen sind.



*Holm Friebe/Thomas Ramge*  
**Marke Eigenbau**

Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion  
288 Seiten, Campus Verlag, 2008  
ISBN 978-3-593-38675-1, EUR 20,50

Jedes Buch ein handgemachtes Unikat! Wir erleben den Aufstand des Selbermachens gegen eine anonyme industrielle Massenproduktion. Die Marke Eigenbau verlässt den Hobbykeller und entert die Ladenlokale, Laufstege und das Internet. Wo die listenreiche und verstreute Revolution des Selbermachens zuschlägt, verändert sie die Spielregeln von Arbeit, Produktion und Konsum. Ihre Vorbilder sind boomende Webplattformen für Handgemachtes, neue Märkte für hochwertige und ökologische Produkte zu fairen Preisen, die wachsende Open Source-Bewegung und die Renaissance der Manufakturen.

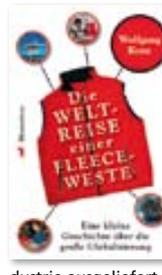


*Gerhard Haderer*  
**Jahrbuch**

96 Seiten, Ueberreuter Verlag, 2008  
ISBN 978-3-8000-7377-1, EUR 14,95

Gerhard Haderer ist ein viel beschäftigter Mann. Das ganze Jahr über zeichnet er für große Magazine wie das „profil“ und für kleine Schundhefte wie das „MOFF“. Er macht da ein verdammt gutes Plakat für eine Habsburg-Satire und dort die Gusenbauer-Puppe für die Kasperlade im Rabenhof-Theater. Und angeblich veröffentlicht er auch großartige Cartoons im deutschen „Stern“, aber wer liest den schon in Österreich? All das und noch viel

mehr versammelt Gerhard Haderer ab jetzt in seinem wohlfeilen Jahrbuch! Ein Jahresrückblick der Extra-Klasse und ein Sammelwerk für Fans!

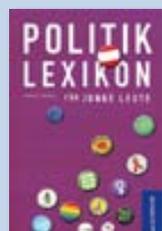


*Wolfgang Korn*  
**Die Weltreise einer Fleeceweste**

Ein kleine Geschichte über die große Globalisierung  
192 Seiten, Berlin Verlag, 2008  
ISBN 978-3-8270-5292-6, EUR 15,40

Der Autor nimmt uns mit auf die abenteuerliche Weltreise seiner Fleeceweste und zeigt uns, wie sich die Globalisierung auf den Alltag der Menschen auswirkt. So lesen wir etwa von den reichen Menschen in Dubai, die das Erdöl für den Fleecestoff verkaufen, und von den armen in Bangladesch, die dem harten Arbeitsleben in der Textilindustrie ausgeliefert sind.

dustrie ausgeliefert sind.



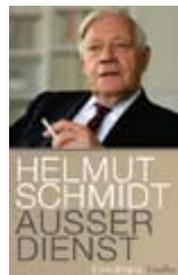
*Reinhold Gärtner/Sigrid Steininger*  
**Politiklexikon für junge Leute**

300 Seiten, Verlag Jungbrunnen, 2008  
ISBN 978-3-7026-5797-0, EUR 25,90

Wie viele Abgeordnete sitzen im Nationalrat? Woraus setzt sich das BIP zusammen? Was ist der Europäische Rat und was der Europarat? Wer ist die Heilige Prekaria? Wann begeht man Landfriedensbruch? Alles gewusst? Oder keine Ahnung?

Ab jetzt ist es ganz einfach: Nachschlagen, und schon ist man klüger. Das Politiklexikon für junge Leute erklärt alle Begriffe, die man im Zusammenhang mit Politik kennen sollte.

Mit anschaulichen Grafiken, vielen Bildern und Links zu interessanten Internet-Adressen.



*Helmut Schmidt*  
**Außer Dienst**

Eine Bilanz  
352 Seiten, Siedler Verlag, 2008  
ISBN 978-3-88680-863-2, EUR 23,60

In seinem Buch über die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Kanzleramt beschreibt Helmut Schmidt die umwälzenden historischen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Kriegs, er macht sich Gedanken über die gegenwärtige Politik und die Zukunft Deutschlands, und er spricht über sehr Persönliches: über prägende Kriegserfahrungen, über eigene Fehler und Versäumnisse, seinen Glauben und das Lebensende.

**Asset Backed Securities:** forderungsbesichertes Wertpapier; verzinsliches Wertpapier, das Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft zum Gegenstand hat. Wobei die Zweckgesellschaft die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger verwendet, und diese zu einem Wertpapier verbrieft. Die Zahlungsansprüche werden durch den Bestand an Forderungen (assets) gedeckt (backed), die auf die Zweckgesellschaft übertragen werden. (Seite 18)

**Dahrendorf, Ralf:** deutsch-britischer Soziologe, Publizist und Politiker, geb. 1929 obwohl er zunächst der SPD angehörte, wurde Dahrendorf bald als Vordenker des Liberalismus bekannt. 1967 wechselte er endgültig zur FDP, nach mehreren Lehraufträgen in England nahm er 1988 die britische Staatsbürgerschaft an, wo er für die Liberal Democrats im Oberhaus sitzt. Im April 2008 wurde Dahrendorf zum Vorsitzenden der Zukunftskommission der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ernannt. (Seite 10)

**Deflation:** Verminderung des Geldumlaufs, um den Wert des Geldes zu steigern und die Preise zu senken. (Seite 12)

**Doktrin:** Grundsatz, programmatische Festlegung (Seite 33)

**Doyen (französisch; sprich: dojeu):** Dienstältester (Seite 8)

**egalitär:** auf politische oder soziale Gleichstellung ausgerichtet. (Seite 39)

**Expansive Geldpolitik:** Ausdehnung der Geldmenge durch eine Zentralbank, Ziel ist die Entstehung von Überschussreserven. (Seite 8)

**Federal Reserve Bank:** Bestandteil des Zentralbank-Systems der Vereinigten Staaten (Federal Reserve Board = Fed), gegründet 1913. Es besteht aus dem Board of Governors, zwölf regionalen Federal Reserve Banks, zahlreichen Mitgliedsbanken und anderen Institutionen. Hauptsitz ist in Washington, Präsident: Ben Bernanke. (Seite 12)

**Fragilität:** Zerbrechlichkeit, Zartheit (Seite 16)

**Friedman, Milton:** US-Ökonom (1912–2006), führender Verfechter der weitgehend freien Marktwirtschaft. 1971 schaffte die US-Regierung auf seinen Rat hin die feste Wechselkursbindung des Dollars an andere Währungen ab, was sich konjunkturstabilisierend auswirkte. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. (Seite 33)

**Gini-Koeffizient/Index:** statistisches Maß, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini (sprich: dschini) zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 annehmen, je näher der Gini-Koeffizient bei eins ist, umso größer ist die Ungleichheit. (Seite 38)

**IMF:** International Monetary Fund = Internationaler Währungsfonds; gegründet 1944, Sitz in Washington, 185 Mitgliedstaaten. Im Rahmen jährlicher Konsultationen analysiert der IWF die nationale Wirtschaftsentwicklung und -politik, überprüft die Auswirkungen der Politik der Mitgliedsstaaten auf deren Zahlungsbilanzen. Außerdem begutachtet er u. a. halbjährlich die Weltwirtschaftslage. www.imf.org (Seite 17)

**Kahneman, Daniel:** israelisch-amerikanischer Psychologe (geb. 1934), erhielt 2002, sechs Jahre nach dem Tod von Tversky, gemeinsam mit Vernon L. Smith den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für die Prospect Theory. (Seite 23)

**Keynes, John Maynard (englisch; sprich: käins):** britischer Nationalökonom (1883–1946); er konzentrierte sich neben seiner Tätigkeit für die liberale Partei vor allem auf Fragen der Geldtheorie und das Problem der steigenden Arbeitslosigkeit Ende der 20er-Jahre. Er war der Begründer einer eigenen Richtung der Nationalökonomie, des Keynesianismus. Unter anderem begriff er ein wirtschaftliches Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung nur als einen Sonderfall der möglichen Gleichgewichtszustände. Der Keynesianismus bezieht in seine Analysen auch psychologische Annahmen über das wirtschaftliche Verhalten mit ein. (Seite 14)

**Laffer-Kurve:** beschreibt den nach dem US-Ökonomen Arthur B. Laffer (geb. 1940) benannten Zusammenhang zwischen Steuersatz und Steuereinnahmen. Dahinter steht die Theorie, dass die Einnahmen durch Steuererhöhungen nur bis zu einem gewissen Punkt steigen und danach wieder sinken, da bei zu hohen Steuersätzen die Arbeitsleistung zurückgehen würde. (Seite 33)

**Minsky, Hyman:** US-Ökonom (1919–1996), gilt als Postkeynesianer; seine Thesen blieben lange Zeit eher unbeachtet, wurden aber bei der Bankenkrise 2007 bestätigt. Minskys Theorie war, dass in einer langen stabilen Aufschwungphase die professionellen Anleger zu wagemutig werden. Um immer höhere Renditen zu erzielen, gehen sie immer höhere Risiken ein, ohne sich ausreichend abzusichern. Das Platzen der daraus entstehenden Blase ist dann praktisch unausweichlich. (Seite 10)

**Monetarismus:** Lehre der frühen Nationalökonomie, Vorläufer des Merkantilismus; die Regulierung der Geldmenge wurde als entscheidender Faktor zur Regulierung der Wirtschaft betrachtet. Der Monetarismus fand im 16. und 17. Jahrhundert seine größte Verbreitung. Der Neo-Monetarismus wurde in den 1960er-Jahren hauptsächlich von Milton Friedman propagiert, der damit auf die wirtschaftspolitischen Schwächen des Neokeynesianismus reagierte. Nach seiner Theorie kann Inflation durch eine strikte Kontrolle der Geldmenge in den Griff bekommen werden. (Seite 33)

**Neoklassik:** Familie von wirtschaftswissenschaftlichen Theorien, welche die von Adam Smith begründete klassische Nationalökonomie ablösten. Die Neoklassik dominierte die Wirtschaftswissenschaft bis zu den 20er-Jahren, als Keynes aktuell wurde. (Seite 14)

**Paradigma:** Leitsatz, Richtschnur (Seite 16)

**Protektionismus:** Schutz der heimischen Produktion gegen ausländische Konkurrenz mit Hilfe außenpolitischer Maßnahmen. (Seite 33)

**Roosevelt, Franklin Delano:** amerikanischer Politiker der Demokraten (1882–1945), verwandt mit Theodore Roosevelt. Er erkrankte 1921 an Kinderlähmung, 1933–1945 US-Präsident. Er leitete zur Überwindung der Wirtschaftskrise die Politik des New Deal mit einem wirtschafts- und sozialpolitischen Reformprogramm ein. Erstmals waren dabei staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben vorgesehen. Außenpolitisch versuchte er eine Politik der guten Nachbarschaft mit Lateinamerika und erwirkte 1933 die Anerkennung der UdSSR. (Seite 13)

**Tender:** Ausschreibung (Seite 17)

**Tversky, Amos:** US-amerikanischer Psychologe (1937–1996), entwickelte gemeinsam mit Daniel Kahneman die Prospect Theory, um die Irrationalität menschlichen Urteilens bei wirtschaftlichen Entscheidungen zu erklären. In Experimenten deckten sie unter anderem Wahrnehmungsverzerrungen wie Überschätzung der eigenen Fähigkeiten und Fehleinschätzungen von Konkurrenten auf. (Seite 23)

**Wiener Dialog:** Projekt der GPA-djp, gemeinsam mit den Handelsgewerkschaften von Kroatien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Tschechien und Deutschland, bei dem nicht nur die Situation in den beteiligten Ländern verglichen werden soll, sondern auch grenzübergreifende Ziele und Maßnahmen ausgearbeitet werden. (Seite 41)

**WIFO:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, analysiert die österreichische und internationale Wirtschaftsentwicklung, erarbeitet kurz- und mittelfristige Prognosen sowie Studien zur europäischen Integration, zu Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität. Auftraggeber sind neben heimischen Firmen und Institutionen auch ausländische Investoren sowie EU-Organisationen. (Seite 12)

**Wording:** Schreib- und Sprechkultur in einem bestimmten Unternehmen, einer Organisation oder Gruppe. (Seite 25)

**WTB-Plan:** 1932 während der Weltwirtschaftskrise vorgestelltes Programm aktiver Konjunkturpolitik und Arbeitsbeschaffung, das vor allem von gewerkschaftlicher Seite getragen wurde. Der Plan ist nach den Initialen seiner Hauptproponenten Fritz Baade, Fritz Tarnow und Wladimir Woytinsky benannt. (Seite 13)



**EUROPA IST DIE ZUKUNFT UNSERER JUGEND?  
UNSERE JUGEND IST DIE ZUKUNFT EUROPAS?**

**f i l m it!**

**F\*\*\* IT! FILM IT!**

**Der Video-Wettbewerb zur EU-Wahl 2009 für Menschen  
im Alter von 15 bis 25 Jahren.**

Ganz egal wie, ganz egal womit, ganz egal was zu EU und EU-Wahl.  
Kreative Teams sind gefragt. Zu gewinnen gibt es eine Brüsselreise,  
Videoworkshops, Bargeld und Sachpreise und neue Sichtweisen  
auf die EU.

Am 12. Jänner 2009 geht es los!

[WWW.FILM-IT.AT](http://WWW.FILM-IT.AT)



Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür  
/ Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW